





VGH



Unternehmen und Zahlen auf einen Blick >>

Ein Teil der Landschaft

Zu den VGH Versicherungen gehören die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Im Verbund mit ihnen stehen die Öffentliche Versicherung Bremen, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg, die ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und die Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover – das Mutterhaus des VGH-Verbunds – wurde auf Initiative des Abts zu Loccum, Georg Ebell, 1750 gegründet und wird seitdem von den Landschaften getragen. Eine Landschaft, das war damals eine regionale, ständisch geprägte Selbstverwaltung, heute ist es eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Und so wie früher eine Landschaft die Interessen ihrer Region wahrnahm, nimmt sie heute die Interessen der Versicherungsnehmer dieser Region wahr.

Die erste Anregung zur Gründung einer Brandkasse in den hannoverschen Landen gab der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Allerdings kam es erst 34 Jahre nach seinem Tod durch die Initiative von Georg Ebell – dem Vorsitzenden der Landschaft im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen – zur Gründung der ersten Versicherungseinrichtung. Landschaften anderer Regionen gründeten alsbald nach diesem Vorbild eigene Versicherungen. Diese schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden; in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Geführt wird sie von den regionalen Landschaften als Träger auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit.

Die VGH Versicherungen sind zudem Teil des S-Finanzverbunds. Bereits seit vielen Jahren sind die niedersächsischen Sparkassen Mitträger bei wichtigen VGH-Verbundunternehmen. Mitte 2007 wurde dieser Verbund mit der Einbindung der Sparkassen sowie Vertretern der Region Oldenburg in die Gremien der Landschaftlichen Brandkasse Hannover als „Versicherungsverbund der Regionen“ fortentwickelt. In diesem Sinne versteht sich auch die Kooperation der Provinzial Krankenversicherung Hannover mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung unter Bildung eines Kompetenzzentrums Krankenversicherung im Oldenburger Münsterland.

Die Konzentration der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen auf ihr angestammtes Geschäftsgebiet entspricht seit jeher ihrem Selbstverständnis. Dies ist ein Vorteil, der die VGH, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und die Öffentliche Versicherung Bremen in ihrer jeweiligen Heimat zum Marktführer gemacht hat. Diese Stärke soll für den Kunden konkret fühlbar bleiben und ausgebaut werden. Das ist Ziel des unternehmerischen Handelns des Verbunds.



Kloster Loccum

Zahlen auf einen Blick

Landschaftliche Brandkasse Hannover

	2010	2009	2008	2007	2006
Beitragseinnahme in Mio. €	960	954	948	930	926
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	0,7 %	0,7 %	1,9 %	0,4 %	-1,5 %
Schadenquote saG	67,0 %	64,3 %	63,5 %	69,6 %	59,6 %
Kostenquote saG	25,2 %	24,3 %	23,6 %	23,1 %	22,9 %
Combined Ratio saG	92,3 %	88,6 %	87,1 %	92,7 %	82,5 %
Nettoverzinsung	3,7 %	3,5 %	1,1 %	3,5 %	5,6 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	80	102	57	83	194
Kapitalanlagen in Mio. €	2 626	2 581	2 677	2 422	2 353
Eigenkapital in Mio. €	804	773	733	718	688

saG: selbst abgeschlossenes Geschäft

Provinzial Lebensversicherung Hannover

	2010	2009	2008	2007	2006
Beitragseinnahme in Mio. €	755	671	583	593	619
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	12,5 %	15,3 %	-1,8 %	-4,1 %	-1,7 %
Kostenquote Verwaltung	1,7 %	1,8 %	2,0 %	2,1 %	2,0 %
Kostenquote Abschluss	5,6 %	5,6 %	5,4 %	5,6 %	5,2 %
Nettoverzinsung	4,3 %	4,1 %	3,2 %	4,5 %	5,2 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	157	137	84	171	216
Kapitalanlagen in Mio. €	7 178	6 869	6 504	6 708	6 478
Eigenmittel in Mio. €	549	529	520	573	533

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

	2010	2009	2008	2007	2006
Beitragseinnahme in Mio. €	48	44	39	37	33
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	9,7 %	11,3 %	6,2 %	10,9 %	11,8 %
Verwaltungskostenquote	2,8 %	3,0 %	3,2 %	3,3 %	3,6 %
Abschlusskostenquote	9,6 %	11,1 %	11,9 %	11,3 %	14,9 %
Nettoverzinsung	4,6 %	5,5 %	3,3 %	4,5 %	4,4 %
Versicherungstechnische Ergebnisquote	13,9 %	8,0 %	14,2 %	16,1 %	15,8 %
Kapitalanlagen in Mio. €	145	123	101	77	60
Eigenmittel in Mio. €	14	13	13	12	5



Geschäftsbericht **2010**

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover
Provinzial Krankenversicherung Hannover AG



Nachhaltig: Die VGH engagiert sich auf vielen Feldern für den Umwelt- und Klimaschutz

Inhalt

8	Vorwort des Vorstands
12	Nachhaltig für Niedersachsen
24	VGH-Stiftung: Nachhaltig in die Zukunft
	Gremien
28	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
35	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover
38	Organe der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
39	Sparkassenbeirat der VGH
	Landschaftliche Brandkasse Hannover
42	Lagebericht
62	Jahresabschluss
84	Bestätigungsvermerk
85	Bericht des Aufsichtsrats
87	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Lebensversicherung Hannover
90	Lagebericht
109	Gewinnverwendungsvorschlag
110	Jahresabschluss
148	Bestätigungsvermerk
149	Bericht des Aufsichtsrats
151	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
154	Lagebericht
169	Gewinnverwendungsvorschlag
170	Jahresabschluss
182	Bestätigungsvermerk
183	Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands

Sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner, liebe Freunde der VGH,

am Ende des Jahres 2010 zeigt sich die deutsche Wirtschaft nach einem schweren und existenziellen Jahr 2009 sichtlich erholt. Angetrieben von einer bemerkenswerten Exportstärke wirkt die wirtschaftliche Erholung auch positiv auf die Binnenkonjunktur. Wenn auch die Finanzkrise und insbesondere das Verschuldungsproblem der europäischen Staaten weiterhin belastend wirken, gibt es doch Anlass für Optimismus und Zuversicht.

Die VGH hat Grund zur Freude. Sie hat auch im Jahr 2010 gut abgeschnitten. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Insbesondere die volatilen und von Niedrigzinsen bestimmten Finanzmärkte haben im abgelaufenen Jahr die Branche vor große Herausforderungen gestellt.

Ihren Erfolgskurs steuerte die VGH mit konsequenter Kundenorientierung. Mit einer Reihe von Produktinnovationen hat die Landschaftliche Brandkasse Hannover 2010 mitten ins Schwarze getroffen. Zu den Angeboten, mit denen sie sich vom Markt abhebt, gehören im Privatkundengeschäft der Einschluss grober Fahrlässigkeit und die Übernahme von Risiken aus Oberflächenwasser durch Starkregen sowie Rückstau in der Gebäude- und Hausratversicherung. Mit Einführung unseres attraktiven Verkaufstarifs haben wir unsere Leistungen in der Kraftfahrtversicherung weiter verbessert und bedarfsgerechter gestaltet. Das Ergebnis unseres Jahreswechselgeschäfts 2010/2011 zeigt, dass die VGH in diesem schwierigen Geschäft an Fahrt gewinnt.

Die Stärke der Provinzial Lebensversicherung Hannover zeigt sich gerade vor dem angesprochenen Hintergrund der volatilen Finanzmärkte. Im vergangenen Jahr konnten wir unseren Kunden trotz der zwischenzeitlich extrem niedrigen Zinsphasen eine Zinsdeklaration von 4,25 Prozent gutschreiben; im Jahr 2011 sind es 4,1 Prozent. Darin kommt die einmalige Stärke unseres Lebensversicherungsprodukts zum Ausdruck. Bei der Beitragseinnahme erwiesen sich Einmalzahlungen, etwa aus ablaufenden Lebensversicherungen oder Erbschaften, erneut als Wachstumstreiber.

Insgesamt macht das Einmalbeitragsgeschäft in 2010 nur ein knappes Drittel der gesamten Beitragseinnahmen der Lebenssparte aus. Das ist gewollt. Im Interesse unserer Kunden achten wir darauf, dass das Wachstum auch perspektivisch unsere Bestandskunden nicht benachteiligt und die Solvabilität unseres Unternehmens auf stabilem Niveau erhalten bleibt.

Überdurchschnittliches Wachstum kennzeichnet die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG. Dies trotz aller gesetzlichen Einschränkungen. Neue Impulse ergeben sich aus dem Wegfall der 3-Jahres-Wechselfrist und der Senkung der Jahresarbeitsentgeltgrenze sowie der Einführung neuer Tarife.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase arbeitet die VGH künftig mit der AOK Niedersachsen auf der Basis gegenseitiger Empfehlungen zum Vorteil ihrer Kunden zusammen. Beide Unternehmen sind in ihren Sparten Marktführer in Niedersachsen, beide kennen die Region gut und arbeiten über flächendeckende Betreuungsstrukturen nah am Kunden.

Grundlage unseres Erfolgs ist neben den guten Produkten und Dienstleistungen die herausragende Qualität der Kundenberatung und -betreuung. Dafür machen wir uns stark. Bereits zum dritten Mal haben wir für unsere Investition in unsere Mitarbeiter den Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft erhalten. Für 2011 stocken wir mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang unsere Ausbildungskapazitäten um 50 Prozent auf und stellen damit für junge Menschen wie für unser Unternehmen die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft.

Unseren Kunden, Trägern und Mitarbeitern gilt unser ausdrücklicher Dank. Sie haben durch ihre Treue zum Unternehmen die VGH zu dem gemacht, was sie ist: ein gutes und starkes Stück Niedersachsen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. I. P.' followed by a stylized flourish.

Der Vorstand der VGH

Wie die VGH unternehmerische Nachhaltigkeit versteht und wahrnimmt:



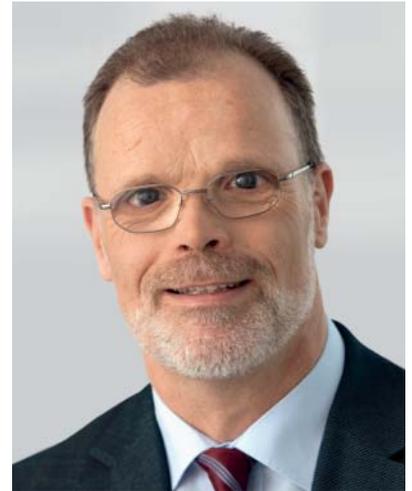
Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands

Die VGH Versicherungen verstehen unternehmerische Nachhaltigkeit als Teil ihres öffentlichen Auftrags und als Möglichkeit, geschäftsrelevante Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen – ganz im Sinne unserer Kunden, Partner und Mitarbeiter.



Hermann Kasten
Stv. Vorsitzender des Vorstands

Die VGH ist überzeugt, mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie Wachstumspotenziale zu heben und damit ihre Marktposition zu stärken. Aus diesem Grunde werden wir das Angebot an nachhaltigen Produkten und Beratungen für unsere Kunden weiter ausbauen.



Jochen Herdecke
Mitglied des Vorstands

Die VGH übernimmt Verantwortung – auch für die ökologischen Folgen ihres Handelns. Deshalb zählt Ressourcen- und Umweltschutz zu unseren Unternehmenszielen. Daran orientiert sich unser tägliches Tun. Wir möchten die VGH klimaneutral machen.



Thomas Krüger
Mitglied des Vorstands

Vorausschauende und verantwortungsbewusste Geschäfts- und Anlagepolitik garantiert die Erfüllung unserer Kundenansprüche. Eine langfristige, nachhaltige Investmentausrichtung ergänzt unsere klassischen Anlagegrundsätze: Sicherheit, Rentabilität und Liquidität.



Franz Thole
Mitglied des Vorstands

Nachhaltigkeits- und Verantwortungsmanagement wirkt positiv auf das Image unseres Unternehmens. Gleichzeitig steigert nachhaltiges Handeln den Wert der Marke und die Attraktivität des Unternehmens für Mitarbeiter, Kunden und Geschäftspartner.



Thomas Vorholt
Mitglied des Vorstands

Aus globalen Megatrends wie dem Klimawandel oder der Ressourcenverknappung ergibt sich Handlungsdruck. Mit innovativen Produkten und Deckungserweiterungen begleiten wir unsere Kunden bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit.



Nachhaltig für Niedersachsen

Seit über 260 Jahren sind die VGH Versicherungen für die Menschen in Niedersachsen ein beständiger Partner. Diese Philosophie hat das Unternehmen zum größten regionalen Versicherer des Landes gemacht – mit rund 1,8 Millionen Privat- und Geschäftskunden. Traditionell engagiert sich das Unternehmen für die Gesellschaft und für Niedersachsen – das Land, in dem es zu Hause ist. Deshalb ist es der VGH ein großes Anliegen, ihren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten, um auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu erhalten. Und die VGH hat einiges vor: Sie will CO₂-neutral werden.



Vorreiter: Die VGH will als einer der ersten Versicherer in Deutschland CO₂-neutral werden

Nachhaltig seit 1750

Die VGH ist ein Unternehmen mit Geschichte. Das Mutter-Unternehmen, die Landschaftliche Brandkasse Hannover, wurde vor über 260 Jahren gegründet. Ende der 1950er Jahre schloss sie sich mit der 1918 ins Leben gerufenen Provinzial Lebensversicherung Hannover zur Versicherungsgruppe Hannover zusammen. Kurz: VGH. Seit 2001 sind auch die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und seit 2002 die Provinzial Pensionskasse ein Teil der Gruppe. Damit bietet die VGH ihren Kunden heute die komplette Produktpalette an Personen- und Sachversicherungen.

Als öffentlich-rechtlicher Versicherer konzentriert sich die VGH auf ihre niedersächsische Heimat. Das Unternehmen verfügt über ein engmaschiges Vertriebsnetz aus rund 600 selbstständigen Vertretungen und 1200 Geschäftsstellen von 46 Sparkassen sowie der Landesbausparkasse. Das ermöglicht der VGH immer nah am Kunden zu sein, im Harz genauso wie an der Nordsee. Diese Nähe und das breite Produktangebot machen die VGH für zahlreiche Niedersachsen zur ersten Wahl: Ein Drittel aller Wohngebäude und zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe im Land sind über das Unternehmen versichert. Jede fünfte Kfz- und jede fünfte Hausratversicherung sowie jede zehnte Lebensversicherung schließen die Niedersachsen bei der VGH ab. Über 142 000 Menschen sind bei der Gruppe krankenversichert. Insgesamt hat die VGH 4,8 Millionen Policen in ihrem Bestand.

In den 80er und 90er Jahren hat sich die VGH zusammen mit dem Sparkassenverband Niedersachsen an der Öffentlichen Versicherung Bremen und den öffentlichen Versicherungen in Sachsen-Anhalt, Ostfriesland und Oldenburg beteiligt. Seit 2007 kooperiert sie mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung in Vechta. Die VGH achtet die Identität und Tradition ihrer Partnerunternehmen – und setzt auf ein ungewöhnliches Beteiligungsmodell: Die Unternehmen sind Teil eines starken Verbunds, bleiben jedoch eigenständig. Markenname und regionale Ausrichtung bleiben erhalten. Mit diesem Modell und ihrer eigenen dezentralen Aufstellung stärkt die VGH den Versicherungsstandort Niedersachsen und sichert Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

**Schiffbauer-Projekt 2010:
Die VGH erhält den
Bildungspreis der
Deutschen Versicherungs-
wirtschaft**



**Nachhaltiger
Arbeitgeber**

4 500 Menschen sind direkt oder indirekt für die VGH tätig. Die Unternehmenskultur ist geprägt von Fairness, Respekt und Vertrauen. Im Schiffbauer-Projekt haben die „Steuerleute“ der VGH diese Kultur- und Führungsphilosophie drei Jahre lang weiterentwickelt. Für die langfristige Ausrichtung und die Einbeziehung aller Mitarbeiter wurde das Projekt 2010 mit dem InnoWard, dem Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft, ausgezeichnet. Für ihre innovative Arbeitszeitgestaltung und für Informationsveranstaltungen in Kooperation mit anderen Unternehmen hat die Landesregierung die VGH 2010 als familienfreundliches Unternehmen gewürdigt. Wegen des doppelten Abiturjahrgangs in Niedersachsen erhöht das Unternehmen 2011 seine Ausbildungsplätze um 50 Prozent. So fördert die VGH den Nachwuchs und sichert zugleich die Zukunft des Unternehmens.

**Nachhaltig
engagiert**

Die VGH übernimmt Verantwortung – nicht nur als Versicherer und Arbeitgeber: Als öffentlich-rechtliches und damit gemeinwohlorientiertes Unternehmen lässt die VGH die Gesellschaft an ihrem Erfolg teilhaben. Die Förderung der niedersächsischen Feuerwehren ist sogar per Satzung definiert. Traditionell engagiert sich das Unternehmen auf den Feldern Sport, Kultur und Wissenschaft sowie Gesellschaft und Soziales. Dabei unterstützt die VGH insbesondere den Nachwuchs und Projekte zur Zukunftsförderung Niedersachsens und seiner Bürger. Im Jahr 2000 hat das Unternehmen die VGH-Stiftung ins Leben gerufen, die sich der Förderung von Wissenschaft, Kultur und Mildtätigkeit widmet.

Im Sport engagiert sich die VGH für den Fußball und den Reitsport. Mit dem Niedersächsischen Reiterverband hat das Unternehmen den VGH-Cup begründet – eine Turnierserie für Nachwuchsreiter. Der Sieger in diesem Jahr: Julius Busch vom RFV Suhlendorf bei Uelzen auf seinem Pferd VDL Groep Ovatio. Im Fußball vergibt die VGH jedes Jahr zusammen mit dem Niedersächsischen Fußballverband (NFV) den VGH Fairness-Cup. Der Bezirksligist SV Scharnebeck aus dem Kreis Lüneburg darf sich derzeit „fairste Fußballmannschaft Niedersachsens“ nennen – im Vorjahr hatte das Team bereits den zweiten Platz belegt.

KunstFestSpiele:

Die S-Finanzgruppe fördert
traditionell die kulturelle
Vielfalt in Niedersachsen



Die VGH fördert den Kulturstandort Niedersachsen. 2010 fanden zum ersten Mal die KunstFestSpiele Herrenhausen in Hannover statt – die Nachfolgeveranstaltung der Festwochen Herrenhausen. Das Konzept der neuen Intendantin Elisabeth Schweeger zog mehr als 7 000 Besucher an und war europaweit Thema in den Kulturteilen der Zeitungen. Die VGH unterstützt zusammen mit den Unternehmen der S-Finanzgruppe die Veranstaltungsreihe bis 2012. Ein weiteres Beispiel für die Aktivitäten der VGH in der Kultur ist der VGH Fotopreis. Seit 2008 vergibt das Unternehmen die mit 10 000 Euro höchstdotierte Auszeichnung dieser Art ausschließlich an talentierte Fotostudenten der Fachhochschule Hannover (FHH). Preisträger 2010: Jan Lieske für seine sozialkritische Reportage. Die VGH ist gemeinsam mit der S-Finanzgruppe Sponsor beim November der Wissenschaft in Hannover. Zum zweiten Mal nach 2008 gaben Forschungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen interessierten Bürgern einen Einblick in ihre Arbeit. Mehr als 45 000 Besucher kamen zu den rund 150 Veranstaltungen. Erstmals war die S-Finanzgruppe mit einem eigenen Beitrag vertreten: Professor Hendrik Hakenes, Direktor des Instituts für Finanzmarkttheorie an der Universität Hannover, referierte in der Sparkassenakademie über „Spekulanten, Wetten, Länderpleiten – wie es zu den Auswüchsen der Finanzkrise kam“.

Die Gesellschaft ist auf die ehrenamtliche Arbeit seiner Bürger angewiesen. In Niedersachsen ist jeder Dritte ehrenamtlich aktiv, insgesamt 2,8 Millionen Menschen. Zusammen mit der Landesregierung und dem Sparkassenverband Niedersachsen würdigt die VGH diesen Einsatz mit der Auszeichnung „unbezahlbar und freiwillig“. Seit 2003 werden jährlich zehn Preise in den Bereichen Kultur, Sport, Kirche beziehungsweise religiöse Gemeinschaften, Umwelt und Soziales sowie ein Sonderpreis im Gesamtwert von 32 500 Euro verliehen. Zu den ausgezeichneten Projekten 2010 gehörte beispielsweise die Jugendfeuerwehr Bornreihe, in der sich junge Menschen aus allen Gesellschafts- und Bevölkerungsschichten gemeinsam für die gute Sache engagieren. Ein Preis, der sozusagen stellvertretend für alle Freiwilligen Feuerwehren im Land vergeben wurde.

Nachhaltigkeit im Blick:
Björn Böcker, Abteilungs-
leiter Zentraler Service
Organisation bei der VGH



Nachhaltig für die Umwelt

Als gemeinwohlorientiertes Unternehmen fühlt sich die VGH den nachfolgenden Generationen verpflichtet. Auch sie sollen eine lebenswerte Umwelt vorfinden. Die VGH übernimmt deshalb Verantwortung für die ökologischen Folgen ihres wirtschaftlichen Handelns. Umwelt- und Klimaschutz zählt zu den Grundsätzen der VGH.

Die Umwelleitlinien des Unternehmens bilden die Leitplanken für das eigene Handeln und Tun. In der Präambel verpflichtet sich das Unternehmen, „dazu beizutragen, dass aktiver Umweltschutz im Unternehmen wie im Privaten zum alltäglichen Handeln wird“. Als Unternehmen setzt die VGH alles daran, Umwelt und Ressourcen zu schonen. Ihr eigenes ökologisches Verhalten stellt die VGH regelmäßig auf den Prüfstand, um nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Eine CO₂-Bilanz gibt Aufschluss über die Entstehung der Kohlendioxid-Emissionen des Unternehmens und über mögliche Einsparpotenziale. Bei ihrem Engagement nimmt die VGH auch ihre Mitarbeiter ins Boot und fördert den sparsamen Umgang mit Energie, Wasser und Material. Mit ihren Produkten begrenzt sie die Schäden ihrer Kunden durch Naturereignisse wie Stürme oder Überschwemmungen. Zahlreiche Präventions- und Informationsangebote helfen den Kunden, möglichen Schäden vorzubeugen. Ein Beispiel dafür ist das Brandschutzmobil der VGH.

Die VGH engagiert sich beim Klima- und Umweltschutz auch über das eigene Kerngeschäft hinaus – so wie sie es bei anderen gesellschaftlichen Themen wie Wissenschaft, Kultur und Sozialem ebenfalls macht. So heißt es in den Leitlinien: „Wir werden die Umweltpolitik aktiv in der Öffentlichkeit vertreten.“ Das tut die VGH zum Beispiel in der Klimaallianz Hannover, bei ÖKOPROFIT sowie beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und beim Verband öffentlicher Versicherer (VöV). Aufgrund des Stellenwerts, den die VGH dem Klima- und Umweltschutz beimisst, hat sie 2003 eine Umweltbeauftragte benannt. Sie sucht nach Verbesserungsmöglichkeiten und koordiniert Umweltaktivitäten inner- und außerhalb des Unternehmens. Ihr zur Seite stehen die zehnköpfige Arbeitsgruppe Klimaschutz sowie Ansprechpartner in den Regionaldirektionen.

Energie aus der Erde:
Die Regionaldirektion
Lüneburg verfügt über eine
eigene Geothermieanlage



Nachhaltige VGH

Umweltschutz fängt im eigenen Haus an: Im Sommer 2009 hat die VGH den Neubau im Warmbüchenkamp fertiggestellt. Bereits in der Planungsphase hat das Unternehmen großen Wert auf Energieeffizienz und eine umweltschonende Bauweise gelegt. Statt einer Klimaanlage sorgt eine sogenannte Betonkernaktivierung für ein behagliches Klima. Dabei wird die Raumtemperatur reguliert, indem Kühlwasser durch viele kleine Kunststoffschläuche in den Betondecken geleitet wird. Auf den Dächern produziert eine Photovoltaikanlage Strom. 30 000 Kilowattstunden im Jahr – das entspricht einer CO₂-Einsparung von jährlich etwa 20 Tonnen. Eine solarthermische Anlage erhitzt das Brauchwasser und eine intelligente Lichtsteuerung sorgt überall für viel Tageslicht. Das alles trägt dazu bei, dass der Neubau deutlich weniger Energie verbraucht als vergleichbare Objekte.

Auch an den anderen Standorten setzt die VGH auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. So verfügt die Regionaldirektion Lüneburg über eine Geothermieanlage: Im Sommer nutzt das Gebäude die niedrigeren Temperaturen im Erdreich zum Kühlen, im Winter die Erdwärme, um das Haus zu beheizen. Wenn das nicht reicht, kommt umweltschonende Fernwärme zum Einsatz. Damit hat die Regionaldirektion ihre Heizkosten um 20 Prozent senken können. Auch ihre Bestandsgebäude hat die VGH im Blick: Die Verglasungen der Direktion Hannover wurden gerade erst saniert und dämmen jetzt viel besser als bisher. Übrigens: Eine Photovoltaikanlage besitzt das Gebäude auch. Und das ist nicht alles: Weitere Photovoltaikanlagen sind für alle Regionaldirektionen in Planung und sollen noch 2011 realisiert werden.

Bauliche Maßnahmen sind das eine, das eigene Nutzungsverhalten das andere. Deshalb hat die VGH am Hauptsitz in Hannover ein Energiecontrolling eingeführt. Mehrere Stromzähler erfassen dort zeitgenau die Verbräuche und liefern so wichtige Daten, wo, wann und wie man sparen kann. Ein Ergebnis: Die Bürobeleuchtung erlischt jetzt abends automatisch. Durch diese und viele weitere Schritte ist es der VGH gelungen, ihren Strom- und Wärmeverbrauch pro Jahr um 350 000 Kilowattstunden zu reduzieren. Künftig soll das

Klimafreundlich unterwegs:
VGH-Mitarbeiter auf ihren
Dienstfahrrädern



Controlling Teil eines übergreifenden Energiemanagements werden. Und die VGH hat sich ambitionierte Ziele gesetzt: Das Unternehmen will alle beeinflussbaren Energieverbräuche bis 2015 um bis zu 20 Prozent senken. Bis 2020 will es seinen CO₂-Ausstoß um 15 Prozent reduzieren.

Umwelt- und Klimaschutz spielt für die VGH auch beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen eine große Rolle: So beziehen die Zentrale in Hannover sowie fünf Regionaldirektionen zu 100 Prozent reinen Ökostrom. Beim Einkauf für die IT achtet das Unternehmen auf sparsame Geräte, bei Büromaterial auf umweltfreundliche und wiederverwertbare Materialien. Eine weitere Stellschraube ist der Postversand: Der Logistiksektor ist weltweit für ein Fünftel der von Menschen verursachten Treibhausgase verantwortlich. Die VGH verschickt deshalb ihre Briefe und Pakete mit dem GoGreen-Programm der Deutschen Post. Die Idee: Für die Abgase, die Lkw beim Transport der VGH-Post freisetzen, fördert die Post Klimaschutzprojekte, die den CO₂-Verbrauch kompensieren.

Bei Geschäftsreisen nutzt die VGH das Angebot UmweltPlus der Deutschen Bahn. Das Verkehrsunternehmen berechnet dabei jedes Quartal die Menge Strom, die die VGH durch ihre Reisen voraussichtlich verbraucht, und kauft dafür Ökostrom ein. Allein in den ersten drei Quartalen 2010 legten die VGH-Mitarbeiter 1,4 Millionen Kilometer mit der Bahn zurück. Auf diese Weise flossen mehr als 100 000 Kilowattstunden regenerativer Strom in den Energiemix der Bahn. Die CO₂-Ersparnis: 63 400 Kilogramm. Übrigens: In Hannover stellt die VGH ihren Mitarbeitern seit Neustem für Stadtfahrten Diensträder zur Verfügung. Das ist nicht nur praktisch im Großstadtverkehr, sondern immer noch die umweltfreundlichste Form sich fortzubewegen.

Alle Wetter: Die VGH versichert ihre Kunden gegen Überschwemmung durch Starkregen



Nachhaltige Produkte

Die VGH hat die Umwelt auch bei ihren Produkten im Blick. Naturereignisse wie Hochwasser, Stürme, Überschwemmungen richten großen Schaden an und kommen immer häufiger vor. Als verantwortungsbewusster Partner steht die VGH ihren Kunden in kritischen Situationen zur Seite. Das 2001 unter maßgeblicher Beteiligung der VGH eingeführte Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen (ZÜRS) des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ermöglicht es, das Risiko für Hochwasser und andere Umweltgefährdungen für fast jede Adresse in Deutschland genau zu bewerten. So ist heute nur noch bei 1,5 Prozent der besonders gefährdeten Wohngebäude in Niedersachsen eine zusätzliche individuelle Prüfung erforderlich. Außerdem ist die VGH seit 2010 eines der ersten Versicherungsunternehmen in Deutschland, das seinen Kunden einen Schutz gegen Überschwemmung und Rückstau durch Starkregen über die Wohngebäude-, die Hausrat- und über die Gewerbeversicherung anbietet.

Mit ihren Produkten unterstützt die VGH auch die Verbreitung der erneuerbaren Energien. Das Unternehmen schützt die Betreiber von Solar-, Windkraft- oder Biogasanlagen vor möglichen Schäden oder Schadenersatzansprüchen. Eigenschäden, zum Beispiel am Gebäude durch den Austritt von Flüssigkeiten aus Wärmepumpen oder Solaranlagen, können bei der VGH über die Hausrat- oder die Wohngebäudeversicherung abgesichert werden. Bei der Versicherung von Biogasanlagen ist die VGH Marktführer im ländlich geprägten Niedersachsen. Die VGH hilft aber nicht erst, wenn der Schaden eingetreten ist. Mit Infoveranstaltungen und Broschüren macht sie beispielsweise auf Sicherheitsrisiken bei der Installation von Photovoltaikanlagen aufmerksam. Außerdem schützt die VGH ihre Kunden mit Umwelthaftpflicht- und Umweltschadenversicherungen vor finanziellen Lasten aus Umweltschäden.

Ein weiteres, innovatives Präventionsangebot ist „Wind & Wetter“. Der SMS-Dienst warnt VGH-Kunden vor Sturm, Gewitter, Starkregen, Blitzeis oder Hagel. So können sie sich rechtzeitig auf die Gefahrenlage einstellen und beispielsweise das Auto in die Garage stellen, bevor der Hagel einschlägt.

**Grüne Ideen:
Das ÖKOPROFIT-Team
der VGH**



**Nachhaltig
für die Gesellschaft**

Ökologisches Handeln entfaltet erst dann seine volle Wirkung, wenn alle mitziehen: die Politik, die Wirtschaft und die Bürger. Die VGH möchte deshalb dazu beitragen, das Thema in der Gesellschaft zu verankern. Bereits seit vielen Jahren engagiert sich das Unternehmen in zahlreichen Initiativen und Projekten für den Klima- und Umweltschutz.

So war die VGH im Jahr 2000 Gründungsmitglied bei ÖKOPROFIT in Hannover. Das „Ökologische Projekt für Integrierte Umwelttechnik“ ist eine Kooperation zwischen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft. Mit externer Unterstützung erarbeiten die teilnehmenden Betriebe Maßnahmen, wie sie Ressourcen und Umwelt schonen und gleichzeitig ihre Kosten senken können. Nach erfolgreichem Abschluss werden die Unternehmen als ÖKOPROFIT-Betriebe ausgezeichnet. Seit dem Start des Projekts vor zehn Jahren konnte die VGH ihr Umweltverhalten Schritt für Schritt verbessern und wurde bislang jedes Jahr für ihre Fortschritte ausgezeichnet. ÖKOPROFIT-Projekte laufen inzwischen in zahlreichen Städten – zum Beispiel in Lüneburg und Hildesheim. Dort beteiligen sich die Regionaldirektionen der VGH an dem Projekt. Im Januar 2011 startete ÖKOPROFIT in Göttingen. Einer der Mitinitiatoren: die VGH-Regionaldirektion Göttingen.

Eine weitere Initiative, in der sich die VGH engagiert, ist die Klimaallianz Hannover. In dem Projekt arbeiten Stadt, Wirtschaft und Bürger gemeinsam daran, die Kohlendioxid-Emissionen der niedersächsischen Landeshauptstadt zu reduzieren. Bis zum Jahr 2020 wollen die Hannoveraner 40 Prozent weniger CO₂ produzieren als 1990. Die VGH bringt ihre Erfahrungen aus ÖKOPROFIT mit ein und trägt mit ihren eigenen Umweltaktivitäten dazu bei, das ambitionierte Ziel zu erreichen.

Strategien für die Zukunft:
Auf den Symposien der VGH
ist Klima- und Umweltschutz
Thema



„Klimawandel & Kommunen“ ist ein gemeinsames Projekt der Spitzenverbände der niedersächsischen Kommunen. Ziel der Initiative ist es, aufzuzeigen, was Städte und Gemeinden für den Klimaschutz alles tun können. Außerdem wollen die Teilnehmer die Menschen in Niedersachsen für das Thema Klimawandel sensibilisieren. Die VGH ist Partner des Projekts.

Das Auto der Zukunft fährt elektrisch – als großer Kfz-Versicherer und umweltbewusstes Unternehmen ist es der VGH ein großes Anliegen, diese klimafreundliche Technologie zu fördern. Im Hause der VGH fand 2010 die Auftaktveranstaltung für die Landesinitiative Brennstoffzelle & Elektromobilität statt. Unternehmen und Forscher aus ganz Niedersachsen haben sich in dem Netzwerk zusammengeschlossen, um gemeinsam am Durchbruch des Elektroautos zu arbeiten. Das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern auch für das Autoland Niedersachsen.

Impulse und Anstöße – die möchte die VGH auch mit ihrer Symposiensreihe „Zukunft für Niedersachsen“ geben. Umwelt und Klima sind hier regelmäßig Thema. Experten aus Forschung und Politik diskutieren die Chancen und Risiken, geben Handlungsempfehlungen für Gesellschaft und Politik und präsentieren ihre Visionen für die Gesellschaft von morgen. Die bisherigen Veranstaltungen beschäftigten sich mit „Bioenergie“ oder der „Versicherung von Naturgefahren in Zeiten des Klimawandels“.

**Nachhaltig
in die Zukunft**

Eine Vision der VGH nimmt aktuell konkrete Formen an: Das Unternehmen wird weiterhin seine Kohlendioxid-Emissionen so weit wie möglich reduzieren. Den verbleibenden, nicht vermeidbaren CO₂-Ausstoß plant die VGH künftig an anderer Stelle zu kompensieren, indem es beispielsweise Erneuerbare-Energie-Projekte fördert. Das verringert die Belastungen fürs Klima gleichermaßen. Die VGH wird damit einer der ersten Versicherer in Deutschland, der komplett CO₂-neutral ist.



Teddys im Trockenen

Starkregenfälle nehmen zu. Die VGH versichert ihre Kunden gegen diese Gefahr – auch Bodo Meyer und seinen Spielzeugwarenladen.

Die Regale sind wieder voller Spielzeugautos, Modellbaukästen und Puppenhäuser. Eltern mit ihren Kindern drängeln an ihnen entlang. Bodo Meyer, Inhaber des Spielzeuggeschäfts Spiel & Freizeit Nagel in Georgsmarienhütte, freut sich, dass die Geschäfte so gut laufen. Noch vor rund sechs Monaten stand er in seinem Laden bis zu den Knien in Wasser und Schlamm.

Ein Jahrhunderthochwasser hatte ihn erwischt. Die Düte war im August 2010 über die Ufer getreten. Der eigentlich unscheinbare Bach setzte Häuser, Straßen und Parkplätze unter Wasser. Der Auslöser: Starkregen. In 24 Stunden fielen auf den Quadratmeter über 100 Liter Wasser.

Bodo Meyer hatte Glück im Unglück. Über seine Elementarschadenversicherung bei der VGH war er gegen die Starkregenschäden versichert. „Meine Devise ist: Ich versichere das, was ich nicht aus eigener Kraft bezahlen kann.“ Der Verlust des Lagers im Keller des Spielzeuggeschäfts hätte womöglich seinen Ruin bedeutet. „Ich bin froh, dass ich mich auf meine Versicherung verlassen konnte“, lobt der 38-Jährige. Mit seinem Berater stand er am Morgen der Überschwemmung sogar zusammen im Wasser.

Neben dem Schutz über eine Elementarversicherung bietet die VGH seit 2010 auch über die Gewerbe-, die Hausrat- und die Wohngebäudeversicherung Absicherung gegen Überschwemmungs- und Rückstauschäden bei Starkregen. Ein Schutz, der für die Kunden zunehmend wichtiger wird, weil es immer häufiger zu Überschwemmungen und Starkregen kommt.

Ein paar Schäden sind im Geschäft von Bodo Meyer noch zu sehen. Der Teppich hat Wasserflecken. An manchen Stellen ist Mörtel abgeplatzt. „Wir fangen jetzt mit den Schönheitsreparaturen an“, sagt Meyer. Gleichzeitig muss das Geschäft weitergehen. Unten im Lager sind gerade Basketballkörbe und Straßenkreide angekommen. Meyer: „Hoffentlich bleibt es im Sommer trocken.“

Kunstwerkstatt in der Malschule
der Kunsthalle Emden



VGH-Stiftung: Nachhaltig in die Zukunft

Als größter Regionalversicherer des Landes übernehmen die VGH Versicherungen seit Generationen gesellschaftliche Verantwortung und lassen die Menschen in Niedersachsen und Bremen an ihrem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Im Jahr 2000 rief das Unternehmen eine eigene Stiftung ins Leben. Ziel war es, das Engagement der VGH auf eigene Füße zu stellen und von konjunkturellen Entwicklungen zu entkoppeln. Welche Konsequenzen aktuelle Ertragslagen auf das Sponsoring von Unternehmen haben können, mussten viele Vereine und soziale Initiativen gerade erst im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erfahren. Stiftungen funktionieren anders: Sie sind auf Dauer angelegt. Die VGH hat sich mit Gründung ihrer Stiftung festgelegt, sie will auch in Zukunft für die Menschen in Niedersachsen und Bremen da sein und sich langfristig für sie einsetzen. Nachhaltig eben.

Die VGH-Stiftung setzt auf ein klares Profil: Seit Beginn konzentriert sie sich auf die Fördergebiete Wissenschaft, Kultur und Mildtätigkeit und stärkt durch ihre Arbeit insbesondere die kulturelle Infrastruktur der ländlichen Regionen in Niedersachsen und Bremen. Die bisherige Bilanz: 399 Projekte und ein Gesamtfördervolumen von rund 5,6 Millionen Euro. Damit hat die VGH-Stiftung innerhalb nur einer Dekade einen festen Platz in der Kulturlandschaft Niedersachsens eingenommen.

Nachhaltig für die Jugend

Die VGH-Stiftung möchte mit ihrem Engagement dauerhaft wirken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt deshalb auf der Vermittlung kultureller Werte an Kinder und Jugendliche. Dieses Ziel zieht sich wie ein roter Faden durch alle Förderbereiche. Museumspädagogische Vorhaben oder Kunstvermittlungsprojekte wie die Initiative „Ortsgespräch“ der städtischen Galerie Nordhorn gehören ebenso dazu wie das Leseförderungsprogramm „Gedichte für Wichte“ des Netzwerks Leseförderung Lüneburg.

Kinder gestalten ihren
Zukunftstraumraum in Garbsen



Eines der erfolgreichsten Jugendprojekte der VGH-Stiftung ist der JULIUS-CLUB (Jugend liest und schreibt), den die VGH-Stiftung gemeinsam mit der Büchereizentrale Niedersachsen ins Leben gerufen hat. Die Initiatoren möchten damit bei Kindern und Jugendlichen die Lust am Lesen wecken und Fähigkeiten wie Textverständnis und Ausdrucksvermögen fördern. 19 000 junge Leser haben bislang teilgenommen. Neben den üblichen Angeboten fanden im Jubiläumsjahr der Stiftung zusätzliche Kreativwerkstätten statt. Das Thema: „Wie möchte ich in Zukunft leben?“ 182 JULIANER machten sich während der Sommerferien in 15 Werkstätten unter der Leitung von Künstlern Gedanken über die Zukunft.

Nachhaltiges Handeln erfordert Weitsicht und Reflexion. Das Jubiläum war ein passender Anlass, Resümee zu ziehen und über die Weiterentwicklung der Stiftung nachzudenken. In einem gemeinsamen Workshop kamen die Vertreter der Gremien, der Landschaften und Regionaldirektionen sowie Förderpartner aus allen Bereichen der Stiftungsarbeit zu dem Schluss: Die VGH-Stiftung ist in ihren Grundzügen „gut aufgestellt“. Die Runde bestätigte die bisherigen Förderbereiche und empfahl eine ständige Weiterentwicklung des Schwerpunkts „Vermittlung kultureller Werte an Kinder und Jugendliche“.

Für die Förderpolitik der VGH-Stiftung bedeutet das: Kulturelle Bildung und Integration sind Querschnittsthemen. Mit den Stiftungsangeboten sollen künftig vermehrt Jungen und Mädchen angesprochen werden, denen wegen ihrer Herkunft aus eher bildungsfernen Schichten oder aus Familien mit Migrationshintergrund in ihrem Alltag der Zugang zu kulturellen Projekten häufig verschlossen ist. Dass sich über kulturelle Angebote soziale und Bildungsziele oft einfacher erreichen lassen als durch rein pädagogische Maßnahmen, zeigt die hohe Akzeptanz des JULIUS-CLUBs. Die VGH-Stiftung ist auf einem guten Weg.



Vollgas ohne Abgas

Die VGH unterstützt die Landesinitiative Brennstoffzelle und Elektromobilität, damit die Menschen auf Niedersachsens Straßen künftig klimaschonend unterwegs sind.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Jörg Bode ist schon einige Elektroautos gefahren: den E3 des oldenburgischen Energieversorgers EWE oder den amerikanischen Sport-Stromer Tesla Roadster. Heute hat Bode im Tazzari Zero Platz genommen. Ein 550-Kilo-Leichtgewicht aus Italien mit einem etwas ungewöhnlichen Design. Vor allem an eines müsse man sich gewöhnen, so Bode: „Die Elektroautos sind ganz leise.“ Eine interessante Alternative zu Benzinern und Dieseln? „Auf jeden Fall. Nur für lange Strecken sind die Fahrzeuge noch nicht so weit.“ Spätestens nach 140 Kilometern ist der Akku leer und der Wagen muss für ein paar Stunden an die Steckdose. Aber auch daran wird in Niedersachsen schon gearbeitet. Die Landesinitiative Brennstoffzelle wurde jetzt um das Thema E-Mobilität erweitert. Unternehmen und Forschungseinrichtungen arbeiten hier gemeinsam am abgasfreien Auto der Zukunft. „Elektromobilität ist nicht nur klimafreundlich, für das Autoland Niedersachsen ist es eine Schlüsseltechnologie“, erklärt Bode. Das Land fördert die Initiative, genauso wie die VGH. Dem Kfz-Versicherer und Marktführer in Niedersachsen ist das ein besonderes Anliegen.

„Das Engagement der VGH für Umwelt, Gesellschaft und vor allem für das Land Niedersachsen ist ganz wichtig“, betont Bode. Ende September war die VGH Gastgeber für die Auftaktveranstaltung der Landesinitiative zur Elektromobilität in Hannover. In vier Arbeitskreisen entwickelten die Teilnehmer Schwerpunktthemen und suchten die passenden Partner für gemeinsame Projekte. Neben der Fahrzeugtechnik beschäftigt sich die Initiative mit der Integration der Autos ins Elektrizitätsnetz, neuen Mobilitätskonzepten und der Ladeinfrastruktur sowie der Marktvorbereitung. „Deutschland hat in der Elektromobilität noch Nachholbedarf. Aber Niedersachsen ist sehr gut aufgestellt“, erklärt Bode. Mit einer starken Automobilindustrie, renommierten Forschungseinrichtungen – und Unterstützung der VGH.

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

D. Horst Hirschler

Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg,
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der
Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft,
Obergut Lenthe, Gehrden, Region Hannover,
stellv. Vorsitzender

Volkmar v. Alten

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Söderhof, Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Werner von Behr

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Präsident der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Hoya, Hoya, Krs. Nienburg

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Heinrich Blanke

Bürgermeister a. D.,
Grasberg, Krs. Osterholz

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der Landschaft des ehem.
Fürstentums Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingb.ostel

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e.V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Deckenhausen, Krummendeich, Krs. Stade

Rainer Fabel

Landwirt, Landschaftsrat,
Suhldorf, Krs. Uelzen

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Gebhard Graf v. Hardenberg

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Wolbrechtshausen, Krs. Northeim

Ulrike Horstmann

stv. Landrätin, Landschaftsrätin,
Osnabrück

Dieter Hüsemann

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg

August Kappey

Landwirt, Landschaftsrat,
Negenborn/Einbeck, Krs. Northeim

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Lothar Koch

MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt, Krs. Göttingen

Martin Lüking

Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Otto Lukat

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Uelzen

Kurt Machens

Oberbürgermeister,
Hildesheim

Ulrich Mädge

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

Werner Meier

Landwirt, Landschaftsrat,
Barsinghausen, Region Hannover

Karl-Friedrich Meyer

Landwirt,
Hameln-Tündern

Joh. Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Landwirt, Landschaftsrat,
Badbergen, Krs. Osnabrück

Hermann Otter jun.

Landwirt, Landschaftsrat,
Bovenden, Krs. Göttingen

Georg Rahlfs

Landwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

Albert Rehse

Landwirt,
Despetal, Krs. Hildesheim

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Stade

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister,
Diepholz

Friedrich Sieling

Landwirtschaftsmeister, Bürgermeister,
Wietzen, Krs. Nienburg

Dr. Hans-Detlev Freiherr von Stietencron

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Rittergut Welsede,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat,
Göttingen

Gerhard Walter

Bürgermeister,
Herzberg am Harz, Krs. Osterode

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Beratende Mitglieder

Peter Block

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Hildesheim,
Hildesheim, seit 29.11.2010

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden, bis 30.9.2010

Alwin Brinkmann

Oberbürgermeister, Emden

Dr. Theodor Elster

Landrat, Uelzen

Albert Focke

Landrat, Vechta

Martin Grapentin

Landessparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Landessparkasse
zu Oldenburg, Oldenburg

Hans-Heinrich Hahne

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Schaumburg,
Rinteln

Dr. Karl Friedrich Harms

Präsident der Industrie- und Handelskammer
Oldenburg, Oldenburg,
bis 16.2.2011

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Bernhard Reuter

Landrat, Osterode am Harz

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrenvorsitzender

Adolf Freiherr v. Wangenheim

Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.
der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft,
Waake, Krs. Göttingen,
Ehrenvorsitzender

Ordentliche Mitglieder

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der
Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft,
Obergut Lenthe, Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

Jochen Berendsohn

Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender,
Mandat ruhte vom 16.3. bis 15.5.2010

Uwe Allner

Abteilungsleiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hildesheim

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Werner von Behr,

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Präsident der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Hoya, Hoya, Krs. Nienburg

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt, Präs. Landschaftsrat
der Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingb.ostel

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e.V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Deckenhausen, Krummendeich, Krs. Stade

Wolfgang Denia

Landesbezirksleiter a. D., Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Jeannine Geißler

Fachsekretärin, Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Silke Heinen

Abteilungsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
Ersatzmitglied vom 16.3. bis 15.5.2010

Gabriele Kasten

stv. Vorsitzende des örtlichen Personalrats der
VGH-Direktion, Hannover

Kurt Machens

Oberbürgermeister, Hildesheim

Werner Meier

Landwirt, Landschaftsrat,
Barsinghausen, Region Hannover

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungswirtschaft
in Niedersachsen und Bremen e.V., Hannover

Klaus Treiber

Dipl.-Kfm., Steuerberater, Wirtschaftsprüfer,
Gehrden, Region Hannover

Stefan Walingen

Vorsitzender des örtlichen Personalrats der
Regionaldirektion Hildesheim, Hildesheim,

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder**Andreas Graf v. Bernstorff**

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Ulrike Horstmann

stv. Landrätin, Landschaftsrätin, Osnabrück

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Hannover

Hermann Otter jun.

Landwirt, Landschaftsrat,
Bovenden, Krs. Göttingen

Albert Rehse

Landwirt, Despetal, Krs. Hildesheim

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat, Stade

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat,
Göttingen

Beratende Mitglieder**Dr. Josef Bernhard Hentschel**

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Werner Hilse

Landwirt, Präsident des Landvolks
Niedersachsen Landesbauernverband e. V.,
Hannover

Prof. Dr. Stefan Homburg

Lehrstuhl Öffentliche Finanzen,
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover,
Hannover

Ute Jeß-Desaever

Mitarbeiterin der BTQ Nds. GmbH,
Oldenburg,
seit 18.3.2010

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Joh. Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Oldenburg

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Hannover

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg

Vorstand und Direktoren der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender

Hermann Kasten
stellv. Vorsitzender seit 1.1.2011

Jochen Herdecke

Thomas Krüger

Franz Thole

Thomas Vorholt

Direktoren

Michael Huber

Rolf-Dieter Marson
seit 1.1.2011

Andreas Möller

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Hermann Bröring

Landrat, Vorsitzender der Verbandsversammlung
und des Vorstandsvorsitzenden des Sparkassen-
verbandes Niedersachsen, Meppen,
Vorsitzender bis 31. 12. 2010,
stellv. Vorsitzender seit 1. 1. 2011

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der
Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft,
Obergut Lenthe, Gehrden, Region Hannover,
stellv. Vorsitzender bis 31. 12. 2010,
Vorsitzender seit 1. 1. 2011

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden, bis 30. 9. 2010

Rainer Fabel

Landwirt, Landschaftsrat,
Suhldorf, Krs. Uelzen

Hans-Heinrich Hahne

Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Schaumburg, Rinteln,
seit 1. 10. 2010

Helene Hofmann

Bürgermeisterin,
Bad Sachsa, Krs. Osterode

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Heinz Lüers

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Harburg-Buxtehude, Hamburg

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Thomas Pötsch

Dipl.-Ök., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse
Burgdorf, Burgdorf

Albert Rehse

Landwirt,
Despetal, Krs. Hildesheim

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Stade

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der
Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft,
Obergut Lenthe, Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover, 1. stellv. Vorsitzender

Heinz Wösten

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der VGH,
Hannover 2. stellv. Vorsitzender, bis 31.12.2010

Michael Feldnick

Angestellter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender seit 1.1.2011

Volkmar v. Alten

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Söderhof, Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat, Cuxhaven

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Deckenhausen, Krummendeich, Krs. Stade

Kerstin Gewecke

Angestellte der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Birgit Harste

Abteilungsleiterin der Provinzial
Lebensversicherung Hannover, Hannover

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Hauke Jagau

Regionspräsident Hannover, Hannover

Achim Japtok

Vertriebsbeauftragter Personenversicherung
der Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover, Ersatzmitglied seit 1.1.2011

Ulrich Mäde

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

Werner Meier

Landwirt, Landschaftsrat,
Barsinghausen, Region Hannover

Christoph Meister

Landesfachbereichsleiter, Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Andreas Plate

stv. Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover

Ralf Achim Rotsch

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Stade, Stade

Christel Schack-Ristau

Gewerkschaftssekretärin, Gewerkschaft ver.di,
Lüneburg

Reinhard Schermann

Landrat, Göttingen

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Alfons Wüstefeld

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Duderstadt, Duderstadt

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen

Vorsitzender

Hermann Kasten

stellv. Vorsitzender seit 1.1.2011

Jochen Herdecke

Thomas Krüger

Franz Thole

Thomas Vorholt

Direktoren

Rolf-Dieter Marson

seit 1.1.2011

Andreas Möller

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans Peter Tiemann

Stellvertreter

Aufsichtsrat, Vorstand und Prokuristen der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

Aufsichtsrat

Dr. Joseph Schweer
Regierungspräsident a. D., Oldenburg,
Vorsitzender

Günter Distelrath
Direktor, Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover,
stellv. Vorsitzender

Manfred Göddeke
Geschäftsführer i. R.,
Edewecht

Jürgen Hösel
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Peine,
Peine

Hermann Kasten
stellv. Vorstandsvorsitzender der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover,
seit 1.4.2010

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover,
bis 1.4.2010

Franz Thole
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover

Vorstand

Dr. Ulrich Knemeyer
Vorsitzender

Andreas Dienst

Georg Hake

Prokuristen

Günter Israel

Svenja Leonhardt

Andreas Möller

Volker Pätzold

Jens-Uwe Scherf

Dr. Dietrich Vieregge

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans Peter Tiemann
Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

Günter Distelrath

Direktor, Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, Vorsitzender

Ernst-Otto Bahr

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Fallingbostel in Walsrode, Walsrode

Dr. Guido Brune

Mitglied des Vorstands der Bremer Landesbank, Bremen

Manfred Driemeier

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Hinrich Ernst

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Aurich-Norden in Ostfriesland, Aurich

Ingo Hinrichs

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Emsland, Meppen

Jürgen Hösel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Peine, Peine

Carsten Hüncken

Generalbevollmächtigter, NORD/LB Hannover, Hannover

Dr. Heinrich Jagau

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Hannover, Hannover

Dirk Köhler

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, Uelzen

Wolfgang Lamot

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde, Zeven, bis 30.9.2010

Ralf Müller

Abteilungsleiter beim Sparkassenverband Niedersachsen, Hannover, bis 14.1.2011

Detlef Oetter

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse LeerWittmund, Leer

Klaus Rymarczyk

Direktor, Mitglied des Vorstands der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin - Hannover, Hannover

Wolfgang Schult

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Stade-Altes Land, Stade

Michael Senft

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Hildesheim, Hildesheim

Rolf Watermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Schaumburg, Rinteln

Helmut Weermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Stadtsparkasse Cuxhaven, Cuxhaven, seit 29.11.2010



Solarkraft, aber sicher!

Erneuerbare Energien sind gut fürs Klima. Damit Photovoltaikanlagen nicht zum Brandherd werden, informiert VGH-Mitarbeiter Lars Große Bauherren über die richtige Absicherung der Geräte.

Ungeschützte Kabel, durchbrochene Brandschutzmauern, ungenügende Sturmsicherheit – Lars Große, Berater Firmenkunden der Regionaldirektion Göttingen, hat schon einiges erlebt, wenn es um Photovoltaikanlagen geht. Aufklärungsarbeit steht deshalb für ihn an erster Stelle. „Es ist wichtig, über Risiken zu informieren“, sagt Lars Große, der in Göttingen für die Firmenkunden zuständig ist.

Photovoltaikanlagen sind populär. Die Modulfläche hat sich in Deutschland in wenigen Jahren vervielfacht. Den Schutz der Anlage gewährleisten maßgeschneiderte Versicherungslösungen der VGH, zum Beispiel eine Elektronikversicherung, die auch Bedienungs-, Konstruktions-, Material- oder Ausführungsfehler umfasst.

Die VGH hilft aber nicht erst im Schadenfall. Sie unterstützt ihre Kunden dabei, Defekte und Unfälle zu vermeiden. Sturmschäden an den Anlagen sind beispielsweise häufig Folge von Planungsfehlern bei der Statik. Durchgescheuerte Kabel lassen sich vermeiden, indem sie nicht über scharfe Kanten verlegt werden.

Viel Arbeit für den VGH-Berater Lars Große, der sich zum Informationsaustausch mit der Feuerwehr und örtlichen Unternehmen vernetzt hat. Etwa mit der Firma bode Energie- und Sicherheitstechnik: „Wir haben erkannt, dass man hier etwas machen muss“, sagt Alexander Pape, Bereichsleiter Photovoltaik bei dem Unternehmen. Verunsichert sind Kunden insbesondere durch Meldungen über Feuerwehrleute, die angeblich Häuser mit Photovoltaikanlagen kontrolliert abbrennen lassen, weil das Löschen zu gefährlich sei. „Das ist Unsinn“, sagt der Göttinger Kreisbrandmeister Karl-Heinz Niesen. Brände seien auch mit Photovoltaikanlagen für die Feuerwehr beherrschbar. Dennoch gingen beim Brand Gefahren von den Anlagen aus. Mit einer sachkundigen Installation lassen sich die Risiken jedoch minimieren. Die Kunden müssen es nur wissen – Lars Große arbeitet daran.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Erholungstendenzen im weltwirtschaftlichen Umfeld deutlich verstärkt. Die konjunkturelle Erholung wurde durch die eingeleiteten Unterstützungsprogramme und die Niedrigzinspolitik der Notenbanken erheblich gestützt. Deutschland konnte das Bruttoinlandsprodukt um gut 3,5 Prozent steigern (Vorjahr: – 5,0 Prozent) und erzielte damit im Vergleich mit anderen europäischen Volkswirtschaften ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Hierzu trugen maßgeblich die Exporte bei. Die Entwicklung des Preisniveaus mit einer Inflationsrate von 1,7 Prozent und die erfreuliche Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt begünstigten auch zunehmend die Binnenkonjunktur.

Die Stabilität des Finanzsystems hat vor dem Hintergrund der Eurokrise und der in vielen Ländern ausufernden Staatsschulden nicht weiter zugenommen, so dass an den Finanzmärkten nicht von einer gesicherten und nachhaltigen Erholung gesprochen werden kann. Die Aktienmärkte tendierten weiterhin uneinheitlich. Zwar erholten sich die entsprechenden Indizes im Laufe des Jahres deutlich, die Eurokrise im Frühjahr 2010 führte aber auch zu Rückschlägen. Im letzten Quartal stieg der DAX hingegen stark an.

Massiv unter Druck zeigte sich das Niveau der Renditen langfristiger Staatsanleihen, die im Jahresverlauf auf bis zu 2,12 Prozent für 10-jährige Bundesanleihen fielen. Das Zinsniveau blieb vor allem aufgrund der Zinspolitik der Notenbanken historisch niedrig.

Die Versicherungsbranche konnte sich im Geschäftsjahr 2010 stabil weiterentwickeln. Die Versicherungsnachfrage blieb weitgehend unbeeinflusst von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Die Herausforderungen der Versicherungsbranche bestanden in dem anhaltenden Wettbewerb und den geringen Wachstumsmöglichkeiten bei hoher Marktdurchdringung in vielen Geschäftssegmenten. Die besondere Rolle der Lebensversicherung als Ergänzung der umlageorientierten gesetzlichen Rentenversicherung bietet hingegen weiterhin Wachstumsperspektiven.

Die deutsche Versicherungswirtschaft erreichte insgesamt ein Beitragswachstum von 4,7 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent). Die Schaden- und Unfallversicherung verzeichnete eine moderate Beitragssteigerung um 0,7 Prozent. Erstmals seit 2005 kam es in der Kraftfahrtversicherung wieder zu einem Beitragswachstum (0,5 Prozent). Die Entwicklung in der Sachversicherung ist bei nahezu vollständiger Marktdurchdringung weiterhin maßgeblich von Summen- und Beitragsanpassungen geprägt (2,0 Prozent).

Die Schadenaufwendungen nahmen in Folge mehrerer Frostperioden, verschiedener Sturmereignisse sowie von Hochwasser- und Starkregenereignissen um 3,1 Prozent zu, so dass die Combined-Ratio als Summe von Schaden- und Verwaltungskostenquote auf 96 Prozent anstieg.*

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die gesamten Beitragseinnahmen der Brandkasse stiegen um 0,7 Prozent auf 960,5 Millionen Euro. Das selbst abgeschlossene Geschäft erreichte ein Beitragsvolumen von 908,7 Millionen Euro und lag 0,4 Prozent (Markt: 0,7 Prozent) über dem Vorjahreswert.

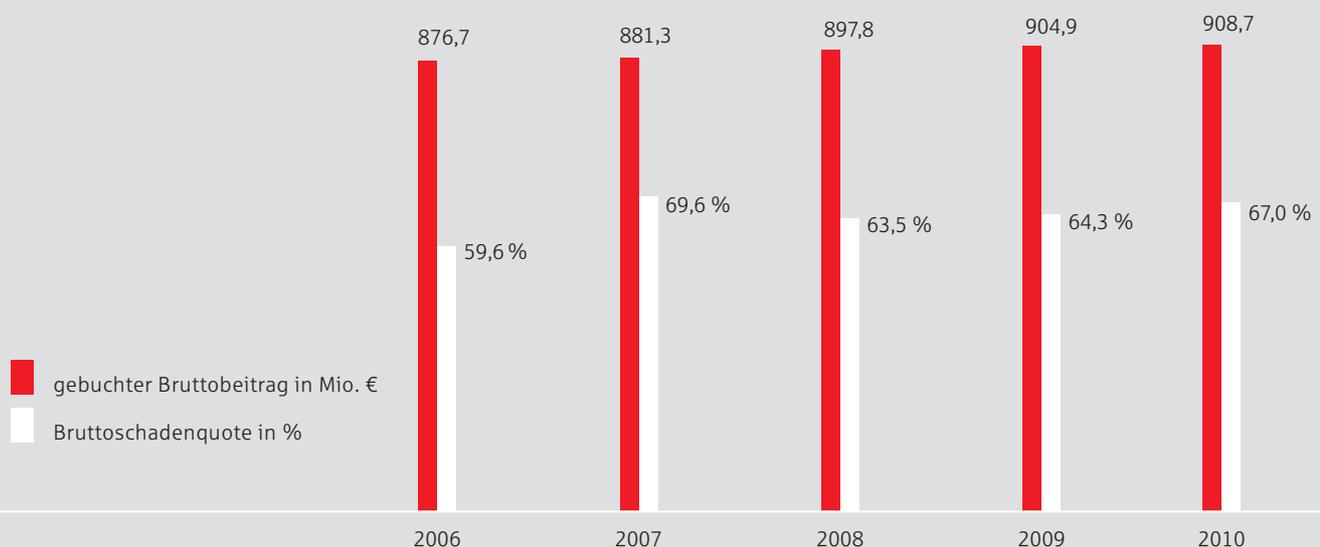
Die Brutto-Schadenquote nach Abwicklung erhöhte sich von 64,3 Prozent auf 67,0 Prozent. Der Schadenaufwand war geprägt durch einen deutlichen Anstieg kleinerer und mittlerer Massenschadenereignisse.

Die Investitionen in die beiden Vertriebswege – Ausschließlichkeitsorganisation und Sparkassen – wurden fortgeführt, um die Markt- und Serviceführerschaft in unserem Geschäftsgebiet weiter auszubauen. Strategische Projekte, insbesondere im Bereich der EDV-Anwendungslandschaft, wurden fortgeführt. Die Kostenquote erhöhte sich auf 25,2 Prozent (Vorjahr: 24,3 Prozent) und liegt weiterhin um ca. zwei Prozentpunkte unter dem Marktdurchschnitt.

Die Combined-Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote lag bei 92,3 Prozent (Vorjahr: 88,6 Prozent). Damit hebt sich die Brandkasse wie in den Vorjahren deutlich vom Marktdurchschnitt ab, der bei ca. 96 Prozent (Vorjahr: 93,6 Prozent) liegen wird.

Das Kapitalanlageergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Millionen Euro auf 95,7 Millionen Euro verbessert. Die positive Entwicklung resultierte insbesondere aus Zuschreibungen bei Investmentanteilen. Die Brandkasse bilanziert nach dem strengen Niederstwertprinzip und erwirtschaftete eine Nettoverzinsung von 3,7 Prozent (Vorjahr: 3,5 Prozent). Die stillen Reserven in Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 11,1 Prozent der gesamten Kapitalanlagen (Vorjahr: 9,7 Prozent).

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft



Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbleibt ein erwirtschafteter Bruttoüberschuss von 80,0 Millionen Euro.

Aufgrund positiver Spartenergebnisse werden wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 12,5 Millionen Euro zuführen. Das Gesamtergebnis erfordert einen Steueraufwand von 37,4 Millionen Euro. Das Eigenkapital wird durch Zuführung in die Rücklagen um 30,1 Millionen Euro gestärkt.

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 19,4 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige Beitragsrückgewähr ausbezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis führen wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 12,5 Millionen Euro zu.

Für ungekündigte Verträge sind für das Jahr 2011 die in der Tabelle aufgezeigten Rückvergütungssätze festgelegt.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Hausrat*	10 %	Tarif VHB2000/2004
	20 %	Tarife ab VHB2007
Privat-Haftpflicht*	10 %	Ab dem 1. 1. 1999 gültige Tarife
Feuer-Landwirtschaft	15 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert

* Weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadenfrei

Hervorragende Kundenresonanzen

Das Kölner Marktforschungsinstitut MSR Consulting bewertet jährlich die Kundenzufriedenheit deutscher Versicherungsunternehmen. Basierend auf einer umfassenden Kundenbefragung verlieh sie der Brandkasse für die Betreuungsqualität zum fünften Mal in Folge das KUBUS-Gütesiegel „Hervorragend“. Auch in den Kategorien Gesamtzufriedenheit, Produktangebot und Schadenabwicklung überzeugten die Leistungen der Brandkasse.

Im Rating der deutschen Autoversicherer des „map-Reports“ erhielt die Brandkasse zudem zum elften Mal in Folge die Bestnote „mmm“ und belegte einen Spitzenplatz im Gesamtergebnis.

In der Studie „Gewerbekundenmonitor Assekuranz“ untersucht das unabhängige Marktforschungsinstitut „psychonomics“ seit 2004 jährlich die Entwicklungen im deutschen Gewerbeversicherungsmarkt. „psychonomics“ bescheinigte der Brandkasse auch im Jahr 2010 zum wiederholten Male Bestnoten bei der Kundenzufriedenheit, Kundenbindung, Wiederabschlussbereitschaft, Weiterempfehlungsrates und der Cross-Selling-Bereitschaft.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2010 beigetragen haben. Auch den Personalräten und der Gleichstellungsbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

Sowohl in der klassischen Produktlinie als auch bei Produkten mit garantierter Beitragsrückgewähr (UBR) wurde ein überdurchschnittliches Wachstum von 2,9 Prozent (Markt: 0,5 Prozent) erreicht. Der Marktanteil der Brandkasse in der Allgemeinen Unfallversicherung stieg auf rund 5,9 Prozent.

Die Beitragseinnahme in den klassischen Produkten konnte mit 52,8 Millionen Euro, getragen durch die Dynamischen Erhöhungen, leicht über dem Vorjahresniveau stabilisiert werden. Der Vertragsbestand zeigte eine leicht rückläufige Tendenz. In der UBR betrug der gebuchte Brutto-Beitrag 6,2 Millionen Euro, davon entfielen auf den im Geschäftsjahr neu eingeführten Einmalbeitragstarif der UBR 0,8 Millionen Euro.

Die Schadenquote lag in der klassischen Unfallversicherung mit 44,0 Prozent auf dem guten Niveau der Vorjahre.

Haftpflichtversicherung

Die Beitragseinnahmen in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung konnten trotz des anhaltenden intensiven Produkt- und Bedingungs Wettbewerbs in allen drei Kundengruppen (Privat, Firmen, Landwirtschaft) um 0,7 Prozent gesteigert werden (Markt: – 1,0 Prozent). Insbesondere die seit dem 1. Juli des Geschäftsjahres wirksame Beitragsangleichung hat sich positiv auf das Beitragswachstum ausgewirkt.

Wachstumstreiber war in diesem Jahr vor allem die gewerbliche Haftpflichtversicherung, für die ein Ausbau des Vertragsbestandes um 2,8 Prozent erreicht werden konnte. Die Beitragseinnahmen stiegen in diesem Segment um 3,0 Prozent. Dieser Anstieg ist vor dem Hintergrund des besonderen Marktumfelds zu bewerten, das von rückläufigen Lohn- und Umsatzsummen infolge der Nachwirkungen der Wirtschaftskrise gekennzeichnet war. Der vertriebliche Schwerpunkt „Firmenkunden“ sorgte im Neu- und Bestandsgeschäft für positive Impulse.

Hervorzuheben ist die Entwicklung in der gewerblichen Vermögensschadenhaftpflicht, die auch in diesem Jahr wieder mit über 10 Prozent Wachstum zur positiven Bestandsentwicklung beigetragen hat. Mit einem Gesamtbeitragsvolumen von 3,9 Millionen Euro und einem guten Schadenverlauf entwickelte sich dieses Segment ausgesprochen positiv.

Die Beitragseinnahmen in der privaten Haftpflichtversicherung stiegen um 0,9 Prozent. Gleichzeitig konnte der Vertragsbestand um 0,7 Prozent ausgebaut werden. Diese Entwicklung wurde durch Produktmodifikationen und Leistungsverbesserungen nachhaltig gestützt.

Das landwirtschaftliche Haftpflichtgeschäft hat sich erwartungsgemäß leicht rückläufig entwickelt. Die Folgen des anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft haben sich im Versicherungsbestand der Brandkasse weniger belastend ausgewirkt als erwartet.

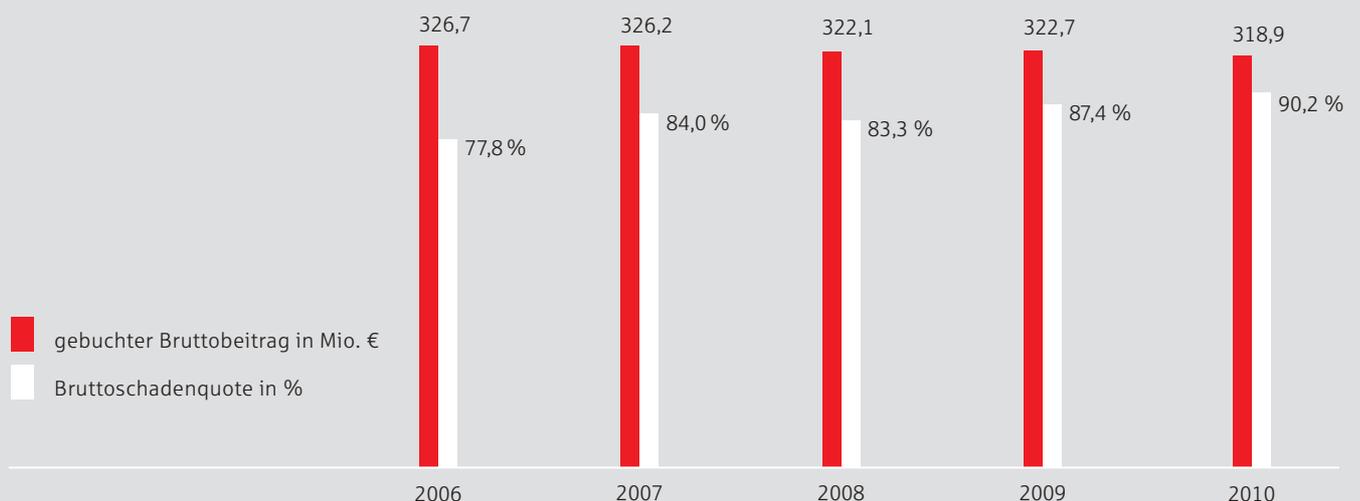
Aufgrund günstigen Schadenverlaufs lag die Schadenquote mit 35,5 Prozent unter dem Vorjahr (45,0 Prozent). Die Rückvergütung in der privaten Haftpflichtversicherung wird für 2011 fortgeführt.

Kraftfahrtversicherung

Nach dem Auslaufen der staatlichen Umweltprämie lag die Zahl der neu zugelassenen Pkw bis August 2010 noch deutlich unter dem Niveau der Vorjahre und wies damit den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung auf. Zum Jahresende hin zogen die Neuzulassungen allerdings wieder an. Trotzdem wies die Jahresbilanz 2010 nur 2,9 Millionen neu zugelassenen Pkw aus und lag damit um 23,4 Prozent unter dem Wert von 2009. Daher hielt auch in 2010 der intensive Verdrängungswettbewerb an. Allerdings waren im Markt erste Beitragserhöhungen zu beobachten.

Insgesamt stieg die Bruttobeitragseinnahme im Markt erstmals seit sechs Jahren an (0,5 Prozent). Allerdings ist dieser Anstieg allein auf die Sparte Vollkasko mit einem Beitragsanstieg von 3,0 Prozent zurückzuführen. Die anhaltende Verschiebung von Teilkasko- zu Vollkasko-Versicherungen zusammen mit den Nach-

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrtversicherung gesamt



wirkungen der Umweltprämie führte zu einer erheblichen Zunahme von ganzjährig versicherten Fahrzeugen in der Vollkasko-Versicherung, verbunden mit positivem Effekt auf die Beitragseinnahme. Durch eine spürbare Zunahme des Schadenaufwands in den Sparten Kraftfahrt-Haftpflicht und Vollkasko erhöhte sich der Verlust der Autoversicherung im Markt auf 1,1 Milliarden Euro.

Die Brandkasse verzeichnete im Jahreswechselgeschäft 2009/2010 einen Bestandsverlust von rund 14 500 Fahrzeugen. Zur Stützung ihrer Marktposition haben wir unterjährig mit einem verbesserten Verkaufstarif reagiert, der in Begleitung zahlreicher vertrieblicher Unterstützungsmaßnahmen im September 2010 eingeführt wurde. Insgesamt ging die Beitragseinnahme in den Kraftfahrt-Sparten um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Schadenquote erhöhte sich auf 90,2 Prozent.

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2010 Mio. €	in % zum Vorjahr	2010 %	2009 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	190,0	- 1,3	89,3	87,5
Kraftfahrt-Vollkasko	103,7	- 0,3	96,5	92,8
Kraftfahrt-Teilkasko	25,2	- 4,2	71,0	66,0
Kraftfahrt gesamt	318,9	- 1,2	90,2	87,4

Feuerversicherung

Die Beitragseinnahmen in der Feuerversicherung gingen um 0,8 Prozent auf 74,0 Millionen Euro zurück. Die Schadenquote lag mit 43,9 Prozent annähernd auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 43,3 Prozent).

In der industriellen Feuerversicherung verzeichneten wir marktweit abschmelzende Prämieinnahmen. Vor diesem Hintergrund reduziert sich auch in unserem Bestand das Prämienvolumen um 1,0 Prozent auf 7,3 Millionen Euro (Markt: - 2,2 Prozent). Da außerordentliche Schadenereignisse nicht eingetreten sind, lag die Schadenquote mit 36,2 Prozent im langjährigen Durchschnitt.

Zur Stärkung der Wettbewerbsposition der öffentlichen-rechtlichen Versicherer in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt wurde ein Zeichnungsverbund gegründet, der die Zeichnungskapazitäten der einzelnen Unternehmen bündelt. Somit können wir unseren industriellen Kunden deutlich höhere Summen zur Zeichnung anbieten, ohne dass eine Beteiligung weiterer externer Partner notwendig wird.

In der sonstigen Feuerversicherung ist der starke Wettbewerb weiterhin gegeben. Dies wird insbesondere bei den europaweiten Ausschreibungen der Niedersächsischen Kommunen deutlich. Dennoch konnten leichte Marktanteilsgewinne

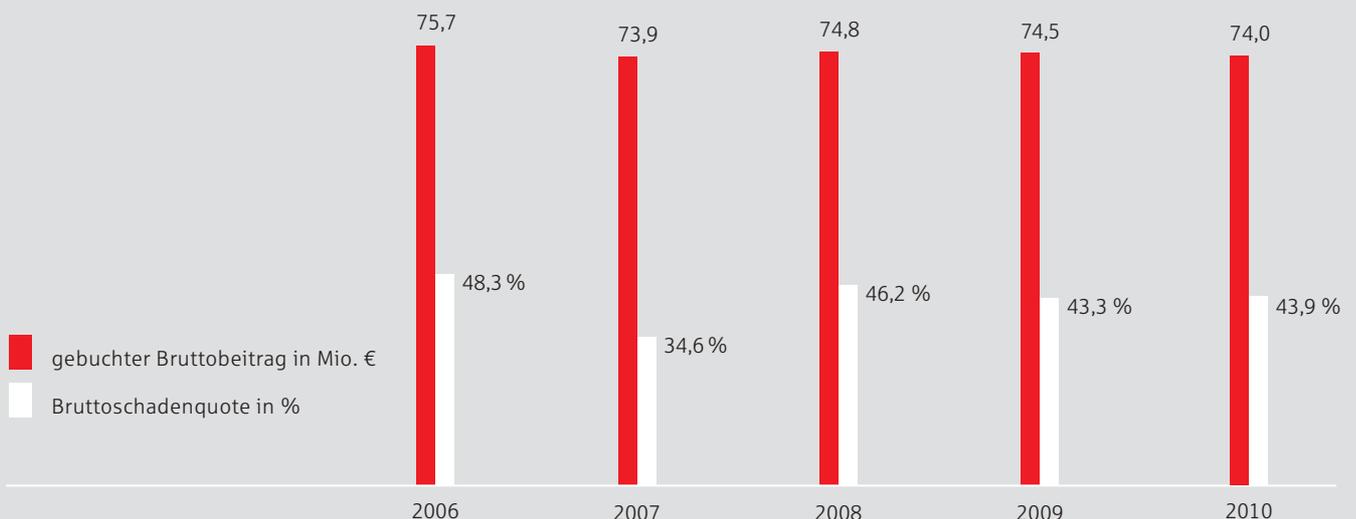
verzeichnet werden. Die Beiträge im klassischen Gewerbegebiet sind trotz besonderer vertrieblicher Maßnahmen leicht gesunken. In der Inhaltsversicherung kam erstmals eine negative Indexanpassung hinzu.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat sich erwartungsgemäß fortgesetzt. Durch gestiegene Erzeugerpreise hat sich die Einkommenssituation in der Landwirtschaft stabilisiert. Der Verdrängungswettbewerb um die wirtschaftenden und in Zukunft wachsenden Betriebe gewinnt zunehmend an Intensität. Regelmäßige Aktualisierung der Versicherungsverträge und Bedingungen sorgten für die Stärkung unserer Stellung als Marktführer in Niedersachsen. Dem moderaten Bestandsrückgang stand eine Beitragsentwicklung auf Vorjahresniveau gegenüber. Die unvermindert anhaltende Investitionsbereitschaft, besonders bei Biogasanlagen und Stallneubauten, führte zu einem Produktionszuwachs und einem Bestandsanbau. Diese Entwicklung zeigt, dass viele Betriebe ihre langfristige Entwicklung durchaus positiv sehen. Die Rückvergütung an unsere landwirtschaftlichen Kunden wird fortgeführt.

Verbundene Gebäudeversicherung

Als Kernsparte der Brandkasse ist die Verbundene Gebäudeversicherung wesentlicher Teil des Beratungspakets in unseren Vertriebsorganisationen. Zur Sicherstellung der Marktführerschaft wurden zum Jahresbeginn 2010 unsere Produkte erneuert und wesentlich ergänzt. Insbesondere bei den Premium-Produkten boten Deckungserweiterungen wie Absicherung von Überschwemmungs- und Rückstauschäden nach Starkregenereignissen und Verzicht auf den Einwand der grob fahrlässigen Herbeiführung des Versicherungsfalles gute Beratungsansätze.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt



Mit der Absicherung von Überschwemmungs- und Rückstauschäden haben wir als einer der ersten Versicherer in Deutschland auf den zunehmenden Bedarf reagiert und dieses Risiko in unsere Produkte integriert. Bisher konnte eine Absicherung lediglich über eine separate Elementarschadenversicherung erfolgen.

Die Neuordnungsaktivitäten und das Neugeschäft konnten damit gesteigert werden und übertrafen die Ergebnisse des Vorjahres. In dem preisorientierten Marktumfeld haben wir unseren Bestand gehalten und unseren Marktanteil verteidigt.

Die Beitragseinnahme von 154,9 Millionen Euro lag um 1,3 Prozent über dem Vorjahr (Markt: 2,8 Prozent). Die Anpassungen der Beiträge an den Baupreisindex haben die Beitragsentwicklung zusätzlich gestützt. Auf weitere Beitragsanpassungen im Bestand haben wir verzichtet.

Für die Regulierung der Schäden aus den fünf Sturmereignissen („Xynthia“, „Norina“, „Cathleen“, „Carmen“, „Kerstin“) wurden insgesamt 28 Millionen Euro aufgewendet, davon 17 Millionen Euro in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung. Aus den Frostperioden ergaben sich Schadenaufwendungen von über 8 Millionen Euro (davon 6 Millionen aus der Sparte Wohngebäude). Die Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Leitungswasserschäden wurden insbesondere bei Mehrfachschäden fortgesetzt. Trotz eines rückläufigen Aufwands für Feuerschäden stieg die Schadenquote von 68,2 Prozent auf 77,9 Prozent.

Um die Ergebnisauswirkungen größerer Kumulschäden auszugleichen, hat die Brandkasse nach den weitergehenden allgemeinen Grundsätzen der Rückstellungsbildung eine gesonderte Schwankungsrückstellung für Sturm- und Elementarschäden gebildet und im Geschäftsjahr um 35,5 Millionen Euro aufgefüllt. Die Position ist notwendig, da aufgrund des hohen Marktanteils und der Risikokonzentration ein hohes Schadenpotential vorhanden ist.

Verbundene Hausratversicherung

In Ergänzung der Produkterweiterungen in der Wohngebäudeversicherung erfolgte auch in der Hausratversicherung eine Neuausrichtung der am Markt befindlichen Verkaufsprodukte. Insbesondere die angebotenen Deckungserweiterungen, Verzicht auf den Einwand der grob fahrlässigen Herbeiführung des Versicherungsfalles sowie Überschwemmungs- und Rückstauschäden nach Starkregen finden im Markt eine große Resonanz. Neuordnungen und Neugeschäft führten in einem schwierigen Marktumfeld dazu, dass Bestand und Marktanteil erfolgreich gehalten werden konnten.

Die Sparte Verbundene Hausratversicherung erzielte ein Beitragsvolumen von 68,7 Millionen Euro. Dies entspricht einem Beitragsanstieg von 2,4 Prozent (Markt: 1,6 Prozent), der im Wesentlichen aus der Umstellung vieler Verträge auf das Premiumprodukt resultiert. Die Schadenquote lag mit 38,2 Prozent leicht über dem Niveau der Vorjahre.

Wir beteiligen unsere Kunden an dem guten Ergebnis dieser Sparte. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung führen wir 10,5 Millionen Euro zu. Die Rückvergütung wird entsprechend den Angaben auf Seite 44 fortgesetzt.

Sonstige Sachversicherung

Die technischen Versicherungen verzeichneten bei starkem Wettbewerbsdruck ein Beitragsplus von 10,0 Prozent. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die extrem hohe Nachfrage nach Versicherungsschutz im Bereich der erneuerbaren Energien, speziell für Photovoltaikanlagen, zurückzuführen. Die Gesamtzahl der Verträge in der Elektronik- und Maschinenversicherung hat sich damit seit 2007 nahezu verdoppelt. Die Schadensituation der technischen Versicherungen insgesamt ist mit 50,7 Prozent unverändert gut und deutlich besser als der Marktdurchschnitt (74 Prozent).

In der Sparte Leitungswasser hat sich die Schadenquote trotz der weitergeführten Sanierungsmaßnahmen weiter verschlechtert. Ursächlich hierfür sind die Frostperioden des Jahres.

Die Sturmsparte verläuft deutlich schlechter als im vergangenen Jahr. Dies ist auf eine stark gestiegene Schadenhäufigkeit aufgrund zahlreicher Orkanereignisse zurückzuführen.

In der landwirtschaftlichen Hagelversicherung sank die Anzahl der Verträge leicht, während das Beitragsaufkommen sich auf Vorjahresniveau bewegte. Die Ende Mai 2010 deutlich anziehenden Erzeugerpreise flossen nicht mehr in die Berechnung der Versicherungssummen und damit in den Beitrag ein. Das erfreuliche Neugeschäft ist auf die Steigerung des Energiemaisanbaues zurückzuführen. Der warme und gewitterarme Sommer führte zu einer sehr niedrigen Schadenquote. Während der Gesamtmarkt eine Schadenquote von ca. 60 Prozent ausweisen wird, verzeichnete die Brandkasse eine Schadenquote von lediglich 24,3 Prozent.

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2010 Mio. €	in % zum Vorjahr	2010 %	2009 %
Sturm	18,1	2,6	49,8	13,5
Leitungswasser	17,7	1,1	111,3	103,5
Technische Versicherungen	16,8	10,0	50,7	41,7
Glas	11,7	-2,0	64,4	56,9
Einbruchdiebstahl	10,8	-2,8	56,2	70,5
Hagel	3,6	-0,8	24,3	68,2
Transport	3,4	-2,9	25,9	25,2

Rechtsschutzversicherung

Der Bestand in der Rechtsschutzversicherung hat sich um 1,5 Prozent erhöht. Insbesondere die Einbindung der Rechtsschutz-Sparte in die neuen Bestandsbearbeitungssysteme hat sich positiv auf die Entwicklung von Neugeschäft und Neuordnung ausgewirkt. Im Außendienst besteht nunmehr auch in dieser Sparte die Möglichkeit, das Beratungsgespräch mit dem Privatkunden fallabschließend zu führen.

Die positive Bestandsentwicklung und die notwendige Beitragsangleichung mehrerer Bestandsgruppen führte zu einem Beitragswachstum von 2,9 Prozent (Markt: 1,0 Prozent).

Der erwartete Anstieg der Schadenmeldungen aufgrund der Wirtschaftskrise ist ausgeblieben. Die Schadenquote ist leicht von 63,9 Prozent auf 61,9 Prozent gefallen.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft betrug 51,8 Millionen Euro (Vorjahr: 49,2 Millionen Euro). Das Geschäft wird in erster Linie mit unseren öffentlich-rechtlichen Verbundpartnern gezeichnet. Die höhere Belastung aus witterungsbedingten Schadenereignissen führt zu einer erhöhten Schadenquote von 53,6 Prozent (Vorjahr: 46,1 Prozent).

Schadenmanagement

Seit Januar 2010 bieten wir unseren Kunden eine erweiterte Hausrat- und/oder Wohngebäudeversicherung mit Inklusivschutz vor Starkregen an. Dieser verbesserte Versicherungsschutz bewährte sich bereits im August bei unseren Kunden im Raum Osnabrück, den Regionen Bad Essen, Bad Bentheim, Nordhorn, Hameln und Stadthagen. Hier führten Niederschlagsmengen bis zu 187,5 l/m² des Tiefs „Cathleen“ zu großflächigen Überschwemmungen. Mit sofort geschalteten Radiospots und Hinweisen in den Tageszeitungen wurden die Geschädigten auf unsere Vertriebspartner und die dort vorhandene Regulierungskompetenz hingewiesen. Unterstützt wurden die Vertriebspartner von den Schadenabteilungen unserer Regionaldirektionen und der Direktion Hannover.

Seit Dezember 2010 bieten wir unseren Kunden für die Unterstützung bei Kfz-Pannen und -Unfällen kostenlos eine Anwendung für das iPhone („App“) an, die für den Notfall wichtige Telefonnummern, eine Schadenmeldehotline und weitere nützliche Tools bereithält. Neben konkreten Hinweisen zum Verhalten an der Unfallstelle findet der Kunde eine integrierte Online-Schadenmeldung vor, durch die er uns auch Fotos zum Schaden übermitteln kann. Wir erhalten so die Möglichkeit, den Schaden aktiv und schnell zu steuern. Die „VGH autoMOBIL-App“ wird in 2011 um weitere Services, wie z. B. die Anzeige von Kfz-Partnerwerkstätten, ergänzt werden. Auch die Bereitstellung für weitere Betriebssysteme mobiler Geräte wird zügig umgesetzt.

Das am 1. Januar 2009 gestartete Schadenmanagementcenter hat sich inzwischen sowohl bei unseren Vertriebspartnern als auch bei unseren Kunden sehr gut etabliert. Rund 50 Prozent der Kraftfahrt-Haftpflicht- und Kaskoschäden werden hier gemeldet und angelegt. Eine dauerhaft hohe telefonische Erreichbarkeit von über 90 Prozent ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg des Schadenmanagementcenters. Durch diese Kundennähe, die damit verbundene schnelle Kontaktaufnahme und die sich anschließenden aktiven Schadenmanagementmaßnahmen wird unseren Kunden und Anspruchstellern ein größtmöglicher Service geboten. Zeitgleich konnte die Vermittlungsquote an Kfz-Partnerwerkstätten deutlich gesteigert werden und ist somit ein Garant für eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Schadenverhütung

Im Geschäftsjahr 2010 wurden über 5 000 qualifizierte Beratungen für unsere Kundengruppen Landwirtschaft, Kommunen und Gewerbe/Industrie durchgeführt. Mit über 200 intensiven Beratungen für den Bereich der industriellen Sachversicherungen vor Ort wurde wesentlich zur Sicherheit unserer Kunden in diesem Segment beigetragen.

Das Brandschutzmobil erzielte mit 47 Einsatztagen an 41 Orten in Niedersachsen eine hohe Aufmerksamkeit und trug wieder sehr öffentlichkeitswirksam zur Brandschutzaufklärung bei.

Zur Unterstützung der niedersächsischen Feuerwehren hat sich die Brandkasse an folgenden Projekten maßgeblich beteiligt:

- Förderung Koordinierungsstelle Brandschutzerziehung
- Sponsoring Mobile Rauchverschlüsse
- Aktion „Kinderfinder hilft Leben retten“

Weiterhin stellte die Brandkasse für den Bereich Schadenverhütung folgende finanziellen Mittel zur Verfügung:

- 10,7 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 1,1 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und für Einzelberatungen
- 0,7 Millionen Euro für neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in unserem Geschäftsgebiet

Kapitalanlagen

Die Situation der Finanzmärkte war einerseits durch die deutliche und überraschend gute wirtschaftliche Erholung geprägt; andererseits war die Schuldenkrise und das Zinsniveau risikofreier Anlagen auf den Rentenmärkten beherrschendes Thema.

Nach einem deutlichen Renditerückgang bis zur Jahresmitte 2010 mit einem Tiefststand am 31. August von 2,12 Prozent für 10-jährige Bundesanleihen erfolgte im vierten Quartal eine Umkehr im langfristigen Zinstrend. Dieser notierte zum Jahresende bei 2,96 Prozent und damit nur noch 42 Basispunkte

unter ihrem Vorjahresschluss. Ein Abgleiten in die Deflation mit allen konjunkturellen Auswirkungen wird zurzeit als unwahrscheinlich angesehen.

Marktverwerfungen waren aus der Staatsschuldenkrise spürbar. Durch die großen Konjunkturpakete und Rettungsmaßnahmen für Banken in den vergangenen Jahren sind die Schulden der entwickelten Staaten deutlich angestiegen. Der Aufbau des Rettungsschirms für Griechenland und Irland hat die Auswirkungen deutlich aufgezeigt. Der Anstieg der Risikoaufschläge für Staatspapiere Portugal, Spanien und Italien macht – möglicherweise – weitere Unterstützungsmaßnahmen innerhalb der Euro-Zone notwendig.

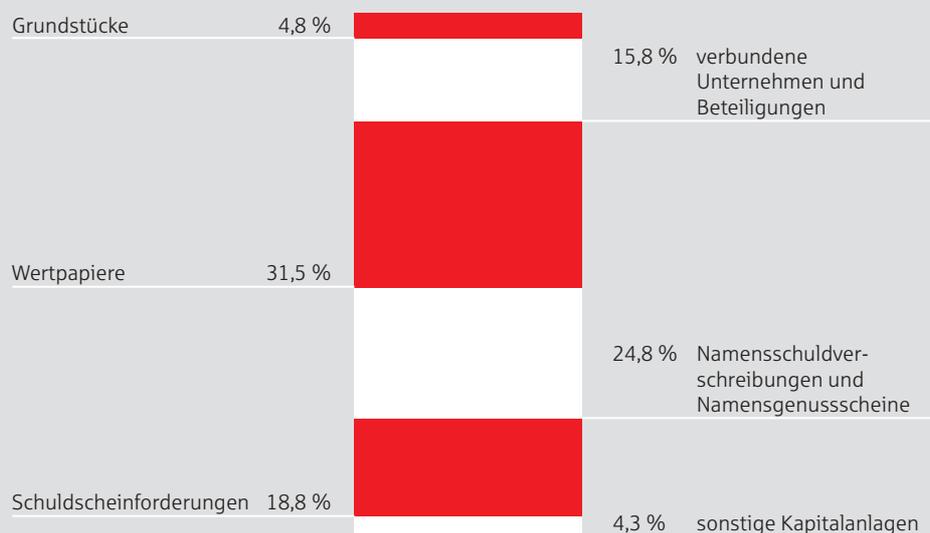
Der Aktienmarkt nahm die positiven konjunkturellen Signale auf und schloss zum Jahresende mit nahe 7 000 Punkten (Vorjahr: 5 957 Punkte). Der Eurostoxx50 hingegen schloss – durch die höhere Gewichtung der Bankaktien – negativ.

In diesem Umfeld hat die Brandkasse ein Kapitalanlageergebnis von 95,7 Millionen Euro erwirtschaftet. Die Nettoverzinsung betrug 3,7 Prozent (Vorjahr: 3,5 Prozent). Das ordentliche Ergebnis aus Kapitalanlagen lag bei 91,8 Millionen Euro (Vorjahr: 98,0 Millionen Euro), das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen ergab einen Gewinn von 3,9 Millionen Euro (Vorjahr: –6,2 Millionen Euro). Vom Wahlrecht, Vermögensgegenstände wie Anlagevermögen zu bewerten, wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 1,8 Prozent auf 2 626,2 Millionen Euro angestiegen. Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 11,1 Prozent (Vorjahr: 9,7 Prozent).

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Der Posten Verbundene Unternehmen und Beteiligungen lag mit 414,8 Millionen Euro auf dem Vorjahresniveau. Abschreibungen wurden in Höhe von 1,2 Millionen Euro vorgenommen.

Der Immobilienbestand hat sich von 131,6 Millionen Euro auf 126,8 Millionen Euro verringert. Die Zugänge von 1,3 Millionen Euro resultieren aus der Fertigstellung des Neubaus Hannover Warmbüchekamp. Es wurden ausschließlich planmäßige Abschreibungen vorgenommen, außerplanmäßige Abschreibungen, die im Vorjahr das Ergebnis stark beeinflusst haben, waren nicht erforderlich. Unter Berücksichtigung der indirekt gehaltenen Investments ergibt sich eine Immobilienquote von 13,6 Prozent (Vorjahr: 13,7 Prozent).

In Aktien und Investmentanteile wurden 59,0 Millionen Euro investiert. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 3,2 Millionen Euro vorgenommen. Die durchgerechnete Aktienquote betrug zum Stichtag 6,3 Prozent auf Buchwertbasis (Vorjahr: 5,1 Prozent).

Als Folge großer Haushaltsdefizite weiteten sich die Credit Spreads von Anleihen Portugals, Italiens, Irlands, Spaniens und insbesondere Griechenlands seit Jahresbeginn stark aus. Investments in solche Titel erfolgten im Rahmen einer vorsichtigen Beimischung innerhalb von Spezialsondervermögen und lagen deutlich unterhalb der Gewichtung gängiger Marktindizes. Insgesamt war die Brandkasse am Bilanzstichtag mit 1,07 Prozent ihrer Kapitalanlagen in Staatsanleihen der genannten EU-Länder investiert.

In festverzinsliche Wertpapiere wurden 39,3 Millionen Euro investiert. Durch Abgänge flossen 20,0 Millionen Euro zurück; Wertberichtigungen waren in Höhe von 0,2 Millionen Euro notwendig.

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 179,1 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfielen 5,7 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zeroinserträgen (Vorjahr: 4,2 Millionen Euro). Getilgt bzw. verkauft wurden 227,6 Millionen Euro.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 3,5 Prozent (Vorjahr: 3,7 Prozent).

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2010 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Brandkasse alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Prozesse und Abläufe

In den vergangenen Jahren wurde die Prozess- und Anwendungslandschaft für das Versicherungskerngeschäft sukzessiv weiterentwickelt. Mit Abschluss der Arbeiten am Projekt Rechtsschutz können nun unsere Vertriebspartner vor Ort alle Beratungs- und Abschlusstätigkeiten für das Privatkundengeschäft im Gespräch direkt selbst vornehmen. Eine schriftliche Dokumentation ist nur noch in Einzelfällen notwendig.

In einer weiteren Stufe werden die Vertriebspartner auch im Schadenfall bei Sachschäden fallabschließend regulierend tätig. Dabei wird eine schnelle Erfassung der wesentlichen Daten eines Schadenfalls ermöglicht. Die Vertriebspartner können im Rahmen ihrer Vollmacht die Entschädigung an die Kunden selbst auszahlen. Die Anwendungslandschaften Schaden werden nach Abschluss der Pilotphase fortlaufend in unseren weiteren Sparten zum Einsatz gebracht.

Zur Absicherung der erzielten Marktposition als Serviceversicherer erfolgt in einem weiteren Schritt die Reorganisation der vorhandenen Prozess- und Anwendungslandschaft. Hier steht die Stabilisierung der Ergebnissituation durch Erhöhung der Vertriebsproduktivität und Verbesserung der innerbetrieblichen Servicequalität im Vordergrund. Die Standardisierung spartenübergreifender gleichförmiger Prozesse und Automatisierung weiterer Geschäftsvorfälle wird in einer ganzheitlichen Konzeption zukünftiger Bearbeitungssysteme münden.

Mitarbeiter

Aufgrund der eingeleiteten Investitionen in die Prozess- und Anwendungslandschaft kam es im Geschäftsjahr zu einer Ausweitung des Personalbestands. Der Gesamt-Personalbestand (Brandkasse/Provinzial) betrug im Durchschnitt 1 611 (Vorjahr: 1 601) Mitarbeiterkapazitäten.

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der demografischen Entwicklung und der Entwicklung des Versicherungsmarkts gewinnt eine mittelfristig strategische Personalplanung zunehmend an Bedeutung. Der Grundprozess ist im Rahmen der Unternehmensplanung etabliert und verankert; die zukünftige Ausrichtung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Sinne eines Nachfolge-managements ist konzipiert.

Zukünftig wird die Personalplanung die Effekte aus strategischen Projekten mit der Unternehmensplanung stärker zusammenführen. Die Fluktuation von Mitarbeitern wird nach Verantwortungsbereichen und Funktionsgruppen analysiert und bewertet. Zur Hebung von Potentialen werden interne und externe Benchmarks noch intensiver genutzt. Ebenso werden strategische Einflussfaktoren auf die Personalplanung stärker berücksichtigt.

Die erste konzernweite Mitarbeiterbefragung wurde im zweiten Quartal durchgeführt. Das Engagement und Interesse aller Mitarbeiter an unserem Unternehmen drückt sich in der hohen Beteiligung von 80,5 Prozent aus. Insgesamt ist ein gutes Ergebnis erreicht worden. Abteilungsinterne Themen wurden ab August im Rahmen von Ergebnisworkshops bearbeitet. Zur nachhaltigen Bearbeitung der übergeordneten und strategischen Fragestellungen wurde ein Expertenteam aus allen Vorstandsressorts gebildet.

Im Jahr 2011 werden durch die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe zwei Abiturjahrgänge die Schule abschließen. Somit steht eine erhöhte Bewerberanzahl dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Um den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken, unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung nachzukommen und unser positives Image im Markt zu stärken, werden VGH und ivv im nächsten Jahr bis zu 28 Auszubildende und 6 Bachelor zusätzlich ausbilden.

Das Ideenmanagement der VGH möchte möglichst viele Mitarbeiter und Vertreter dazu motivieren, mit konstruktiven und kreativen Ideen zur fortlaufenden Verbesserung betrieblicher Prozesse und Leistungen beizutragen. Das neu entwickelte Ideenmanagement mit Prämien bis zu 15 000,00 Euro wird sehr gut von den Mitarbeitern angenommen. Insgesamt wurden 509 Ideen eingereicht.

Unter dem Programmnamen „Schiffbauer“ hat die VGH in den vergangenen Jahren ein Projekt initiiert, welches die übergreifende Vernetzung und das Zusammenspiel der Funktionsgruppen fördern soll. Nach dem die Leitungsebene in das Projekt eingebunden wurde, erfolgte im Geschäftsjahr die Erweiterung auf die Mitarbeiter. 150 Mitarbeiter aus allen Bereichen der Unternehmensgruppe haben dazu an drei 2-tägigen Veranstaltungen teilgenommen. In diesen Veranstaltungen ging es vorrangig um die übergreifende Vernetzung und das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Funktionsgruppen. Das Projekt „Schiffbauer“ hat 2010 beim Innovationspreis InnoWard der Versicherungswirtschaft in der Kategorie Personalentwicklung den zweiten Preis gewonnen. Die Jury hob insbesondere die partizipative Breite der Projektanlage hervor.

Zur Förderung der Wiederaufnahme nach dem Mutterschutz bietet die VGH Müttern und Vätern ab dem 1. Oktober 2008 die Möglichkeit zur Unterbringung ihrer Kinder in einer Kinderkrippe. Es stehen 7 Vollzeitplätze und 4 Sharingplätze zur Verfügung. Bislang konnten 17 Kinder von dem Angebot profitieren. Alternativ wird ab dem 1. Januar 2009 ein Zuschuss an Eltern gezahlt, die keinen Betreuungsplatz in einer von der VGH geförderten Krippeneinrichtung in Anspruch nehmen und ihr Kind in eine andere anerkannte Betreuungseinrichtung geben.

Im Geschäftsjahr erhielt die VGH für ein Gemeinschaftsprojekt mit drei anderen Unternehmen aus Hannover einen Sonderpreis für familienfreundliche Unternehmen. Der Sonderpreis wurde in der Kategorie „Kooperation“ für besonders kreative und innovative Arbeitsweltgestaltung verliehen. Die niedersächsische Sozialministerin würdigt damit die Zusammenarbeit der Unternehmen für die Durchführung einer Veranstaltungsreihe zu Betreuung und Pflege von Angehörigen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risikoorganisation

Der Vorstand der Brandkasse hat eine Risikoorganisation etabliert, die sich durch die Einrichtung eines Risikokomitees und dezentraler Ausschussstrukturen kennzeichnet. Das übergeordnete Risikokomitee ist mit der zentralen Koordination und Steuerung der Risiken sowie den strategischen Risiken befasst. Bei

seiner Arbeit wird es durch drei Risikoausschüsse unterstützt. Diese bilden die Bereiche Kapitalanlage/Leben, Schaden/Unfall sowie die operationellen und Reputationsrisiken ab. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion überwacht laufend die Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung ihrer Risiken. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung untergliedert die Brandkasse das Gesamtrisiko gemäß den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Reputationsrisiko
- Strategisches Risiko

Versicherungstechnisches Risiko

Den Risiken aus Naturgefahren, insbesondere Orkanereignissen, kommt bei der Brandkasse mit hohem Marktanteil im Breitengeschäft bei gleichzeitig begrenztem Geschäftsgebiet eine elementare Bedeutung zu. Zur Abschätzung der Kumul-effekte wird dabei neben eigenen Einschätzungen auf die Expertise und die Simulationsinstrumente der Rückversicherer und Rückversicherungsmakler der Brandkasse zurückgegriffen. Über unsere sicherheitsorientierte Rückversicherungspolitik begrenzen wir bei allen versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung als auch unerwünschte Schwankungen hinsichtlich größerer Schäden aus einzelnen Policen.

Zur Begrenzung der Risiken in der täglichen Zeichnung bestehen für alle Berechtigten Zeichnungsrichtlinien, die auch maschinell überwacht werden. Risikozeichnungen außerhalb der Vorgaben können nur unter Einbindung der Risikoverantwortlichen erfolgen. Zur Absicherung der Bearbeitungsrisiken im Schadenfall besteht durch die Marktnähe und das Schadenmanagement die Möglichkeit kurzfristig schadenmindernd tätig zu werden.

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Schadenquote feR	71,7	78,3	66,1	64,7	64,7	62,3	70,6	66,4	67,7	70,1
Abwicklungsergebnis feR (in % der Eingangsrückstellung)	5,7	6,9	5,2	6,3	5,7	5,7	5,9	4,2	5,8	6,4

Marktrisiko

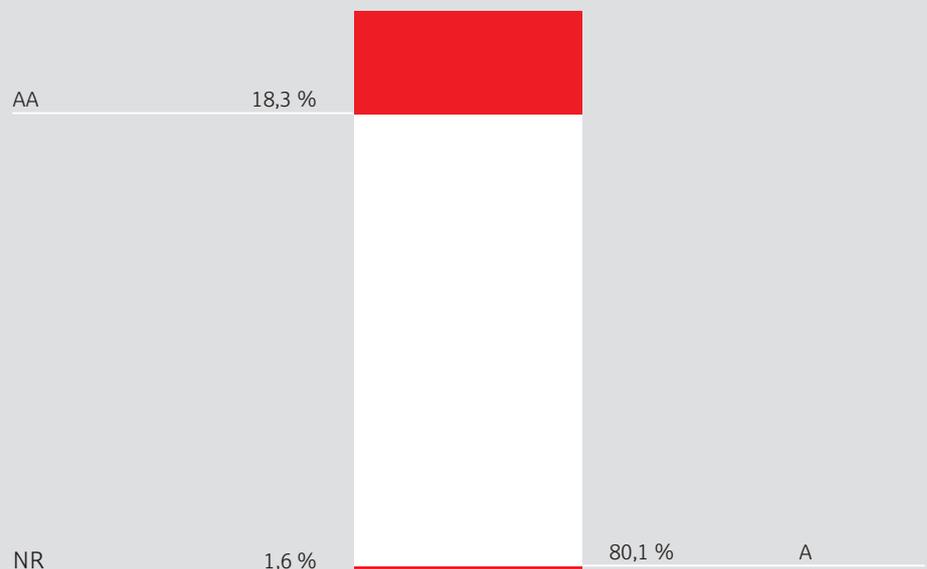
Zur Begrenzung des Marktrisikos aus Kapitalanlagen wird laufend ein vom Vorstand verabschiedetes Risikokapital in jeder Risikoklasse bereitgestellt. Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis dieser Auslastungsanalyse über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Steuerung berücksichtigt neben der ökonomischen Risikodimension auch eine bilanzielle und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen: Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk-orientierten Vorgehensweise. Diversifikationseffekte werden bei der Risikobewertung berücksichtigt.

Kreditrisiko

Außerhalb der Kapitalanlage bestehen Kreditrisiken im Wesentlichen aus der Rückversicherung der Haftpflicht- und Kraftfahrt-Haftpflicht-Versicherung sowie bei Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern. Gegenüber Versicherungsnehmern begegnet die Brandkasse diesem Risiko mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens. Das Risiko eines Forderungsausfalls im zedierten Geschäft wird durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner minimiert.

An Rückversicherer gegebene Rückstellungen zum 31. Dezember 2010 gemäß Ratingklassen nach S&P



Sonstige Risiken

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität, insbesondere nach Großschaden- und Massenschadenereignissen, erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung der Sichteinlagen aus fungiblen Anlagen vorsieht.

Für operationelle Risiken, strategische Risiken und das Reputationsrisiko sind Risikoausschüsse eingerichtet, die Maßnahmen auf eine Veränderung der entsprechenden Risikolage beraten und genehmigen müssen. Strukturelle Themen (z.B. Notfallplanung, Compliance Richtlinie, Kontrollsysteme) wurden im Berichtsjahr weiterentwickelt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Brandkasse sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen der Fairness, Gegenseitigkeit, Regionalität und Verbundenheit und sichert damit die Chance auf zukünftige Erträge auch in Zeiten stärkeren Wettbewerbs. Zu unseren Werten zählen unsere unternehmerische Selbstständigkeit und Gemeinwohlorientierung. Wir setzen auf evolutionären Wandel und nachhaltiges Handeln im ökologischen, ökonomischen und sozialen Sinne.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, orientieren wir uns an folgenden Unternehmenszielen:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf die etablierten Vertriebspartner. Unsere Hauptvertriebswege, Vertretungen und Sparkassen, gewährleisten eine hohe Servicequalität vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Die Optimierung der Geschäftsprozesse sichert ein geringes Kostenniveau und ermöglicht somit das Angebot eines guten Preis-Leistungs-Verhältnisses für die Kunden. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinien seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die Grundsätze des Corporate Governance Kodex.

Prognosebericht

Trotz der noch nicht überwundenen Finanzkrise wird sich der Aufschwung in der Realwirtschaft in 2011 fortsetzen. Nach einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 3,7 Prozent in 2010 wird für das laufende Jahr mit einem Wachstum von 2,2 Prozent gerechnet.

Die Arbeitslosigkeit ist zum Jahresende unter die 3 Millionen Marke gefallen. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt stetig zu. Diese Aufwärtstendenzen bieten Chancen für einen stabilen Wachstumspfad. Vor allem die Binnennachfrage und außenwirtschaftliche Impulse sind für diese Entwicklung verantwortlich.

Gesamtwirtschaftliche Risiken bestehen vor allem in der Außenwirtschaft, denn noch immer leiden viele Handelspartner Deutschlands unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine stärkere Inlandsnachfrage könnte die Unsicherheiten im Exportbereich erheblich mindern. Weitere Unsicherheiten resultieren insbesondere aus der Entwicklung der Staatsfinanzen im Euro-Raum.

Die Versicherer und ihre Kunden spüren die anhaltende Niedrigzinspolitik der Notenbanken. Die expansive Geldpolitik geht zu Lasten der Erträge aus Kapitalanlagen. Eine Trendwende bei den Zinsen ist nicht in Sicht.

In der Schaden- und Unfallversicherung rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) erneut mit einer leichten Beitragszunahme von 1,0 Prozent. Die anhaltend gute Konjunktur wird die Nachfrage nach Versicherungsschutz sowohl im Bereich der privaten Haushalte als auch von Seiten der gewerblichen Kunden stabilisieren. Dämpfend dagegen wirken sich im gesamten Schaden-Unfall-Segment die langfristig wirkenden Trends der hohen Marktdurchdringung und des fortgesetzten Preiswettbewerbs aus. Die Brandkasse rechnet aufgrund des weiterhin stark preisgetriebenen Markts im Kraftfahrt-Segment insgesamt mit einem Nullwachstum in 2011 und einem leichten Wachstum in 2012.

Das Kapitalanlagemanagement zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite und Liquidität aus. Professionelle Risikosteuerung und solide Versicherungstechnik ergänzen diese Stärken. Im Bereich der Kapitalanlage gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der risiko-/ertragsorientierten Anlagestruktur bei der Brandkasse von einer Verzinsung auf Vorjahresniveau aus. Die Kostenquote wird aufgrund der eingeleiteten Investitionen und der stagnierenden Beitragseinnahme leicht ansteigen. Wir gehen davon aus, dass der Kostenvorteil gegenüber dem Markt, der zurzeit gut zwei Prozentpunkte beträgt, in den Folgejahren fortgeschrieben werden kann.

Die im Rahmen der Unternehmensplanung eingeleiteten Maßnahmen für das Geschäftsjahr 2011 zeigen schon zu Beginn des Jahres ein positives Bild für die weitere Geschäftsentwicklung. In der Kraftfahrtversicherung konnte durch einen wettbewerbsfähigen Tarif der Bestand zum Jahreswechsel leicht ausgebaut werden. Im September 2011 erfolgt eine marktgerechte Anpassung des Verkaufstarifs, begleitet mit unterjährigen Vertriebsmaßnahmen zur Verkaufsförderung. Daraus wird sich eine positive Entwicklung der Beitragseinnahme in den Kraftfahrt-Sparten für 2012 ergeben. In den Sachsparten sind von unseren Vertriebspartnern schon zu Beginn des laufenden Jahres deutlich vermehrte Abschlüsse und Neuordnungen eingereicht worden; insbesondere das Firmenkundengeschäft wurde ausgebaut. In der Unfallversicherung wird die Einführung eines neuen Tarifs durch Marketing- und Vertriebsmaßnahmen unterstützt.

Insgesamt erwarten wir bei der Brandkasse eine stabile Entwicklung der Ertrags- und Vermögenssituation in den Folgejahren.

Hannover, den 21. Februar 2011

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	2010			2009
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8 787 381		7 328 412
II. geleistete Anzahlungen		7 282 490	16 069 871	3 965 800
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		126 796 907		131 581 095
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	285 875 077			296 957 148
2. Beteiligungen	124 865 158			124 529 095
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 033 574	414 773 809		5 182 576
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	791 228 090			731 255 392
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	35 341 440			15 980 220
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	8 214 065			9 247 974
4. Sonstige Ausleihungen	1 153 715 448			1 202 066 316
5. Einlagen bei Kreditinstituten	84 000 000			52 500 000
6. Andere Kapitalanlagen	8 306	2 072 507 349		8 306
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		12 094 583	2 626 172 648	11 796 880
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	12 025 468			13 313 679
2. Versicherungsvermittler	6 141 652	18 167 120		5 828 666
davon: an verbundene Unternehmen 1 176 600 (644 298) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 153 427 (173 884) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		7 217 108		4 238 356
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 1 828 047 (1 097 292) €				
III. Sonstige Forderungen		13 709 400	39 093 628	11 301 831
davon: an verbundene Unternehmen 8 190 500 (8 667 404) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 502 936 (205 620) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		10 202 952		10 130 224
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		13 781 977		9 174 509
III. Andere Vermögensgegenstände		3 623 266	27 608 195	11 160 334
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		20 612 809		21 005 587
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		12 657 668	33 270 477	13 635 187
Summe der Aktivseite			2 742 214 819	2 692 187 587

Passivseite	2010			2009
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrissen	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	692 000 000	784 000 000	804 000 000	661 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			4 041 824	4 524 698
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	161 612 757			161 455 228
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	17 156 415	144 456 342		16 945 944
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	22 611 433			18 095 532
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	22 611 433		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1 076 189 685			1 064 288 840
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	241 239 360	834 950 325		241 084 250
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	72 171 035			78 696 285
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	72 171 035		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		164 340 110		194 153 379
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	118 559 859			82 796 792
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	- 1 251 774	119 811 633	1 358 340 878	- 800 870
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		350 162 141		346 414 934
II. Steuerrückstellungen		44 466 671		54 904 721
III. Sonstige Rückstellungen		90 375 241	485 004 053	85 153 435
Übertrag:			2 651 386 755	2 606 254 520

	2010			2009
	€	€	€	€
Übertrag:			2 651 386 755	2 606 254 520
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	44 811 682			44 254 548
2. Versicherungsvermittlern	5 280 620	50 092 302		4 865 957
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 284 247 (231 214) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 69 267 (29 216) €				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		7 433 637		7 073 017
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 2 855 782 (3 591 196) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 12 (3 260) €				
III. Sonstige Verbindlichkeiten		31 236 477	88 762 416	27 348 060
davon: aus Steuern 11 911 707 (9 546 546) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 1 824 075 (2 225 584) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 6 072 871 (6 139 056) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
F. Rechnungsabgrenzungsposten			2 065 648	2 391 485
Summe der Passivseite			2 742 214 819	2 692 187 587

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f und § 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c VAG ist nicht vorhanden.

Hannover, den 21. Februar 2011

Müller

Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	2010			2009
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	960 456 604			954 040 660
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 135 316 551	825 140 053		- 134 860 672
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	- 157 528			722 854
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	210 471	52 943	825 192 996	27 039
2. Technischer Zinsertrag feR			4 396 596	4 321 942
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			1 109 135	878 251
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 625 533 927			- 577 558 305
bb) Anteil der Rückversicherer	58 490 192	- 567 043 735		40 624 270
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 11 282 889			- 27 016 904
bb) Anteil der Rückversicherer	155 109	- 11 127 780	- 578 171 515	9 137 806
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		- 4 515 901		- 2 646 091
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 36 213 972	- 40 729 873	- 3 004 621
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 13 926 597	- 23 895 600
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		- 246 697 992		- 236 106 204
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinn- beteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		42 454 982	- 204 243 010	44 827 747
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 9 275 996	- 8 235 802
9. Zwischensumme			- 15 648 264	41 256 370
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			29 813 269	- 6 315 743
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			14 165 005	34 940 627
Übertrag:			14 165 005	34 940 627

			2010	2009
	€	€	€	€
Übertrag:			14 165 005	34 940 627
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	9 040 967			6 901 769
davon: aus verbundenen Unternehmen 765 077 (1 215 077) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	96 569 967			106 107 476
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
c) Erträge aus Zuschreibungen	4 460 072			26 389 413
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3 939 930			4 067 555
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	2 751			2 288
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	482 873	114 496 560		41 277 961
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 7 754 953			- 8 720 079
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 11 080 484			- 79 791 720
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	- 18 835 437		- 4 404 643
		95 661 123		91 830 020
3. Technischer Zinsertrag		- 4 396 596	91 264 527	- 4 321 942
4. Sonstige Erträge		15 266 141		15 926 512
5. Sonstige Aufwendungen		- 46 556 278	- 31 290 137	- 63 053 726
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			74 139 395	75 321 491
7. Außerordentliche Aufwendungen		- 6 205 526		0
8. Außerordentliches Ergebnis			- 6 205 526	0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 37 419 316		- 34 862 143
10. Sonstige Steuern		- 463 994	- 37 883 310	- 459 348
11. Jahresüberschuss			30 050 559	40 000 000
12. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			- 30 050 559	- 40 000 000
13. Bilanzgewinn			0	0

Übrige Angaben

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾
 Krankenversicherung¹⁾
 Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
 Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
 Haftpflichtversicherung
 Kraftfahrtversicherung
 Luftfahrtversicherung
 Rechtsschutzversicherung
 Feuerversicherung
 Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
 Leitungswasserversicherung
 Glasversicherung
 Sturmversicherung
 Verbundene Hausratversicherung
 Verbundene Wohngebäudeversicherung
 Hagelversicherung
 Tierversicherung¹⁾
 Technische Versicherungen
 Einheitsversicherung
 Transportversicherung
 Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾
 Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage-Versicherung)
 Betriebsunterbrechungs-Versicherung
 Beistandsleistungsversicherung
 Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

 Sonstige Schadenversicherung
 Ausstellungsversicherung
 Garderobenversicherung
 Jagd- und Sportwaffenversicherung
 Musikinstrumentenversicherung
 Fotoapparateversicherung
 Kühlgüterversicherung
 Warenversicherung in Tiefkühlanlagen
 Atomanlagen-Sachversicherung
 Automatenversicherung
 Reisegepäckversicherung
 Valorenversicherung (privat)
 Campingversicherung
 Schlüsselverlustversicherung
 Mietverlustversicherung
 Tank- und Fassleckageversicherung
 Filmtheater-Einheitsversicherung
 Vertrauensschadenversicherung
 Inhaltsversicherung für Geschäfte und Betriebe

¹⁾ Diese Versicherungszweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände**
- Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der erwarteten Bestandshaltedauer abgeschrieben.
- B. Kapitalanlagen**
- Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.
- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übrige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen sind grundsätzlich in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.
- Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.
- Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- C. Forderungen**
- Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- D. Sonstige Vermögensgegenstände**
- Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Absetzung für Abnutzung.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird unter Anwendung des Beibehaltungswahlrechts fortgeführt. Auflösungen erfolgen lediglich in Höhe der steuerlich zulässigen Abschreibungen.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die nicht übertragungsfähigen Kostenbestandteile werden abgesetzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Der koordinierte Ländererlass vom 9.3.1973 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt. In einem Fall erfolgt eine zeitversetzte Bilanzierung.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 2006 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die Berechnung der noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach dem koordinierten Ländererlass vom 22. 2. 1973.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bei erstmaliger Bildung bis zum 30. 6. 2000 mit 4 Prozent, ab 1.7.2000 mit 3,25 Prozent, ab 1.1.2004 mit 2,75 Prozent und ab 1.1.2007 mit 2,25 Prozent diskontiert. Als Ausscheideordnung wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR angesetzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr erfolgt auf Basis der Sterbetafel DAV 1994 T und einem Rechnungszins von 2,75 Prozent, für Neuverträge ab 1.1.2007 2,25 Prozent. Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden

sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVMF), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVMF veröffentlichte Hinweise, finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflicht-Versicherungen von Pharmarisiken (Pharmarückstellungen), die Atomanlagenrückstellungen und die Rückstellung für Terrorrisiken nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Über die nach diesen Vorschriften ermittelten Beträge hinaus erfolgt eine weitere Aufstockung der Schwankungsrückstellung für Sturm- und Elementarrisiken, die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsoferhilfe e.V. wird gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wird in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die mitarbeiterbezogenen Rückstellungen für Pensionszusagen, Altersteilzeitverpflichtungen, zukünftige Jubiläumzahlungen und Beihilfeverpflichtungen wurden zum 1.1.2010 nach versicherungsmathematischen Grundlagen neu bewertet. Die Neubewertung erfolgte in Anwendung der geänderten Vorschriften im HGB (BilMoG). Die Berechnung erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren; zukünftige Gehalts- und Rentenanpassungen wurden mit 3,0 Prozent bzw. 2,5 und 1,0 Prozent pro Jahr berücksichtigt. Die „Richttafeln 2005 G“ nach Dr. Klaus Heubeck wurden – für die Pensions- und Beihilferückstellung mit einem

Abschlag von 20 Prozent während des Rentenbezugs – angewendet. Den Berechnungen liegt der von der Bundesbank veröffentlichte Zinssatz von 5,15 Prozent für Verpflichtungen mit 15-jähriger Laufzeit zu Grunde.

Die aus dem Vorjahr übernommene Pensionsrückstellung liegt über dem Betrag der Neubewerteten Verpflichtung. Das Wahlrecht der Beibehaltung wurde in Anspruch genommen.

Die Rückstellung für Altersteilzeit enthält auch Beträge für Mitarbeiter mit einem Anspruch auf Abschluss nach der gültigen Altersteilzeitvereinbarung.

Von den Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden die Zeitwerte für abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen abgesetzt. Im Vorjahr erfolgte keine Saldierung.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen berücksichtigt zur Abschätzung des Verpflichtungsumfanges die durchschnittlichen Beihilfezahlungen der vergangenen Jahre; eine Kostensteigerung von 2,5 Prozent pro Jahr erhöht den Verpflichtungsbetrag.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach §89b HGB ist mit dem Barwert der bereits erdienten zukünftigen Verpflichtung bewertet worden. Die Abzinsung erfolgt entsprechend der Laufzeit mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen zwischen 3,75 und 5,26 Prozent (Vorjahr: 4,5 Prozent). Ein Fluktuationsabschlag wurde berücksichtigt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist. Eine Diskontierung wurde bei voraussichtlich mehr als einjähriger Laufzeit mit den von der Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen vorgenommen.

E. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 Prozent.

Sonstige Angaben

Ab dem 1.1.2010 erfolgte die Bilanzierung entsprechend der geänderten Vorschriften des HGB (BilMoG), auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde verzichtet. Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenkassamittelkursen des Bilanzstichtags bewertet. Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert. Die Ermittlung von aktiven und passiven latenten Steuern führt zu einem aktivischen Überhang, der unter Anwendung des Wahlrechts nicht berücksichtigt wurde. Wesentliche aktive latente Steuern ergeben sich aus mitarbeiterbezogenen und versicherungstechnischen Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern sind auf Wertunterschiede aus Kapitalanlagen zurückzuführen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 18 Grundstücke mit Geschäftsbauten und ein Grundstück mit Erbbaurecht. Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 62 277 (64 200) Tausend Euro.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	%	Tsd. €	Tsd. €
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	5 710	360
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg ¹⁾	45,00	124 884	6 064
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg ¹⁾	45,00	9 687	477
Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover ¹⁾²⁾	50,00	142 050	4 560
Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover	100,00	13 110	370
ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta	60,00	59 558	– 152
ivv-Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	81,56	8 469	– 1 208
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover ²⁾	100,00	37 554	753
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover ²⁾³⁾	100,00	51	0
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen ²⁾	93,25	1 469	– 17
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover	100,00	34 560	794
VGH Projekt GmbH & Co. Prinzenareal KG, Hannover	100,00	9 276	276
VGH Projekt GmbH & Co. 2. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover	100,00	11 374	337
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	88	22
2. Beteiligungen			
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	41 940	3 482
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	16 146	1 100
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	30 712	712
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover	50,00	44 438	1 008
Hannoversch-Kölnische Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover	50,00	25	1
Hannoversch-Kölnische Handels-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hannover	50,00	28 326	2 564
NT NORDWESTDEUTSCHE TREUHAND Gesellschaft zur Betreuung von Wohnungsunternehmen mit beschränkter Haftung, Hannover	40,00	2 535	384
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	27,22	1 861	45
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Hannover	25,00	34	0
Herrenhausen Verwaltungs GmbH Gastronomie & Co. KG, Hannover	25,00	1 696	– 176
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	53	0
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen Osnabrück gGmbH, Osnabrück	20,00	179	46
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	80	0

¹⁾ Über die Anteile am Kapital hinaus übt die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, weitere Trägerrechte aus

²⁾ Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

³⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2009		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7 328	4 394	0
II. geleistete Anzahlungen	3 966	3 317	0
Summe A	11 294	7 711	0
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	131 581	1 316	0
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	296 957	19 468	0
2. Beteiligungen	124 529	5 381	0
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 183	1 014	0
Summe B II.	426 669	25 863	0
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	731 255	59 034	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15 980	39 339	0
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	9 248	0	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	664 282	151 818	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	512 785	27 326	0
c) Übrige Ausleihungen	25 000	0	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	52 500	1 444 852	0
6. Andere Kapitalanlagen	8	0	0
Summe B III.	2 011 058	1 722 369	0
Insgesamt	2 580 602	1 757 259	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wurde grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Bei den eigengenutzten Immobilien wird der Mischwert aus Ertrags- und Substanzwert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2010.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren nach dem IDW S1 i. d. F. 2008, dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/-veräußerung hergeleitet. Bei zahlreichen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2010	2010	2010	2010
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	2 935	8 787			
0	0	0	7 283			
0	0	2 935	16 070			
0	0	6 100	126 797	126 797	261 493	134 696
30 550	0	0	285 875	285 875	335 559	49 684
3 866	68	1 247	124 865	124 865	146 741	21 876
2 163	0	0	4 034	4 034	4 034	0
36 579	68	1 247	414 774	414 774	486 334	71 560
0	4 106	3 167	791 228	791 228	832 598	41 370
19 972	165	171	35 341	35 341	35 918	577
1 034	0	0	8 214	8 209	8 461	252
179 863	0	0	636 237	639 895	667 761	27 866
46 488	0	0	493 623	496 926	515 213	18 287
869	121	396	23 856	23 856	21 474	-2 382
1 413 352	0	0	84 000	84 000	84 000	0
0	0	0	8	8	8	0
1 661 578	4 392	3 734	2 072 507	2 079 463	2 165 433	85 970
1 698 157	4 460	14 016	2 630 148	2 621 034	2 913 260	292 226

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über laufzeitunabhängige Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch bzw. mit externen Dienstleistern.

Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Anteile an Investmentvermögen

Anlageziel	Buchwert	Marktwert	Aus- schüttung
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Renten	494 572	504 935	16 746
Aktien, Immobilien, Renten	209 553	232 417	11 037
Rentenfonds	72 300	74 971	1 425
Immobilien ¹⁾	3 036	3 036	

¹⁾ Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an Mitarbeiter. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 37 971 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 36 201 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 10 000 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 9 837 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 14 554 Tausend Euro Namensgenussrechte und mit 9 302 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenussscheine und Schuldscheinforderungen von 8 928 (10 428) Tausend Euro, anteilige Zinsen für 2010, die erst in 2011 fällig werden in Höhe von 20 613 (21 006) Tausend Euro, vorausgezählte Abschlussprovisionen von 1 961 (1 834) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 776 (684) Tausend Euro.

A II 4. Andere Gewinnrücklagen

Den anderen Gewinnrücklagen werden im Geschäftsjahr aus dem Bilanzgewinn 30 051 Tausend Euro zugeführt. Im Rahmen der Umstellungsrechnung (BilMoG) erfolgte zum 1. 1. 2010 eine ergebnisneutrale Zuführung in Höhe von 949 Tausend Euro.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf Grundstücke zweier verbundener Unternehmen mit 3 187 (3 670) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 855 (855) Tausend Euro.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen	versicherungstechnische Bruttorekstellungen insgesamt		Bruttorekstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Unfall	87 490	101 999	61 698	60 521	0	19 915
Haftpflicht	253 558	271 658	177 912	189 261	35 434	39 080
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	717 898	710 389	645 466	630 417	69 555	77 299
sonstige Kraftfahrt	29 642	27 378	21 474	18 720	1 478	1 971
Feuer und Sach	407 065	367 208	101 468	95 311	34 153	32 326
davon: Feuer	78 808	82 605	19 881	20 154	18 080	17 686
Verbundene Hausrat	54 439	54 067	7 663	7 620	0	0
Verbundene Gebäude	186 579	155 325	44 659	43 207	0	0
sonstige Sach	87 239	75 211	29 265	24 330	16 073	14 640
Rechtsschutz	52 112	50 022	42 298	41 205	837	14
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 561 662	1 542 848	1 059 226	1 044 599	144 893	173 950
Übernommenes Geschäft	53 823	56 638	17 018	19 690	19 447	20 203
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 615 485	1 599 486	1 076 244	1 064 289	164 340	194 153

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die unter diesem Posten mit ausgewiesene vertragliche Beitragsrückerstattung in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr wird nach Art der Lebensversicherung betrieben und hat sich wie folgt entwickelt:

	2010 €	2009 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	622 471	496 777
Entnahmen im Geschäftsjahr	140 927	18 054
Zuführung aus Geschäftsjahr	212 532	143 748
Stand am Ende des Geschäftsjahres	694 076	622 471

Die in der Rückstellung enthaltenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Die Entnahmen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

	2010	2009
	€	€
Von der Rückstellung Ende 2010 entfallen auf		
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	15 797	61
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	633 195	616 451
c) den ungebundenen Teil	45 084	5 959

C VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Es besteht eine Rückstellung für drohende Verluste in der Sparte Leitungswasser in Höhe von 8 000 (8 000) Tausend Euro.

Nach den weitergehenden allgemeinen Grundsätzen der Rückstellungsbildung (HGB 341e Abs.1 Satz 1) erfolgte in den letzten Jahren für die Sparten Wohngebäude und Sturm sukzessiv eine Zuführung in den Posten „Verstärkung der Schwankungsrückstellung“. Der sich aus den Berechnungsgrundlagen für die Schwankungsrückstellung ergebende Sollbetrag ist nach der in diesem Jahr erfolgten Zuführung von 30 000 Tausend Euro in Wohngebäude bzw. 5 500 Tausend Euro in der Sturmsparte erreicht. Die Rückstellung zum 31.12.2010 beträgt 92 000 Tausend Euro bzw. 15 000 Tausend Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der zum 31.12.2009 passivierte Betrag von 344 929 Tausend Euro überstieg die Bewertung nach BilMoG um 6 373 Tausend Euro. Dieser Betrag wurde zum 1.1.2010 beibehalten, da der Verbrauch innerhalb eines Geschäftsjahres erfolgt ist. Pensionsansprüche in Höhe von 1 492 Tausend Euro sind mit den Aktivwerten aus entsprechend abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen in gleicher Höhe verrechnet worden.

D II. Steuerrückstellungen

Bei den Steuerrückstellungen erfolgte zum 1.1.2010 eine Neubewertung. Die vorgenommenen Diskontierungen führten zu Verminderungen der Rückstellungen in Höhe von insgesamt 302 Tausend Euro. Dieser Betrag wurde direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB / Vertriebsstrukturen	20 589	21 220
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	21 159	20 703
Provisionen	21 102	18 849
Beihilfeverpflichtungen	14 276	8 784
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	4 127	3 873
Mitarbeiterjubiläen	3 799	2 874
Archivierung	2 461	2 960
Noch nicht abgerechnete Gebäude-Herstellungskosten	0	2 600
Ökologische Maßnahmen	267	941
Prozessrisiken	485	372
Übrige Rückstellungen	2 110	1 978
Insgesamt	90 375	85 154

Für die Verpflichtungen aus Beihilfe, Altersteilzeit und Mitarbeiterjubiläen erfolgte zum 1.1.2010 eine Neubewertung insbesondere unter Berücksichtigung der geänderten Vorschriften zur Anwendung des Diskontierungszinses und der Anpassung zukünftiger Gehalts- und Kostensteigerungen. Die Anpassung zum 1.1.2010 von 4 352, 1 610 bzw. 223 Tausend Euro wird im Posten „außerordentlicher Aufwand“ ausgewiesen.

Für die Aufwendungen für Ausgleichsansprüche für Verpflichtungen nach § 89 b HGB erfolgte eine Neubewertung unter Zugrundelegung laufzeitabhängiger Zinssätze. Für den den Bilanzansatz am 31.12.2009 übersteigenden Betrag von 1 482 Tausend Euro wurde vom Beibehaltungswahlrecht Gebrauch gemacht.

Bei den Rückstellungen für Archivierung und Prozessrisiken erfolgte zum 1.1.2010 eine Neubewertung. Die vorgenommenen Diskontierungen führten zu Verminderungen der Rückstellungen in Höhe von insgesamt 647 Tausend Euro. Dieser Betrag wurde direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Für Aufwandsrückstellungen (Vertriebsstrukturen und Ökologische Maßnahmen) in Höhe von 3 496 Tausend Euro wurde das Beibehaltungswahlrecht in Anspruch genommen.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 61 (98) Tausend Euro sowie Disagiobeträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 1 512 (1 913) Tausend Euro sowie abgegrenzte im Voraus erhaltene Provisionen in Höhe von 493 (380) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Versicherungs- technische Rechnung	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Unfall	61 578	59 943	61 606	60 165	60 020	58 617
Haftpflicht	103 887	103 134	103 521	103 905	77 643	78 049
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	189 983	192 410	189 982	192 401	188 240	189 597
sonstige Kraftfahrt	128 880	130 287	128 885	130 285	126 657	128 131
Feuer und Sach	384 822	380 335	385 268	379 858	308 030	303 071
davon: Feuer	73 956	74 524	74 365	74 287	47 278	46 979
Verbundene Hausrat	68 674	67 070	68 524	67 425	67 719	66 578
Verbundene Gebäude	154 949	152 937	155 268	152 411	130 298	127 772
sonstige Sach	87 243	85 804	87 111	85 735	62 735	61 742
Rechtsschutz	28 895	28 075	28 715	28 083	28 573	27 942
Selbst abgeschlossenes Geschäft	908 671	904 862	908 709	905 243	794 247	789 952
Übernommenes Geschäft	51 786	49 179	51 590	49 520	30 946	29 978
Gesamtes Versicherungsgeschäft	960 457	954 041	960 299	954 763	825 193	819 930

I 2. Technischer Zinsertrag feR

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 Prozent, 3,25 Prozent, 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.

Für die nach Art der Lebensversicherung abgeschlossenen Unfallversicherungen werden die vereinnahmten Erträge des Sicherungsvermögens ausgewiesen.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
23 929	23 999	18 440	17 895	- 392	696	35 451	18 102
36 825	46 769	34 400	33 733	- 4 493	- 2 058	31 930	15 840
169 561	168 274	31 467	30 280	1 755	4 478	869	255
117 927	113 854	26 420	24 530	- 1 904	- 1 882	- 16 967	- 9 640
239 590	210 206	107 733	102 946	- 20 617	- 29 615	- 41 349	4 380
32 659	32 150	21 066	21 655	- 6 973	- 7 254	7 657	3 694
26 154	25 265	22 733	21 209	- 972	105	6 912	7 684
120 972	103 990	38 032	34 794	- 8 750	- 14 257	- 46 234	- 8 298
59 805	48 801	25 902	25 287	- 3 922	- 8 209	- 9 684	1 300
17 767	17 942	7 657	7 350	- 118	- 435	2 368	2 384
609 153	581 769	229 380	219 855	- 27 344	- 31 781	14 099	33 993
27 664	22 806	17 318	16 251	- 6 662	- 8 463	66	948
636 817	604 575	246 698	236 106	- 34 006	- 40 244	14 165	34 941

I 7 a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 95176 (78 404) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 151522 (157702) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

II 1 b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 13 543 (12 270) Tausend Euro aus Grundstücken und 83 027 (93 837) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.

II 2 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 1 247 (4 935) Tausend Euro.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	113 253	107 281
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	6 046	6 156
3. Löhne und Gehälter	83 303	81 412
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	15 345	14 292
5. Aufwendungen für Altersversorgung	9 189	13 380
6. Aufwendungen insgesamt	227 136	222 521

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2010	2009
	Stück	Stück
Unfall	377 144	371 871
Haftpflicht	703 459	698 648
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1 055 237	1 050 960
sonstige Kraftfahrt	784 423	781 726
Feuer und Sach	1 574 769	1 569 817
davon: Feuer	172 901	172 681
Verbundene Hausrat	478 924	479 503
Verbundene Gebäude	473 676	476 793
sonstige Sach	449 268	440 840
Rechtsschutz	178 374	175 693
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 687 289	4 662 419

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen in Höhe von 546 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins Verkehrsofferhilfe e.V. sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins Deutsches Büro Grüne Karte e.V.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Eine gleichartige Verpflichtung besteht aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft. In beiden Fällen wird derzeit nicht mit einer Einforderung gerechnet.

Als Mitglied des Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 17 900 Tausend Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbands öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbands übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Zur Insolvenzsicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter eines anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmens besteht die Verpflichtung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 2 000 Tausend Euro zu befriedigen.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 59 499 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 2 717 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 22 500 Tausend Euro).

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 320. Hiervon entfallen im Innendienst 725 auf die Hauptverwaltung und 513 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 82 Mitarbeiter bei uns angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 735 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 997 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 16 224 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 328 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 57 Tausend Euro. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 10 und 35 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,1 Prozent.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 285 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 1 Tausend Euro. Für sonstige Bestätigungsleistungen beträgt der Aufwand 11 Tausend Euro und für sonstige Leistungen 105 Tausend Euro.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 31 bis 34 angegeben.

**Überschussbeteiligung der
Versicherungsnehmer
in der Unfallversicherung
mit garantierter
Beitragsrückgewähr**

Für das in 2011 endende Versicherungsjahr wurden folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

Unfallversicherungen mit garantierter Beitragsrückgewähr erhalten am Ende eines jeden Versicherungsjahres einen laufenden Überschussanteil in Prozent der überschussberechtigten Deckungsrückstellung. Der laufende Überschussanteil beträgt 1,55 Prozent für Verträge mit einem vertraglichen Rechnungszins von 2,75 %, 2,05 Prozent für Verträge mit einem vertraglichen Rechnungszins von 2,25 %.

Bei beitragspflichtigen Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile zur Finanzierung einer ab Versicherungsbeginn wirksamen Erhöhung der Invaliditätssumme und – sofern mit abgeschlossen – des Krankenhaustagegeldes mit Genesungsgeld, Unfall-Rente und der Todesfallsumme verwendet (Unfallbonus).

Der Unfallbonus beträgt für:

Versicherungsdauern bis 15 Jahre	90 Prozent
Versicherungsdauern von 16 bis 20 Jahre	80 Prozent
Versicherungsdauern von 21 bis 30 Jahre	60 Prozent
Versicherungsdauern ab 31 Jahre	40 Prozent

Bei beitragsfreien Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Versicherung ausgezahlt. Die Versicherung erhält den ersten Überschussanteil am Ende des Versicherungsjahres, das auf die Beitragsfreistellung folgt.

Hannover, den 21. Februar 2011

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Kasten

Herdecke

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 4. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werner Hölzl
Wirtschaftsprüfer

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2011, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2011 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. In diesem Zusammenhang lag ein Schwerpunkt der Berichterstattung auf der Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse und der Optimierung der EDV-Unterstützung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit den erweiterten gesetzlichen Anforderungen an das Vergütungssystem für den Vorstand befasst.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Er wurde laufend über das Kapitalanlagemanagement unterrichtet. Des Weiteren waren die Kapitalanlagestrategie sowie verschiedene Maßnahmen ausgewählter Asset-Klassen Gegenstand der Diskussion.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2010. Darüber hinaus bildete die Vertriebsintensivierung im Versicherungsgeschäft mit den Sparkassen einen Schwerpunkt der Erörterung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr dreimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses. Darüber hinaus erörterten die Mitglieder zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement sowie die Aufgaben und Prüfungsergebnisse der internen Revision.

Über die aktuelle Risikosituation des Gesamtunternehmens wurde regelmäßig informiert. Die Risikoberichte der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und des Konzerns waren Gegenstand seiner Arbeit.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde ferner der Diskussionsstand zur Einführung von Solvency II sowie die bisherigen Umsetzungsschritte dargestellt und erörtert.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassenausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der Aufsichtsrat bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinien seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die Grundsätze des Corporate Governance Kodex.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 21. März 2011

v. Lenthe
Vorsitzender

Geschäftsentwicklung

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg- Grubenhagensche Landschaft

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstaltung
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstenthum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstenthum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstenthum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	–	
1945	14 476 000	–	

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2005	940 159	801 088	1 204 175	648 000
2006	926 062	799 153	1 260 957	688 000
2007	929 720	802 601	1 287 506	718 000
2008	947 530	815 480	1 310 115	733 000
2009	954 041	819 180	1 342 257	773 000
2010	960 457	825 140	1 358 341	804 000

Währungseinheiten:

1751–1817	Thaler-Cassemünze
1817–1834	Thaler-Conventions- münze
1834–1874	Thaler-Courant
1875–1923	Mark
1924–1948	Reichsmark
1949–2000	Deutsche Mark
ab 2001	Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen Aussagewert nur im Gebäude-Feuergeschäft haben, an Bedeutung. Die anderen Versicherungszweige wie u. a. Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel, Transport, Maschinen, Bauleistungen sowie das Mobiliar-Feuergeschäft gewinnen ständig an Gewicht. Der Aussagewert verlagert sich nunmehr auf die Beitragseinnahmen und die technischen Werte.

Seit 1984 zeichnet die Brandkasse auch das HUK-Geschäft. Es erfolgte eine Bestandsübertragung von der Provinzial.



Sparsame Neubauten

Die VGH-Gebäude am Warmbüchenkamp in Hannover sind ein echtes Energiesparwunder. Gesteuert wird ihr Versorgungssystem über einen modernen Leitstand.

Der Luftzug ist gewaltig, die Ventilatoren laufen bestens. Ein prüfender Blick, dann schließt Gebäudetechniker Carsten Antelmann die Klappe zum Lüftungssystem wieder. Hier im Keller der neuen VGH-Zentrale laufen mehrere Kilometer Rohre zusammen. Alle Neubauten am Warmbüchenkamp in Hannover werden von hier aus mit Frischluft, Wärme oder – wenn erforderlich – mit Kälte versorgt. Das System ist ausgeklügelt. Nie soll mehr Energie als notwendig verbraucht werden.

Die 2009 bezogenen Gebäude setzen Maßstäbe in puncto Energieeffizienz und Ressourcenschonung und verbrauchen deutlich weniger Energie als vergleichbare Gebäude. „Die Wärme der Abluft wird zum Beispiel dafür genutzt, die frische Luft von draußen zu temperieren“, sagt der 45-Jährige. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Energiekonzepts ist die Betonkernaktivierung. Ein Großteil der Erwärmung oder Kühlung in den Gebäuden erfolgt dabei über Rohrleitungen in den Geschossdecken. Allein dadurch kann bei großer Hitze die Raumtemperatur um bis zu vier Grad gesenkt werden. Die Neubauten können darum weitgehend auf Klimaanlage verzichten. Die Arbeitsplatzbeleuchtung wird tageslichtabhängig über Präsenzmelder bedarfsgerecht gesteuert. Wenn niemand mehr im Büro sitzt, muss dort schließlich auch nicht das Licht brennen.

Um genau zu wissen, wie wirksam das alles ist, hat die VGH ein Energiecontrolling eingeführt, in dem die genauen Verbräuche für Tageszeiten und Wochentage protokolliert und ausgewertet werden. Künftig soll das Energiecontrolling Teil eines übergeordneten Energiemanagements werden. Schon jetzt ist klar, dass sich der intelligente Einsatz der neuen Technik auch betriebswirtschaftlich lohnt. 35 000 Euro werden pro Jahr allein an Stromkosten eingespart.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Erholungstendenzen im weltwirtschaftlichen Umfeld deutlich verstärkt. Die konjunkturelle Erholung wurde durch die eingeleiteten Unterstützungsprogramme und die Niedrigzinspolitik der Notenbanken erheblich gestützt. Deutschland konnte das Bruttoinlandsprodukt um gut 3,5 Prozent steigern (Vorjahr: –5,0 Prozent) und erzielte damit im Vergleich mit anderen europäischen Volkswirtschaften ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Hierzu trugen maßgeblich die Exporte bei. Die Entwicklung des Preisniveaus mit einer Inflationsrate von 1,7 Prozent und die erfreuliche Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt begünstigten auch zunehmend die Binnenkonjunktur.

Die Stabilität des Finanzsystems hat vor dem Hintergrund der Eurokrise und der in vielen Ländern ausufernden Staatsschulden nicht weiter zugenommen, so dass an den Finanzmärkten nicht von einer gesicherten und nachhaltigen Erholung gesprochen werden kann. Die Aktienmärkte tendierten weiterhin uneinheitlich. Zwar erholten sich die entsprechenden Indizes im Laufe des Jahres deutlich, die Eurokrise im Frühjahr 2010 führte aber auch zu Rückschlägen. Im letzten Quartal stieg der DAX hingegen stark an.

Massiv unter Druck zeigte sich das Niveau der Renditen langfristiger Staatsanleihen, die im Jahresverlauf auf bis zu 2,12 Prozent für 10-jährige Bundesanleihen fielen. Das Zinsniveau blieb vor allem aufgrund der Zinspolitik der Notenbanken historisch niedrig.

Die Versicherungsbranche konnte sich im Geschäftsjahr 2010 stabil weiterentwickeln. Die Versicherungsnachfrage blieb insgesamt weitgehend unbeeinflusst von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Die Herausforderungen der Versicherungsbranche bestanden in dem anhaltenden Wettbewerb und den geringen Wachstumsmöglichkeiten bei hoher Marktdurchdringung in vielen Geschäftssegmenten. Die besondere Rolle der Lebensversicherung als Ergänzung der umlageorientierten gesetzlichen Rentenversicherung bietet hingegen weiterhin Wachstumsperspektiven.

Die deutsche Versicherungswirtschaft erreichte insgesamt ein Beitragswachstum von 4,7 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent).

Wachstumsträger in der Branche war die Lebensversicherung, die ein Beitragswachstum von 6,8 Prozent erreichte (einschließlich Pensionskassen bzw. Pensionsfonds). Das Vertrauen in die Versicherer, auch in Zeiten der Krise ihre Leistungsversprechen erfüllen zu können, zeigte sich vor allem in der Entwicklung der Versicherungen mit rentenförmiger Auszahlung. Es war jedoch weiterhin schwierig, die regulären Vertragsabläufe aus der expansiven Geschäftsentwicklung früherer Jahre durch das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag auszugleichen. Der Rückgang des laufenden Beitrags wurde allerdings durch sinkende Stornoquoten gebremst.*

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft der Provinzial – gemessen am statistischen Jahresbeitrag – lag im Geschäftsjahr mit 31,1 Millionen Euro um 2,4 Prozent leicht unter dem Vorjahreswert. Besonders positiv entwickelte sich wiederum das Neugeschäft gegen Einmalbeitrag. Die Einmalbeiträge und Zuzahlungen erreichten ein Volumen von 237,2 Millionen Euro (Vorjahr: 144,5 Millionen Euro).

Steigende Einmalbeiträge konnten im Wesentlichen in Altersvorsorgeprodukten erzielt werden. Der erfreulich hohe Anteil von Neugeschäft mit sofort beginnenden Renten spiegelt dabei den Bedarf der Kunden nach attraktiven Produkten wider. Zu Anfang des Geschäftsjahres war jedoch der Anteil von Versicherungsprodukten mit Kapitalanlagecharakter angestiegen. Die Provinzial hat sich daraufhin entschlossen, nur noch Neugeschäft zu zeichnen, das die Arbitragemöglichkeiten zu Lasten des Bestandes minimiert.

Die aufsichtsrechtlichen Solvenzvorschriften erfordern die sofortige Unterlegung des gezeichneten Geschäfts mit Eigenmitteln, die jedoch nur begrenzt aus vorhandenen Bilanzpositionen bereitgestellt werden können. Daher erfolgte für das Geschäftsjahr eine Kontingentierung des Neugeschäfts für anwartschaftliche Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag und die Absenkung der Überschussbeteiligung für das Folgejahr.

Daneben weist die Provinzial eine breite Streuung des Neugeschäfts in ihren Produktgruppen aus. Das Neugeschäft konventioneller Risikoversicherungen hat einen Anteil von 18 Prozent, das der selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherungen von 13 Prozent am gesamten Neugeschäft gegen laufenden Beitrag.

Das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag konnte jedoch die Abgänge durch Ablauf und Storno nicht kompensieren. Die laufenden Brutto-Beiträge gingen um 1,7 Prozent auf 518,1 Millionen zurück. Insgesamt stiegen die gebuchten Brutto-Beiträge um 12,5 Prozent auf 755,3 Millionen Euro.

Trotz des schwierigen Umfelds auf den Finanzmärkten hat sich das Kapitalanlageergebnis gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Insgesamt konnte eine Nettoverzinsung von 4,3 Prozent (Vorjahr: 4,1 Prozent) erwirtschaftet werden. Die stillen Reserven in den Kapitalanlagen betragen im Saldo 2,6 Prozent der gesamten Kapitalanlagen (Vorjahr: 0,1 Prozent). Trotz des erheblichen Wachstums wurde die Solvabilität mit 174 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres gehalten.

Überschussverwendung

Aus dem erwirtschafteten Brutto-Überschuss von 151,0 Millionen Euro werden 140,1 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Nach Abzug der erforderlichen Ertragsteuern und der Stärkung des Eigenkapitals von 3,5 Millionen Euro verbleibt ein Bilanzgewinn von 1,05 Millionen Euro, der zur Ausschüttung einer Dividende auf das eingezahlte Trägerkapital verwendet werden soll.

Die Provinzial hat die Überschussbeteiligung für ihre Versicherungsnehmer für das Geschäftsjahr 2011 den Zinsentwicklungen für langlaufende Anlagen angepasst. Die laufende Verzinsung der Guthaben beträgt 4,1 Prozent. Zusätzlich werden unseren Kunden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben sowie ein Anspruch auf Schlussüberschussbeteiligung gebildet. Darüber hinaus erhalten die Versicherungsnehmer als Reaktion auf die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) in vielen Bereichen eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven. Unter Einbeziehung aller Überschusskomponenten wird eine Gesamtverzinsung von bis zu 5,4 Prozent erzielt.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr beigetragen haben. Auch den Personalräten und der Gleichstellungsbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neuzugang

Der Neuzugang des Geschäftsjahres ist insgesamt sehr erfreulich. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag wurde ein Wachstum von 64 Prozent erzielt. Besonders die Produkte mit Altersvorsorgecharakter sind gewachsen. Im Bereich der sofort beginnenden Rente konnte ein Volumen von 28,2 Millionen Euro vermittelt werden.

Produkte, bei denen die Kapitalanlage im Vordergrund steht, wurden hingegen nicht gefördert. Es erfolgte vielmehr eine Annahmebeschränkung mit engen Grenzen je Vertriebspartner. Ziel der Maßnahme ist es, Bestands- und Neugeschäftskunden mit langfristigem Anlage- und Absicherungsziel gegenüber Neugeschäftskunden mit kurzfristigem Anlagezielen nicht zu benachteiligen. Die Maßnahme wurde ergänzt durch eine Änderung der Gewinnbeteiligung, die langfristige Verträge begünstigt.

Der gesamte Neuzugang im Geschäft gegen laufende Beitragszahlung lag im Geschäftsjahr mit 31,1 Millionen Euro knapp unter dem Niveau des Vorjahres. Dabei haben weiterhin Produkte zur Absicherung von Hinterbliebenen und des eigenen Erwerbseinkommens einen hohen Stellenwert.

Die Produkte zur staatlich geförderten Altersvorsorge („Riester- und Rürup-Rente“) haben nun einen festen Platz innerhalb des Produktportfolios und konnten einen Anteil von 21,9 Prozent am Neugeschäft erreichen.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts erhöhte sich um 8,3 Prozent auf 943,8 Millionen Euro.

Bestand und Beitragseinnahme

Die erfreuliche Entwicklung im Neugeschäft hat den Vertragsbestand um 0,3 Prozent auf 853 729 Verträge wachsen lassen. Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung in der selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung. Hier konnte der Marktanteil in unserem Geschäftsgebiet auf hohem Niveau gehalten werden.

Die Stornoquote betrug 4,2 Prozent (Vorjahr: 4,8 Prozent). Die Förderung der Kundenbindung innerhalb der Zielsysteme der Vertriebsorganisation und das attraktive Zinsniveau der Überschussbeteiligung haben zu einer Absenkung der Stornoquote von 4,8 Prozent auf 4,2 Prozent geführt.

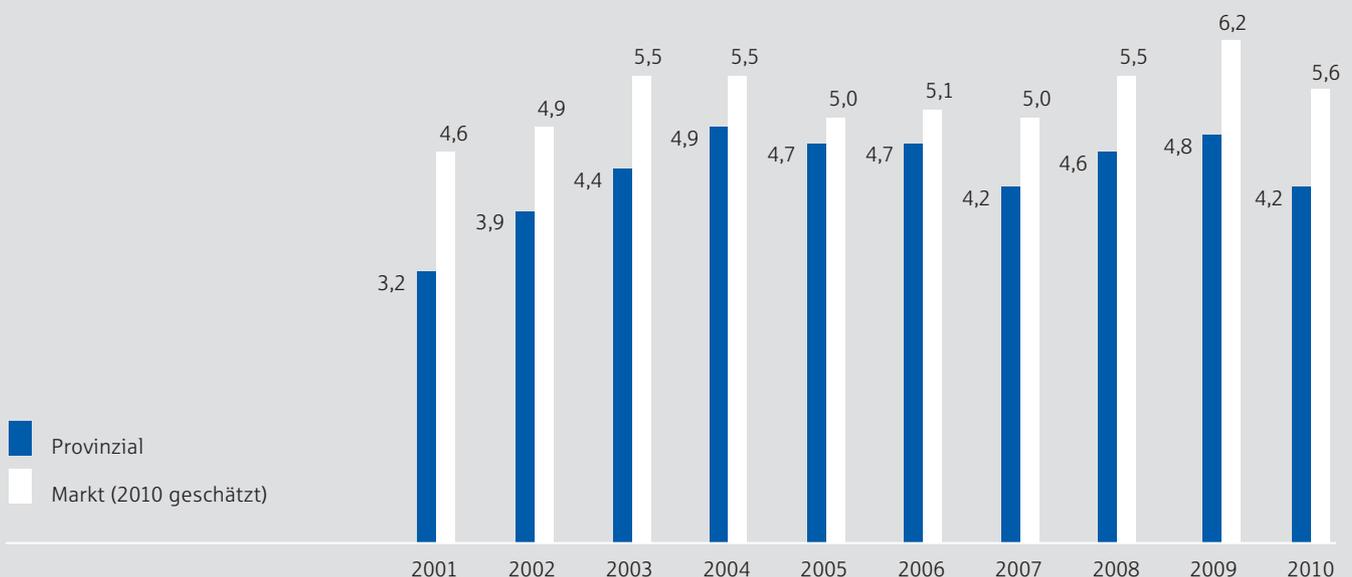
Die Beitragsentwicklung war geprägt von den seit einigen Jahren stark zunehmenden Vertragsabläufen. Die laufenden Beiträge waren daher um 1,7 Prozent rückläufig. Demgegenüber verzeichneten die Versicherungen gegen Einmalbeitrag einen Anstieg von 64,1 Prozent. Die gesamten Beitragseinnahmen lagen mit 755,3 Millionen Euro um 12,5 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert.

Versicherungsleistungen

Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 657,0 Millionen Euro (Vorjahr: 672,2 Millionen Euro). Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfalleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden haben wir insgesamt 6 900,2 Millionen Euro zurückgestellt.

Entwicklung der Stornoquote

in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands



Versicherungstechnisches Ergebnis

Auch 2010 konnte unser Unternehmen aus den versicherungstechnischen Gewinnquellen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Die Entwicklung der Kosten- und Risikogewinne ist in der Graphik dargestellt, die den strukturellen Wettbewerbsvorteil der Provinzial aufzeigt.

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, so dass sich ein positives Kostenergebnis von 16,8 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 1,67 Prozent. Die Abschlusskostenquote liegt bei 5,6 Prozent (Vorjahr: 5,6 Prozent).

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 63,3 Millionen Euro.

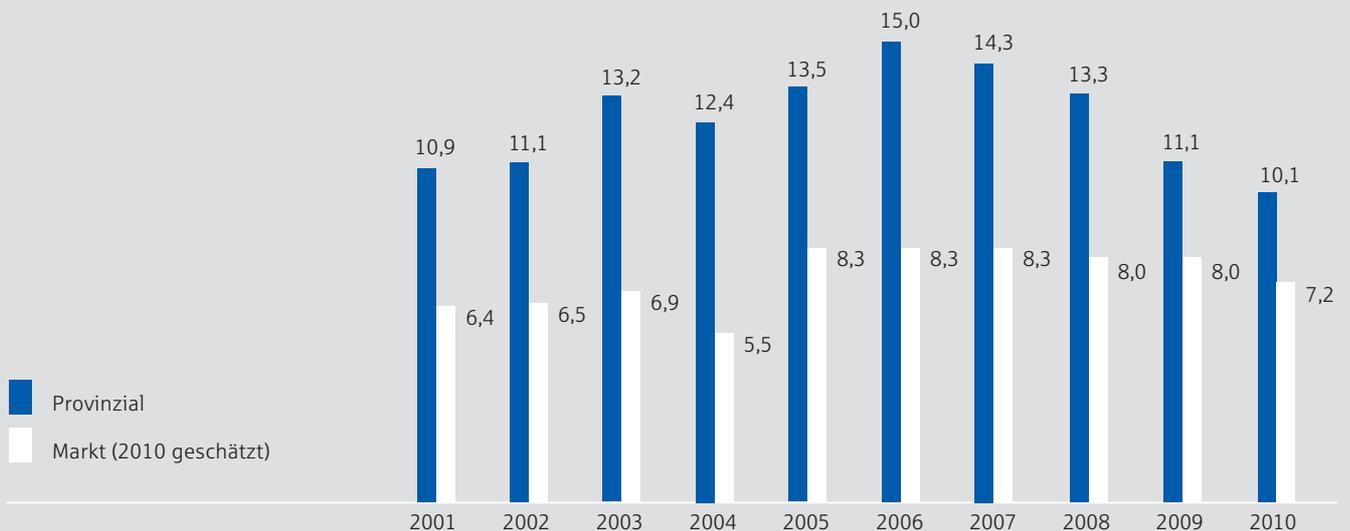
Kapitalanlagen

Die Situation der Finanzmärkte war einerseits durch die deutliche und überraschend gute wirtschaftliche Erholung geprägt; andererseits war die Schuldenkrise und das Zinsniveau risikofreier Anlagen auf den Rentenmärkten beherrschendes Thema.

Nach einem deutlichen Renditerückgang bis zur Jahresmitte 2010 mit einem Tiefststand am 31. August von 2,12 Prozent für 10-jährige Bundesanleihen erfolgte im vierten Quartal eine Umkehr im langfristigen Zinstrend. Dieser notierte zum Jahresende bei 2,96 Prozent und damit nur noch 42 Basispunkte unter ihrem Vorjahresschluss. Ein Abgleiten in die Deflation mit allen konjunkturellen Auswirkungen wird zurzeit als unwahrscheinlich angesehen.

Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses

Risiko- und Kostenergebnis in % der gebuchten Bruttobeiträge



Marktverwerfungen waren aus der Staatsschuldenkrise spürbar. Durch die großen Konjunkturpakete und Rettungsmaßnahmen für Banken in den vergangenen Jahren sind die Schulden der entwickelten Staaten deutlich angestiegen. Der Aufbau des Rettungsschirms für Griechenland und Irland hat die Auswirkungen deutlich aufgezeigt. Der Anstieg der Risikoaufschläge für Staatspapiere Portugal, Spanien und Italien macht – möglicherweise – weitere Unterstützungsmaßnahmen innerhalb der Euro-Zone notwendig.

Die Provinzial ist nur in kleinem Umfang in Staatsanleihen der genannten Staaten investiert. Die Anlagen erfolgen im Rahmen einer vorsichtigen Beimischung und liegen deutlich unterhalb der Gewichtung gängiger Marktindizes. Insgesamt ist die Provinzial mit 14,4 Millionen Euro bzw. 0,2 Prozent ihrer Kapitalanlagen in Staatsanleihen der o. g. EU-Länder investiert. Alle Investments werden indirekt über Spezialfonds gehalten. Die Fonds befinden sich im Umlaufvermögen und sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die bilanziellen Auswirkungen aus den aktuellen Marktschwankungen sind damit verarbeitet. Zukünftige Marktbewegungen werden bilanziell nur sehr geringe Auswirkungen haben. Selbst ein singulärer Länderdefault wäre nach heutigem Ermessen verkräftbar. Wir schätzen den politischen Willen in Europa derzeit so ein, dass alles getan wird, um einen Staatsbankrott zu verhindern.

Der Aktienmarkt nahm die positiven konjunkturellen Signale auf und schloss zum Jahresende mit nahe 7 000 Punkten (Vorjahr: 5 957 Punkte). Der Eurostoxx50 hingegen schloss – durch die höhere Gewichtung der Bankaktien – negativ.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Grundstücke	0,1 %	1,8 %	verbundene Unternehmen und Beteiligungen
Wertpapiere	13,0 %	3,8 %	Hypotheken
Namenschuldverschreibungen und Namensgenussscheine	50,2 %		
sonstige Kapitalanlagen	2,0 %	29,1 %	Schuldscheinforderungen

Der Kapitalanlagebestand hat sich um 4,5 Prozent auf 7 178,1 Millionen Euro erhöht. Das weiter verbesserte Kapitalanlageergebnis lag bei 298,6 Millionen Euro (Vorjahr: 272,0 Millionen Euro). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 4,3 Prozent (Vorjahr: 4,1 Prozent). Das laufende Nettoergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 298,4 Millionen Euro über dem Niveau des Vorjahres von 282,6 Millionen Euro. Marktbedingte Abschreibungen und Abgangsverluste im Bereich der Investmentanteile, Private Equity und Genussrechte belasteten das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen. Die stillen Reserven betragen zum Bilanzstichtag 2,6 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

In Aktien und Investmentanteile wurden 387,9 Millionen Euro investiert. Ein Anteil von 365,9 Millionen Euro der Abgänge entfällt auf eine Fondsumstrukturierung, die sich auch in den Abgängen wiederfindet. Aus allen Abgängen in Höhe von 386,8 Millionen Euro ergaben sich Abgangsgewinne von 0,5 Millionen Euro und Abgangsverluste von 3,5 Millionen Euro. Abschreibungen wurden in Höhe von 7,3 Millionen Euro vorgenommen. Die durchgerechnete Aktienquote betrug zum Bilanzstichtag 2,0 Prozent auf Marktwertbasis.

Das Immobilienengagement wird vor allem über Fonds getätigt. Mit einem Gesamtvolumen von 255,6 Millionen Euro ist die Provinzial in dieser Asset-Klasse investiert. Abgänge und Neubewertung von Immobilien innerhalb von Sondervermögen/Beteiligungen erfordern Abschreibungen in Höhe von 11,2 Millionen Euro. Die durchgerechnete Immobilienquote betrug zum Bilanzstichtag 3,9 Prozent.

Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren wurde von 115,8 Millionen Euro auf 73,5 Millionen Euro zurückgeführt. Bei Genussrechten einzelner Emittenten aus dem Bankensektor wurden aus Vorsichtgründen mögliche Zinsausfälle bzw. verminderte Kapitalrückzahlungen bei der Bewertung dieser Papiere berücksichtigt.

An Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden 4,2 Millionen Euro neu ausgeliehen. Tilgungen flossen in Höhe von 38,9 Millionen Euro zurück. Einzelwertberichtigungen bestehen in Höhe von 0,2 Millionen Euro.

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 786,5 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfielen 20,0 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zeroinserträgen. Die Zinsentwicklung im Geschäftsjahr wurde genutzt, die Duration im Zinsbestand zu verlängern und somit den längerfristigen Verpflichtungen auf der Passivseite geeigneter Rechnung zu tragen. Getilgt bzw. verkauft wurden 388,9 Millionen Euro. Es wurden Kursgewinne von 9,6 Millionen Euro und Kursverluste von 1,3 Millionen Euro erzielt.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,2 Prozent (Vorjahr: 4,2 Prozent).

Prozesse und Abläufe

In den vergangenen Jahren wurden die Systeme im Versicherungskerngeschäft sukzessiv weiterentwickelt. Der Außendienst ist nun in der Lage alle Verträge beim Kunden vor Ort einzusehen. Neuverträge können direkt beim Kunden erfasst werden. Als besonderer Service wird den Kunden seit April 2010 die gesonderte Dokumentation der Gesundheitsfragen angeboten. Bei Abschluss des Vertrags besteht – auf Wunsch des Kunden – die Möglichkeit, die persönlichen Informationen zur Gesundheit im Telefongespräch mit besonders geschulten Mitarbeitern des Innendienstes zu dokumentieren.

Mitarbeiter

Aufgrund der eingeleiteten Investitionen in die Prozess- und Anwendungslandschaft kam es im Geschäftsjahr zu einer Ausweitung des Personalbestands. Der Gesamt-Personalbestand (Brandkasse/Provinzial) betrug im Durchschnitt 1 611 (Vorjahr: 1 601) Mitarbeiterkapazitäten.

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der demografischen Entwicklung und der Entwicklung des Versicherungsmarkts gewinnt eine mittelfristig strategische Personalplanung zunehmend an Bedeutung. Der Grundprozess ist im Rahmen der Unternehmensplanung etabliert und verankert; die zukünftige Ausrichtung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Sinne eines Nachfolge-managements ist konzipiert.

Zukünftig wird die Personalplanung die Effekte aus strategischen Projekten mit der Unternehmensplanung stärker zusammenführen. Die Fluktuation von Mitarbeitern wird nach Verantwortungsbereichen und Funktionsgruppen analysiert und bewertet. Zur Hebung von Potentialen werden interne und externe Benchmarks noch intensiver genutzt. Ebenso werden strategische Einflussfaktoren auf die Personalplanung stärker berücksichtigt.

Die erste konzernweite Mitarbeiterbefragung wurde im zweiten Quartal durchgeführt. Das Engagement und Interesse aller Mitarbeiter an unserem Unternehmen drückt sich in der hohen Beteiligung von 80,5 Prozent aus. Insgesamt ist ein gutes Ergebnis erreicht worden. Abteilungsinterne Themen wurden ab August im Rahmen von Ergebnisworkshops bearbeitet. Zur nachhaltigen Bearbeitung der übergeordneten und strategischen Fragestellungen wurde ein Expertenteam aus allen Vorstandsressorts gebildet.

Im Jahr 2011 werden durch die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe zwei Abiturjahrgänge die Schule abschließen. Somit steht eine erhöhte Bewerberanzahl dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Um den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken, unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung nachzukommen und unser positives Image im Markt zu stärken, werden VGH und ivv im nächsten Jahr bis zu 28 Auszubildende und 6 Bachelor zusätzlich ausbilden.

Das Ideenmanagement der VGH möchte möglichst viele Mitarbeiter und Vertreter dazu motivieren, mit konstruktiven und kreativen Ideen zur fortlaufenden Verbesserung betrieblicher Prozesse und Leistungen beizutragen. Das neu entwickelte Ideenmanagement mit Prämien bis zu 15 000,00 Euro wird sehr gut von den Mitarbeitern angenommen. Insgesamt wurden 509 Ideen eingereicht.

Unter dem Programmnamen „Schiffbauer“ hat die VGH in den vergangenen Jahren ein Projekt initiiert, welches die übergreifende Vernetzung und das Zusammenspiel der Funktionsgruppen fördern soll. Nach dem die Leitungsebene in das Projekt eingebunden wurde, erfolgte im Geschäftsjahr die Erweiterung auf die Mitarbeiter. 150 Mitarbeiter aus allen Bereichen der Unternehmensgruppe haben dazu an drei 2-tägigen Veranstaltungen teilgenommen. In diesen Veranstaltungen ging es vorrangig um die übergreifende Vernetzung und das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Funktionsgruppen. Das Projekt „Schiffbauer“ hat 2010 beim Innovationspreis InnoWard der Versicherungswirtschaft in der Kategorie Personalentwicklung den zweiten Preis gewonnen. Die Jury hob insbesondere die partizipative Breite der Projektanlage hervor.

Zur Förderung der Wiederaufnahme nach dem Mutterschutz bietet die VGH Müttern und Vätern ab dem 1. Oktober 2008 die Möglichkeit zur Unterbringung ihrer Kinder in einer Kinderkrippe. Es stehen 7 Vollzeitplätze und 4 Sharingplätze zur Verfügung. Bislang konnten 17 Kinder von dem Angebot profitieren. Alternativ wird ab dem 1. Januar 2009 ein Zuschuss an Eltern gezahlt, die keinen Betreuungsplatz in einer von der VGH geförderten Krippeneinrichtung in Anspruch nehmen und ihr Kind in eine andere anerkannte Betreuungseinrichtung geben.

Im Geschäftsjahr erhielt die VGH für ein Gemeinschaftsprojekt mit drei anderen Unternehmen aus Hannover einen Sonderpreis für familienfreundliche Unternehmen. Der Sonderpreis wurde in der Kategorie „Kooperation“ für besonders kreative und innovative Arbeitsweltgestaltung verliehen. Die niedersächsische Sozialministerin würdigt damit die Zusammenarbeit der Unternehmen für die Durchführung einer Veranstaltungsreihe zu Betreuung und Pflege von Angehörigen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risikoorganisation

Der Vorstand der Provinzial hat eine Risikoorganisation etabliert, die sich durch die Einrichtung eines Risikokomitees und dezentraler Ausschussstrukturen kennzeichnet. Das übergeordnete Risikokomitee ist mit der zentralen Koordination und Steuerung der Risiken sowie den strategischen Risiken befasst. Bei seiner Arbeit wird es durch zwei Risikoausschüsse unterstützt. Diese bilden die Bereiche Kapitalanlage/Leben und die operationellen und Reputationsrisiken ab. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion überwacht laufend die Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung ihrer Risiken. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung untergliedert die Provinzial das Gesamtrisiko gemäß den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Reputationsrisiko
- Strategisches Risiko

Versicherungstechnisches Risiko

Die Begrenzung der versicherungstechnischen Risiken ist in der Lebensversicherung besonders wichtig. Den Risiken aus Zinsgarantien, biometrischen Risiken (z. B. Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität) und Storno wird durch Sicherheitszuschläge in den Kalkulationsgrundlagen Rechnung getragen. Bestimmte Risiken insbesondere aus der Berufsunfähigkeit werden darüber hinaus rückversichert.

Die niedrigen Renditen risikofreier Anlagen haben 2010 zu einem weiteren Anstieg von Einmalbeiträgen geführt. Für Produkte bei denen Risiken aus Zinsgarantien für das Unternehmen überwiegen und dem Kunden Arbitrageeffekte im Stornofall zu Gute kommen, wurden die vertrieblichen Anreize beschränkt und das Volumen kontingentiert. Einmalbeitragsgeschäft mit Vorsorgecharakter – wie sofort beginnende Renten, Basisrenten etc. – wurde ohne Änderung der Konditionen gezeichnet.

Zur dauerhaften Steuerung erfolgt ab 2011 eine Änderung der Überschussbeteiligung. Dabei erhalten anwartschaftliche Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag, die nach dem 31.12.2010 beginnen, einen in den ersten sieben Jahren gestaffelten Zinsüberschuss, der sich am aktuellen Kapitalmarktniveau orientiert.

Marktrisiko

Die Anlagestrategie der Provinzial orientiert sich strikt an den Verpflichtungen der Passivseite. Neben der dauerhaften Erfüllung der Garantien kommt der Erwirtschaftung einer marktgerechten Überschussbeteiligung im langfristig orientierten Geschäftsmodell der Lebensversicherung eine besondere Bedeutung zu. Für die Aktivseite der Provinzial werden daher im Sinne einer Portfolio-Separation zwei Aktiv-Portfolien abgeleitet:

- Replikationsportfolio (Zinsanlagen mit hoher Sicherheit),
- Risikoportfolio (weltweit diversifizierte Risikonahme).

Während das Replikationsportfolio sich bezüglich der Duration an der Zinssensitivität der Passivseite orientiert, erfolgt im Risikoportfolio die aktive Risikonaahme im Verhältnis zu dieser Zinssensitivität. Es ist davon auszugehen, dass es durch diese Aufstellung der Provinzial gelingt, das derzeitige Gewinnversprechen auch in einem länger andauernden Niedrigzinsszenario zu halten. Dies zeigen auch Ergebnisse aus Analysen der Verantwortlichen Aktuarin.

Die Provinzial sichert daher, neben den oben beschriebenen Risikosystemen, zusätzlich über langfristige Simulationen im Rahmen des Asset-Liability-Managements ab, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Auf Basis dieser Untersuchungen erfolgt auch die langfristige Liquiditätssteuerung.

Zur Begrenzung des Marktrisikos aus Kapitalanlagen wird laufend ein vom Vorstand verabschiedetes Risikokapital in jeder Risikoklasse bereitgestellt. Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis dieser Auslastungsanalyse über Risikonaahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Steuerung berücksichtigt neben der ökonomischen Risikodimension auch eine bilanzielle und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk orientierten Vorgehensweise. Diversifikation von Risiken findet ebenfalls Berücksichtigung.

Kreditrisiko

Außerhalb der Kapitalanlage bestehen Kreditrisiken im Wesentlichen bei Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern. Die Provinzial begegnet diesem Risiko mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens.

Sonstige Risiken

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung der Sichteinlagen aus fungiblen Anlagen vorsieht.

Für operationelle Risiken, strategische Risiken und das Reputationsrisiko sind Risikoausschüsse eingerichtet, die Maßnahmen auf eine Veränderung der entsprechenden Risikolage beraten und genehmigen müssen. Strukturelle Themen (z.B. Notfallplanung, Compliance Richtlinie, Kontrollsysteme) wurden im Berichtsjahr weiterentwickelt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Provinzial sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen der Fairness, Gegenseitigkeit, Regionalität und Verbundenheit und sichert damit die Chance auf zukünftige Erträge auch in Zeiten stärkeren Wettbewerbs. Zu unseren Werten zählen unsere unternehmerische Selbstständigkeit und Gemeinwohlorientierung. Wir setzen auf evolutionären Wandel und nachhaltiges Handeln im ökologischen, ökonomischen und sozialen Sinne.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, orientieren wir uns an folgenden Unternehmenszielen:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf die etablierten Vertriebspartner. Unsere Hauptvertriebswege, Vertretungen und Sparkassen, gewährleisten eine hohe Servicequalität vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkter modularer Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Die Optimierung der Geschäftsprozesse sichert ein geringes Kostenniveau und ermöglicht somit das Angebot eines guten Preis-Leistungs-Verhältnisses für die Kunden. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinien seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die Grundsätze des Corporate Governance Kodex.

Prognosebericht

Trotz der noch nicht überwundenen Finanzkrise wird sich der Aufschwung in der Realwirtschaft in 2011 fortsetzen. Nach einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 3,7 Prozent in 2010 wird für das laufende Jahr mit einem Wachstum von 2,2 Prozent gerechnet.

Die Arbeitslosigkeit ist zum Jahresende unter die 3 Millionen Marke gefallen. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt stetig zu. Diese Aufwärtstendenzen bieten Chancen für einen stabilen Wachstumspfad. Vor allem die Binnennachfrage und außenwirtschaftliche Impulse sind für diese Entwicklung verantwortlich.

Gesamtwirtschaftliche Risiken bestehen vor allem in der Außenwirtschaft, denn noch immer leiden viele Handelspartner Deutschlands unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine stärkere Inlandsnachfrage könnte die Unsicherheiten im Exportbereich erheblich mindern. Weitere Unsicherheiten resultieren insbesondere aus der Entwicklung der Staatsfinanzen im Euro-Raum.

Die Versicherer und ihre Kunden spüren die anhaltende Niedrigzinspolitik der Notenbanken. Die expansive Geldpolitik geht zu Lasten der Erträge aus Kapitalanlagen. Eine grundsätzliche Trendwende bei den Zinsen scheint nicht in Sicht zu sein. Die hohen Volatilitäten auf den Aktienmärkten werden sich in 2011 voraussichtlich fortsetzen.

In der Lebensversicherung rechnet der GDV insgesamt mit einem leichten Anstieg der Prämien, wobei diese Prognose erneut stark von der Entwicklung der Einmalbeiträge abhängt. Vor dem Hintergrund der anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen könnte das Einmalgeschäft erneut für eine positive Überraschung sorgen. Andererseits würde eine Trendwende auf den Kapitalmärkten die weitere Entwicklung des Einmalbeitragsgeschäfts stark beeinflussen.

Nach wie vor besteht in der deutschen Bevölkerung die dringende Notwendigkeit einer umfassenden eigenverantwortlichen Altersversorgung. Aufgrund der verbesserten Konjunkturentwicklung und der steigenden Haushaltseinkommen erwarten wir eine zunehmende Bereitschaft, die Altersvorsorge auszubauen.

Die Geschäftspolitik der Provinzial zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite und Liquiditätssicherung aus. Professionelle Risikosteuerung und solide Versicherungstechnik ergänzen diese Grundsätze. Die gegenüber anderen Anlageformen attraktivere laufende Verzinsung in Höhe von 4,1 Prozent wird das Neugeschäft unterstützen. Daher erwarten wir in 2011 und 2012 eine weitgehend stabile Entwicklung der laufenden Beitragseinnahmen. Das Geschäft mit Einmalbeiträgen wird einerseits von den Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt abhängen, andererseits durch die Solvabilitätsanforderungen der Provinzial gesteuert. Der gestaffelte Zinsüberschuss im Bereich der Einmalbeiträge wird den Aspekt der Altersvorsorge wesentlich unterstützen.

Im Bereich der Kapitalanlage gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der risiko- /ertragsorientierten Anlagestruktur bei der Provinzial von einer marktkonformen Nettoverzinsung aus. Das Volumen der verwalteten Altersvorsorgegelder unserer Kunden wird im Prognosezeitraum kontinuierlich ansteigen. Die Verwaltungskostenquote in Höhe von derzeit 1,7 Prozent wird weiterhin mit über einem Prozentpunkt unter dem Marktdurchschnitt liegen.

Insgesamt erwarten wir bei der Provinzial eine stabile Entwicklung der Ertrags- und Vermögenssituation in den Folgejahren.

Hannover, den 21. Februar 2011

Der Vorstand

Übrige Angaben

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2010

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
		Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	
		Tsd. €	Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente
			Tsd. €	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	851 185	506 960		25 555 286
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	65 367	25 637	231 107	1 953 506
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)		5 416	6 058	172 210
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				43 302
3. Übriger Zugang	366	342		10 969
4. Gesamter Zugang	65 733	31 395	237 165	2 179 987
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	2 632	1 436		52 398
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	27 769	16 055		953 118
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	27 274	19 835		798 569
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	3 637	1 251		188 929
5. Übriger Abgang	1 877	552		12 040
6. Gesamter Abgang	63 189	39 129		2 005 054
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	853 729	499 226		25 730 219

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähig- keits- und Pflege- rentenversicherungen) ohne sonstige Lebens- versicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versiche- rungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Versiche- rungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Versiche- rungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Versiche- rungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Versiche- rungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
372 327	297 271	119 638	51 873	245 691	141 727	4 716	5 016	108 813	11 073
5 333	2 775	11 535	5 661	26 296	15 871	360	384	21 843	946
	2 707		57		2 495		54		103
120	108	4	4	51	43			191	187
5 453	5 590	11 539	5 722	26 347	18 409	360	438	22 034	1 236
1 514	915	247	143	514	360	7	5	350	13
10 092	11 332	7 025	2 379	1 248	1 731		130	9 404	483
12 728	10 760	1 066	976	7 505	7 215	365	384	5 610	500
		3 629	1 251					8	
5	6	56	19	1 632	395			184	132
24 339	23 013	12 023	4 768	10 899	9 701	372	519	15 556	1 128
353 441	279 848	119 154	52 827	261 139	150 435	4 704	4 935	115 291	11 181

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen			
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe
		Tsd. €		Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	851 185	25 555 286	372 327	10 436 745
davon beitragsfrei	176 392	2 538 215	51 885	935 682
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	853 729	25 730 219	353 441	9 891 191
davon beitragsfrei	185 682	2 639 712	49 061	892 886

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall- Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe
		Tsd. €		Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	192 547	9 809 574	64 494	1 710 519
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	181 260	9 428 870	58 399	1 587 684

Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebens- versicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen		Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
119 638	6 739 956	245 691	7 164 240	4 716	131 258	108 813	1 083 087
4 333	56 342	24 323	758 717	330	6 195	95 521	781 279
119 154	6 853 425	261 139	7 759 463	4 704	132 085	115 291	1 094 055
4 581	62 900	29 631	873 298	377	7 079	102 032	803 549

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
119 365	7 952 423			8 688	146 632
114 813	7 703 740			8 048	137 446

Übrige Angaben

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach Altersvermögensgesetz

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 1 050 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Trägerversammlung am 23. März 2011 wird vorgeschlagen, den ausgewiesenen Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf das eingezahlte Trägerkapital von 15 Millionen Euro an die Träger zu verwenden.

Hannover, den 21. Februar 2011

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	2010			2009
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1 581 921	1 861 410
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		9 342 151		9 342 151
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1 122 584			611 292
2. Beteiligungen	120 830 208			123 695 358
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7 583 933	129 536 725		6 640 672
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	861 812 481			865 558 508
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	72 974 332			115 838 115
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	270 500 654			305 258 418
4. Sonstige Ausleihungen	5 770 639 088			5 375 009 501
5. Einlagen bei Kreditinstituten	63 000 000			66 500 000
6. Andere Kapitalanlagen	308 920	7 039 235 475	7 178 114 351	693 183
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			23 229 510	18 094 044
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	38 656 064			33 819 790
2. Versicherungsvermittler	1 549 297	40 205 361		1 407 468
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			0	5 139
III. Sonstige Forderungen		4 688 300	44 893 661	4 992 909
davon: an verbundene Unternehmen 7 533 (24 085) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		534 817		535 737
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		9 147 572		12 476 128
III. Andere Vermögensgegenstände		2 743 281	12 425 670	2 947 446
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		118 442 021		120 059 480
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		23 230 220	141 672 241	24 869 894
Summe der Aktivseite			7 401 917 354	7 090 216 643

Passivseite	2010			2009
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital				
1. Satzungsmäßiges Trägerkapital	60 000 000			60 000 000
2. davon ab: noch nicht eingefordertes Trägerkapital	45 000 000	15 000 000		45 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	20 000 000	26 000 000		15 500 000
IV. Bilanzgewinn		1 050 000	142 050 000	1 050 000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	44 621 242			46 778 171
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	8 716 845	35 904 397		9 262 382
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	6 477 443 323			6 192 225 388
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	178 585 785	6 298 857 538		180 995 573
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	32 311 993			37 370 869
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 780 517	29 531 476		2 297 168
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	540 139 193			528 294 294
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	540 139 193	6 904 432 604	0
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	22 335 174			17 532 449
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	22 335 174		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	894 336			561 595
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	894 336	23 229 510	0
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		52 022 753		48 631 660
II. Steuerrückstellungen		13 748 805		17 575 990
III. Sonstige Rückstellungen		13 414 584	79 186 142	10 286 038
Übertrag:			7 148 898 256	6 844 251 331

	2010			2009
	€	€	€	€
Übertrag:			7 148 898 256	6 844 251 331
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			187 302 630	190 257 956
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	40 363 570			33 870 164
2. Versicherungsvermittlern	2 176 918	42 540 488		2 634 215
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1 144 482		602 925
III. Sonstige Verbindlichkeiten		9 174 274	52 859 244	8 571 836
davon: aus Steuern 307 185 (593 460) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 427 400 (520 817) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 7 379 306 (5 225 737) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
G. Rechnungsabgrenzungsposten			10 954 495	10 028 216
H. Passive latente Steuern			1 902 729	0
Summe der Passivseite			7 401 917 354	7 090 216 643

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B II und C I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 10.1.2011 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 21. Februar 2011

Müller
Verantwortliche Aktuarin

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 22. Februar 2011

Dr. Plathe
Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	2010			2009
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	755 293 016			671 413 906
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 19 430 463	735 862 553		- 20 447 137
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	2 156 929			11 890 035
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 545 538	1 611 391	737 473 944	- 815 387
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			51 190 770	51 955 744
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €		4 955 759		3 017 273
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon: aus verbundenen Unternehmen 185 206 (174 560) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	710 140			755 294
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	298 372 530	299 082 670		293 005 853
c) Erträge aus Zuschreibungen		3 370 230		6 332 154
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		18 536 480	325 945 139	16 575 735
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			1 704 751	2 814 375
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			7 213 485	9 369 061
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 592 900 061			- 606 005 350
bb) Anteil der Rückversicherer	24 835 562	- 568 064 499		17 601 270
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	5 058 876			- 858 980
bb) Anteil der Rückversicherer	483 349	5 542 225	- 562 522 274	- 685 107
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 290 020 661			- 201 846 985
bb) Anteil der Rückversicherer	- 2 409 787	- 292 430 448		6 224 010
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 332 740	- 292 763 188	- 279 556
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			- 140 073 523	- 131 218 963
Übertrag:			128 169 104	128 797 245

			2010	2009
	€	€	€	€
Übertrag:			128 169 104	128 797 245
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	- 52 564 359			- 49 081 069
b) Verwaltungsaufwendungen	- 12 638 797	- 65 203 156		- 12 041 042
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		3 346 665	- 61 856 491	3 805 217
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 5 647 749		- 14 135 331
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		- 14 467 677		- 26 821 586
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		- 7 195 715	- 27 311 141	- 6 753 404
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			- 134	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 14 115 728	- 8 097 768
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			24 885 610	15 672 262
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		3 301 314		4 274 704
2. Sonstige Aufwendungen		- 15 114 403	- 11 813 089	- 13 731 193
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			13 072 521	6 215 773
4. Außerordentliche Aufwendungen		- 2 127 613		0
5. Außerordentliches Ergebnis			- 2 127 613	0
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 6 397 248		- 2 165 773
7. Sonstige Steuern		11 924	- 6 385 324	0
8. Jahresüberschuss			4 559 584	4 050 000
9. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			- 3 509 584	- 3 000 000
10. Bilanzgewinn			1 050 000	1 050 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

B. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zum Nennwert bilanziert.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen erfolgt die Bewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Abschreibungen werden vorgenommen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen sind zum Nennwert bzw. in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Die enthaltenen Nullkuponanleihen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind grundsätzlich zum Nominalwert bilanziert.

Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind in Höhe der Rückzahlungsbeträge angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen bilanzierten Wertpapiere sind zum Nennwert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen. Strukturierte Produkte werden gemäß IDW RS HFA 22 n. F. bilanziert und bewertet.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

- C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**
- Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.
- D. Forderungen**
- Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- Die noch nicht fälligen Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- E. Sonstige Vermögensgegenstände**
- Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks, des Kassenbestands sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem Nennbetrag.
- A. Eigenkapital**
- Die Ausstehenden Einlagen auf das Trägerkapital werden ab dem Berichtsjahr gemäß BilMoG nicht mehr auf der Aktivseite der Bilanz unter dem Posten Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital ausgewiesen, sondern im Eigenkapital passivisch vom satzungsmäßigen Trägerkapital abgesetzt. Durch die Umgliederung auch der Vorjahreswerte entfällt der Aktivposten ab dem Berichtsjahr.
- B. Versicherungstechnische Rückstellungen**
- Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Der koordinierte Ländererlass vom 9. 3. 1973 wird berücksichtigt.
- Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestands werden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafel 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme,
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Prozent der Jahresrente bzw. die Sterbetafel 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 5 Prozent der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafel DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 94 R, mit einem Rechnungszins von 4 Prozent als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestands liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 R und DAV 2004 R sowie ein Rechnungszins von 4 Prozent, 3,25 Prozent, 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent und ein Zillmersatz von 40 Promille der Beitragssumme zugrunde.

Die Ermittlung der Auffüllungsbeträge für Rentenversicherungen erfolgt auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens mit den Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 und dem jeweiligen Rechnungszins. Zusätzlich werden bei der Berechnung Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie Verwaltungskosten gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung.

Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e. V. (DGVMF), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVMF veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds und der Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 5,0 Prozent berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds und der Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven des Neubestands wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 5,0 Prozent berechnet.

Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert.

Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen sowie die übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen der fondsgebundenen Überschussanteile der AVmG-Verträge werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

D. Andere Rückstellungen

Die mitarbeiterbezogenen Rückstellungen für Pensionszusagen, Altersteilzeitverpflichtungen und zukünftige Jubiläumzahlungen wurden zum 1. 1. 2010 nach versicherungsmathematischen Grundlagen neu bewertet. Die Neubewertung erfolgte in Anwendung der geänderten Vorschriften im HGB (BilMoG). Die Berechnung der oben genannten Rückstellungen und der Beihilferückstellung erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren; zukünftige Gehalts- und Rentenanpassungen wurden mit 3,0 Prozent bzw. 2,5 und 1,0 Prozent pro Jahr berücksichtigt. Die „Richttafeln 2005 G“ nach Dr. Klaus Heubeck wurden – für die Pensions- und Beihilferückstellung mit einem Abschlag von 20 Prozent während des Rentenbezugs – angewendet. Den Berechnungen liegt der von der Bundesbank veröffentlichte Zinssatz von 5,15 Prozent für Verpflichtungen mit 15-jähriger Laufzeit zu Grunde.

Pensionsansprüche in Höhe von 523 Tausend Euro sind mit den Aktivwerten aus entsprechend abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen in gleicher Höhe verrechnet worden. Im Vorjahr erfolgte keine Saldierung.

Aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung zum 1.1.2010 ergibt sich ein Zuführungsbedarf. In Anwendung der Übergangsvorschriften wird eine Verteilung auf maximal 15 Jahre vorgenommen.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen berücksichtigt zur Abschätzung des Verpflichtungsumfangs die durchschnittlichen Beihilfezahlungen der vergangenen Jahre; eine Kostensteigerung von 2,5 Prozent pro Jahr erhöht den Verpflichtungsbetrag.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist. Eine Diskontierung wurde bei voraussichtlich mehr als einjähriger Laufzeit mit den von der Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen vorgenommen.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

F. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 Prozent.

G. Passive Latente Steuern

Steuerlatenzen aus unterschiedlichen steuer- und handelsbilanziellen Wertansätzen wurden unter Berücksichtigung des unternehmensindividuellen Steuersatzes in Höhe von 31,5 Prozent ermittelt. Die Gesamtdifferenzenbetrachtung ergab einen passivischen Überhang.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenkassamittelkursen des Bilanzstichtags bewertet. Ab dem 1.1.2010 erfolgte die Bilanzierung entsprechend der geänderten Vorschriften des HGB (BilMoG).

Erläuterungen zur Jahresbilanz

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst zum Bilanzstichtag zwei Grundstücke mit Erbbaurecht. Im Geschäftsjahr wurden keine Bauten selbst genutzt.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
VGH Projekt GmbH & Co. 1. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover	100,00	89	- 4
2. Beteiligungen			
VV Immobilien GmbH & Co. US City KG, München	22,22	90 276	- 18 147

In diesem Posten sind drei Beteiligungen enthalten, die mit einem Buchwert von insgesamt 25,6 Millionen Euro stille Lasten in Höhe von 1,9 Millionen Euro aufweisen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven in Höhe von 12,6 Millionen Euro gegenüber. Die stille Last ist voraussichtlich nicht von Dauer.

B III 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind zwei Inhaberschuldverschreibungen mit einem Bilanzwert von 25 016 Tausend Euro enthalten. Der Zeitwert beträgt 24 322 Tausend Euro. Bei den Emittenten handelt es sich um Unternehmen bester Bonität, daher wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Zur Absicherung von Marktrisiken wurde eine Futureabsicherung auf eine Bundesanleihe abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag weist dieses Geschäft eine stille Last in Höhe von 70 Tausend Euro aus, die durch eine Drohverlustrückstellung berücksichtigt ist.

Anteile an Investmentvermögen

Anlageziel	Buchwert	Marktwert	Ausschüttung
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Renten	330 604	330 604	9 311
Aktien, Immobilien	353 755	353 755	
Immobilien ¹⁾	109 847	113 946	4 525

¹⁾ Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2009		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1 861	518	0
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9 342	0	0
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	611	512	0
2. Beteiligungen	123 695	12 232	0
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6 641	2 536	0
Summe B II.	130 947	15 280	0
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	865 559	387 915	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	115 838	55 485	0
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	305 258	4 188	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	3 223 374	493 248	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 885 303	276 957	0
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	80 593	15 861	0
d) Übrige Ausleihungen	185 740	394	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	66 500	1 476 070	0
6. Andere Kapitalanlagen	693	412	0
Summe B III.	6 728 858	2 710 530	0
Summe B	6 869 147	2 725 810	0
Insgesamt	6 871 008	2 726 328	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wird grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2010.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/-veräußerung hergeleitet.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschrei-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
			2010	2010	2010	2010
0	0	797	1 582			
0	0	0	9 342	9 342	15 665	6 323
0	0	0	1 123	1 123	1 123	0
10 617	0	4 480	120 830	120 830	131 551	10 721
1 593	0	0	7 584	7 584	7 584	0
12 210	0	4 480	129 537	129 537	140 258	10 721
387 457	3 108	7 313	861 812	861 813	866 220	4 407
98 175	12	186	72 974	72 974	74 168	1 194
38 921	251	275	270 501	270 432	286 557	16 125
248 291	0	0	3 468 331	3 479 505	3 593 662	114 157
76 178	0	0	2 086 082	2 084 937	2 126 604	41 667
19 282	0	0	77 172	77 172	77 172	0
45 114	0	1 966	139 054	141 857	132 275	- 9 582
1 479 570	0	0	63 000	63 000	63 000	0
693	0	103	309	309	309	0
2 393 681	3 371	9 843	7 039 235	7 051 999	7 219 967	167 968
2 405 891	3 371	14 323	7 178 114	7 190 878	7 375 890	185 012
2 405 891	3 371	15 120	7 179 696	7 190 878	7 375 890	185 012

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

bungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch bzw. mit externen Dienstleistern.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs.2 und 3 RechVersV bewertet.

Für in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen:

	Tsd. €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	7 190 878
Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwerts	7 375 890
Saldo	185 012

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Bei 7 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um insgesamt 354 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. § 2 Absatz 1 Nr. 3e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert. Wir betreiben 12 Zwangsversteigerungsverfahren.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 268 426 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 247 546 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 75 920 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 73 193 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten Genussrechte. In den übrigen Ausleihungen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 8 850 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 7 877 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Aus der getrennten Bilanzierung eines Multitranchengenussscheins besteht eine passivierte Optionsprämie in Höhe von 50 Tausend Euro, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

B III 6. Andere Kapitalanlagen

In diesem Posten ist eine Option auf den US Dollar mit einem Buchwert von 309 Tausend Euro enthalten. Der Zeitwert entspricht dem Buchwert.

**C. Kapitalanlagen für
Rechnung und Risiko von
Inhabern von Lebens-
versicherungspolizen**

	Fondsanteile 2010	Bilanzwert 2010
	Anzahl	€
Der Anlagestock setzt sich zusammen aus:		
DekaStruktur: 2 Ertrag Plus	14 741,1	678 091
Wachstum	52 404,0	2 216 164
Chance	121 587,5	4 268 938
Chance Plus	100 183,3	3 142 750
DekaStruktur: 3 Ertrag Plus	15 332,3	731 962
Wachstum	41 532,8	1 969 484
Chance	18 539,0	821 648
Chance Plus	10 964,9	484 869
DekaStruktur: 4 Ertrag	3 208,8	153 380
ErtragPlus	8 265,6	407 245
Wachstum	40 859,9	2 199 898
Chance	43 289,9	2 565 358
ChancePlus	45 433,3	3 075 835
DekaStruktur: 5 Ertrag	2,7	281
ErtragPlus	8,5	919
Wachstum	802,8	94 516
Chance	44,8	5 584
ChancePlus	105,2	15 939
Deka-Zielfonds 2015–2019	144,4	6 274
2025–2029	352,5	15 553
2030–2034	388,1	18 300
2035–2039	64,6	2 252
2040–2044	78,8	2 740
2045–2049	53,2	1 849
2050–2054	113,8	3 863
Deka-ZielGarant 2010–2013	141,1	14 373
2018–2021	66,1	6 026
2022–2025	37,6	3 077
2026–2029	74,5	6 225
2030–2033	848,4	67 063
2034–2037	22,9	1 783
2038–2041	19,2	1 452
2042–2045	8,9	669
2046–2049	15,6	1 170
2050–2053	19,2	1 433
AriDeka	129,3	6 681
Deka-ConvergenceAktien CF	310,7	59 096
Deka-ConvergenceRenten CF	16,3	797
DekaFonds	289,8	20 891
Deka-GlobalChampions CF	59,9	5 734
DekaLux-GlobalRessources CF	260,8	24 771
DekaLux-MidCap TF A	1 152,0	55 470
DekaLux-Pazifik CF	17,6	8 648
Deka-MegaTrends CF	0,2	9
Deka-Rent-International	5,6	99
Franklin Mutual European Fund Class A (acc)	91,2	1 543
IFM AktienfondsSelect	9,1	566
JPM Europe Strategic Value A (dist) – EUR	128,3	1 431
Swisscanto (LU) Portfolio Fund Green Invest Equity A	508,2	46 777
Templeton Global Bond (Euro) Fund A (acc)	515,0	6 855
Templeton Growth (Euro) Fund A Acc	244,4	2 366
WestLB Mellon Compass Fund Global Emerging Markets Fund D Dis EUR	72,0	813
Insgesamt	523 565,7	23 229 510

DI 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 5 630 (7170) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 33 026 (26 650) Tausend Euro.

E III. Andere Vermögensgegenstände

Dieser Posten beinhaltet einen Steuererstattungsanspruch aufgrund aktueller Rechtsprechung in Höhe von 2 000 Tausend Euro.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen mit 15 171 (15 365) Tausend Euro, Schuldscheinforderungen in Höhe von 5 151 (5 569) Tausend Euro sowie übrige Ausleihungen 2 854 (3 802) Tausend Euro.

Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 117 216 (117 150) Tausend Euro und für Wertpapiere von 1 214 (2 904) Tausend Euro, die erst in 2011 fällig werden.

B IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	528 294	524 459
Entnahmen im Geschäftsjahr	– 128 229	– 127 384
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	140 074	131 219
Stand am Ende des Geschäftsjahres	540 139	528 294

Die in der Rückstellung enthaltenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Die Entnahmen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Von der Rückstellung Ende 2010 entfallen auf		
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	91 249	96 285
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	28 478	24 716
c) bereits festgelegt, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	11 128	9 539
d) bereits festgelegt, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an den Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	0	28
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	304	332
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach b) und e)	170 494	176 250
g) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	87 015	80 752
h) den ungebundenen Teil	151 471	140 393

Unsere Überschussbeteiligung für das Jahr 2011 ist auf den Seiten 130 bis 147 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung zum 1.1.2010 ergibt sich ein Zuführungsbedarf von 27 163 Tausend Euro. In Anwendung der Übergangsvorschriften wurde eine Zuführung in die Pensionsrückstellung von 1 811 Tausend Euro im außerordentlichen Aufwand vorgenommen. Damit verbleibt eine Differenz zwischen Buchwert und versicherungsmathematischem Zielwert von 25 352 Tausend Euro. Pensionsansprüche in Höhe von 523 Tausend Euro sind mit den Aktivwerten aus entsprechend abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen in gleicher Höhe verrechnet worden.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	4 093	3 560
Provisionen	3 761	3 758
Beihilfeverpflichtungen	2 410	0
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	1 206	1 122
Mitarbeiterjubiläen	755	568
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	512	536
Archivierung	465	560
IHK- und Berufsgenossenschaftsbeiträge	94	62
Risiken aus Termingeschäften	70	78
übrige Rückstellungen	49	42
Insgesamt	13 415	10 286

Für die Verpflichtungen aus Altersteilzeit und Mitarbeiterjubiläen erfolgte zum 1.1.2010 eine Neubewertung insbesondere unter Berücksichtigung der geänderten Vorschriften zur Anwendung des Diskontierungszinses und der Anpassung zukünftiger Gehalts- und Kostensteigerungen. Die Anpassung zum 1.1.2010 von 269 bzw. 47 Tausend Euro wird im Posten „außerordentlicher Aufwand“ ausgewiesen. Die zum Bilanzstichtag erstmalig vorgenommene Bilanzierung der Beihilferückstellung wurde als sonstiger Aufwand ausgewiesen.

Bei der Rückstellung für Archivierung erfolgte zum 1.1.2010 eine Neubewertung. Die vorgenommene Diskontierung führte zur Verminderung der Rückstellung in Höhe von insgesamt 117 Tausend Euro. Dieser Betrag wurde direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

F I 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 31 081 (24 185) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile sowie 2 312 (2 512) Tausend Euro noch nicht abgehobene Gewinnanteile.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 592 (655) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 10 362 (9373) Tausend Euro.

H. Passive latente Steuern

Die passive latente Steuer in Höhe von 1 903 Tausend Euro ergibt sich aus aktiven latenten Steuern insbesondere aus den mitarbeiterbezogenen Rückstellungen und passiven latenten Steuern aus Bewertungsunterschieden bei Kapitalanlagen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
laufende Beiträge	509 087	517 417
Einmalbeiträge	229 732	137 757
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	9 041	9 480
Einmalbeiträge	7 433	6 760
Selbst abgeschlossenes Geschäft	755 293	671 414
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	750 017	666 134
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	5 276	5 280

I 3. Erträge aus Kapitalanlagen / Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.

I 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

I 10 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

In diesem Posten sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 6 865 Tausend Euro enthalten. Diese Abschreibungen berücksichtigen im Wesentlichen die Marktentwicklung bei Beteiligungen in Höhe von 4 480 Tausend Euro und bei Genussrechten in Höhe von 1 966 Tausend Euro.

I 4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen

Der Ausweis betrifft nicht realisierte Gewinne in Höhe von 1 705 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag. Nicht realisierte Verluste ergaben sich nicht.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 6 280 (5 683) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen in Höhe von 130 Tausend Euro.

Aus der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven bestehen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 1 314 Tausend Euro für im Januar und Februar 2011 ablaufende Verträge. Die Auszahlung erfolgt als Direktgutschrift.

Gegenüber einer Versorgungsausgleichskasse besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Verbands öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbands übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei einem verbundenen Unternehmen, acht Beteiligungen sowie zwei Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von insgesamt 79 032 Tausend Euro.

Darüber hinaus besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer bzw. der Beteiligung PROTEKTOR Lebensversicherung-AG in Höhe von 67 157 Tausend Euro.

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag mit einem Nominalwertvolumen in Höhe von 165 000 Tausend Euro.

Aus der jederzeit möglichen Ausübung eines ausgesprochenen Andiehnungsrechts besteht die latente Verpflichtung einen Namensgenussschein von 5,0 Millionen Euro zu einem vorab festgelegten Zinssatz zu erwerben. Mit einer Ausübung wird derzeit nicht gerechnet.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 292. Hiervon entfallen im Innendienst 219 auf die Hauptverwaltung und 21 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 52 Mitarbeiter angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 796 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 228 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 34 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,6 Prozent.

Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 9 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 576 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 5 960 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 221 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 102 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 27 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,2 Prozent.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 218 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 10 Tausend Euro. Für Steuerberatungsleistungen beträgt der Aufwand 29 Tausend Euro und für sonstige Leistungen 3 Tausend Euro.

Die Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, wird als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 36 und 37 angegeben.

**Provisionen und sonstige
Bezüge der Versicherungs-
vertreter, Personal-
aufwendungen**

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	33 950	30 262
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	2 067	1 776
3. Löhne und Gehälter	19 510	18 811
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3 436	3 048
5. Aufwendungen für Altersversorgung	2 413	3 091
6. Aufwendungen insgesamt	61 376	56 988

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen und vorhandenen Bewertungsreserven werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2011 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Die für die nachfolgende Deklaration benötigten Mittel werden vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Eine Ausschüttung in Form der Direktgutschrift erfolgt nur für den Teil der Beteiligung an den Bewertungsreserven, der die Leistung aus der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven übersteigt.

Für das Jahr 2011 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 42, 68, 87, 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen

(außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile Am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 42 und 68	1,10 %
Tarifgruppe 87	0,60 %
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,60 %
mit 4,0 % Rechnungszins	0,10 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppen 42 und 68):

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2011 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risiko-

gewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2011 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %
Tarife auf verbundene Leben	30 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 42	
Normaltarif	2,00 ‰
Tarifgruppe 68	
Normaltarif	0,85 ‰
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	0,75 ‰
Verbundtarif	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Normaltarif	
Männertarife	0,70 ‰
Frauentarife	0,60 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,70 ‰
Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif:	
Männertarife	0,60 ‰
Frauentarife	0,50 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,60 ‰

Bei Versicherungen nach dem VermBG und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68 entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussverwendung und die Überschussanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68. Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV, Tarifgruppe 94, entsprechen denen der Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung

Entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung wird dieser jährliche Überschussanteil entweder in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet, verzinslich angesammelt, zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Todes- und Erlebensfall (Summenzuwachs) oder zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Erlebensfall (Erlebensfallbonus, nicht für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 möglich) verwendet. Summenzuwachs und Erlebensfallbonus sind ebenfalls gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt die Mindestversicherungssumme 5 000 EUR.

**b) Schlussüberschussanteile
und Sockelbeteiligung an
den Bewertungsreserven**

Für beitragspflichtige Versicherungen werden am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Tarifgruppen 42, 68 und 87:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Kündigung des Vertrags werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt, wenn

- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Summenzuwachs zusammen mit den Schlussüberschussanteilen und der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Erlebensfallsumme erreicht oder
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Tod (sofern für die laufenden Überschussanteile nicht der Erlebensfallbonus vereinbart wurde) oder Heirat (sofern mitversichert) werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in anteiliger Höhe fällig. Bei Kündigung oder Tod werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen auf verbundene Leben ist das Alter der jüngeren Person maßgebend) vollendet hat und die Restlaufzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 42	3,00 ‰
Tarifgruppen 68 und 87	1,25 ‰
Tarifgruppe 94	1,00 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,50 ‰
Tarifgruppe 2004	2,00 ‰

Tarifgruppe 2007 (außer Sterbegeldversicherungen)	3,50 ‰
Tarifgruppe 2008 (außer Sterbegeldversicherungen)	5,00 ‰
Sterbegeldversicherungen	2,00 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	120 ‰
Tarifgruppen 2000, 2002 und 2004	140 ‰
Tarifgruppe 2007	140 ‰
Tarifgruppe 2008	200 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven wird außer bei Tarifgruppe 2008 in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Für Tarifgruppe 2008 wird die Sockelbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung ermittelt. Der jeweilige Promille-/Prozentsatz beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 42	3,00 ‰
Tarifgruppen 68 und 87	1,25 ‰
Tarifgruppe 94	1,00 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,50 ‰
Tarifgruppe 2004	2,00 ‰
Tarifgruppe 2007	3,50 ‰
Tarifgruppe 2008	0,50 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	70 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	70 ‰
Tarifgruppe 2004	80 ‰
Tarifgruppe 2007	140 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG entfallen Schlussüberschusszuteilung und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

**c) Sonderleistung
im Todesfall**
(Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2011 wird für beitragspflichtige Versicherungen der Tarifgruppen 68 und 87 im Todesfall unter Einbeziehung der erreichten Todesfallleistung aus der Überschussbeteiligung ein Gewinnanteil von 10 % der vereinbarten Todesfallsumme gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt bei Vereinbarung von Barbezug oder Verrechnung der Überschussanteile mit den Beiträgen.

II. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 68	70 %
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	60 %
Bausparrisiko	60 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	45 %
Frauentarif	35 %
Tarif auf verbundene Leben	40 %
Bausparrisiko	60 %

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2011 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68	240 %
Tarifgruppe 87	180 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	120 %
Frauentarif	100 %
Tarif auf verbundene Leben	110 %

Für Versicherungen nach Tarifgruppe 2008 mit einer während der Vertragslaufzeit konstanten Versicherungssumme, die mindestens 38 000 EUR beträgt, erhöht sich der Überschussanteil für

Männertarife auf	160 %
Frauentarife auf	120 %
Tarife auf verbundene Leben auf	140 %

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2011 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68	
Normaltarif	240 %
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	180 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008, Normaltarif	
Männertarife	120 %
Frauentarife	100 %
Tarife auf verbundene Leben	110 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2008, Restkreditversicherungen	
Männertarife	70 %
Frauentarife	60 %

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppen- (Sterbegeld-)versicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 68	0,75 ‰
Tarifgruppe 87	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarife	0,50 ‰
Frauentarife	0,40 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,50 ‰

C. Renten- und Pensionsversicherungen

I. Tarifgruppe 42

1. Aufgeschobene Renten

a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	20 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	50 %
25.–29.	55 %
ab 30.	65 %

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,1 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2011 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007, 2008 und 2011

(ohne Versicherungen nach dem AVmG)

1. Laufende Überschussbeteiligung

Am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2011

in der Aufschub- und Rentenbezugszeit für

Tarifgruppen 87 und 94	0,60 %
Tarifgruppe 95	0,10 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %

in der Aufschubzeit für

Tarifgruppe 2005	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %
Tarifgruppe 2011	
am Ende des 1. Versicherungsjahres	0,75 %
am Ende des 2. Versicherungsjahres	0,90 %
am Ende des 3. Versicherungsjahres	1,05 %
am Ende des 4. Versicherungsjahres	1,25 %
am Ende des 5. Versicherungsjahres	1,45 %
am Ende des 6. Versicherungsjahres	1,65 %
ab dem 7. Versicherungsjahr	1,85 %

in der Rentenbezugszeit für

Tarifgruppe 2005	1,55 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2011	2,05 %

Darüber hinaus erhalten Rentenversicherungen mit Todesfallleistung Risiko- und Kostengewinne.

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007, 2008 und 2011 im Jahr 2011 für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kostengewinn

Er wird in Promille der vereinbarten Todesfallleistung für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2011 für

Normaltarif	
Männer	0,70 ‰
Frauen	0,60 ‰

Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif

Männertarife	0,60 ‰
Frauentarife	0,50 ‰

Die laufenden Überschussanteile werden während der Aufschubzeit entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, Erlebensfallbonus) verwendet, in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1 500 EUR betragen. Während der Rentenbezugszeit werden die laufenden Überschussanteile entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente bzw. zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet oder in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Für beitragspflichtige Versicherungen aller Tarifgruppen und für tariflich beitragsfreie Versicherungen der Tarifgruppen 2007, 2008 und 2011 werden am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit und bei Tod fällig. Bei Kündigung des Vertrags werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in vermindelter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007, 2008 und 2011:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewer-

tungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente bzw. ab Tarifgruppe 2004 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt. Er beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002	0,0 %
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰
Tarifgruppe 2005	3,0 ‰
Tarifgruppe 2007	
beitragspflichtige Versicherungen	4,5 ‰
beitragsfreie Versicherungen	2,5 ‰
Tarifgruppen 2008 und 2011	
beitragspflichtige Versicherungen	7,0 ‰
beitragsfreie Versicherungen	3,0 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87, 94 und 95	150 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	150 %
Tarifgruppe 2004	160 ‰
Tarifgruppe 2005	120 ‰
Tarifgruppe 2007	180 ‰
Tarifgruppen 2008 und 2011	280 ‰

der vereinbarten Jahresrente bzw. der garantierten Kapitalabfindung (ab Tarifgruppe 2004) erreicht sind.

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven wird außer für Tarifgruppen 2008 und 2011 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt.

Für Tarifgruppen 2008 und 2011 wird die Sockelbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung ermittelt. Der jeweilige Promille-/Prozentsatz beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002	0,0 ‰
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰
Tarifgruppe 2005	3,0 ‰
Tarifgruppe 2007	
beitragspflichtige Versicherungen	4,5 ‰
beitragsfreie Versicherungen	2,5 ‰
Tarifgruppen 2008 und 2011	
beitragspflichtige Versicherungen	0,50 %
beitragsfreie Versicherungen	0,25 %

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87, 94 und 95	80 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	80 ‰
Tarifgruppe 2004	80 ‰
Tarifgruppe 2005	120 ‰
Tarifgruppe 2007	180 ‰

der garantierten Kapitalabfindung erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG und Flexible FirmenRenten

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2011 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 2002	0,85 %
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %

Grundüberschuss

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 2002, 2004, 2007 und 2008	0,0 ‰
Tarifgruppen 2005 und 2006:	
PrämienRente, Normaltarif	0,9 ‰
PrämienRente, Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰
PrämienRente, Kollektivversicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰
PrämienRenteFonds	0,0 ‰
Flexible FirmenRente	0,0 ‰

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt (nur PrämienRente) werden, in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden (nur PrämienRente), zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, nur Flexible FirmenRente) verwendet werden oder bar ausgezahlt (nur Flexible FirmenRente) werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2011 beginnenden Versicherungsjahres (für Versicherungen nach dem AVmG) bzw. am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres (für Flexible FirmenRenten) wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2011 für Versicherungen nach dem AVmG für

Tarifgruppe 2002	0,85 %
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %
und für Flexible FirmenRenten für	
Tarifgruppe 2006	1,55 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,05 %

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase können Schlussüberschussanteile gewährt werden. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile bzw. Bonusrente) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2011 für

PrämienRente	
Tarifgruppen 2002, 2004, 2005, 2006, 2007 und 2008	16 %
PrämienRenteFonds	
Tarifgruppen 2007 und 2008	16 %
Flexible FirmenRente Normaltarif und Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	
Tarifgruppe 2005	50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	60 %
Kollektivversicherungen nach Sondertarif	
Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008	16 %

D. Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen, Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeitsversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2011 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2011 für

Eintrittsalter	Frauen	Männer
bis zu 39 Jahre	45 %	30 %
über 39 Jahre	30 %	15 %

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird.

Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2011 für

Eintrittsalter	Frauen	Männer
bis zu 39 Jahre	30 %	20 %
über 39 Jahre	20 %	10 %

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2011, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungsjahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 87 und 94 20 %

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 87 und 94 30 %

3. Tarifgruppen 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	55 %	45 %
B	45 %	35 %
C	20 %	10 %
D	15 %	5 %

b) Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	45 %	40 %
B	30 %	25 %
C	15 %	10 %
D	10 %	5 %

c) Erwerbsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	60 %	50 %
B	50 %	40 %
C	25 %	15 %
D	20 %	10 %

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2011 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68	1,10 %
Tarifgruppe 87	0,60 %
Tarifgruppe 94	0,10 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %

III. Laufende Barrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt des Leistungsfalles folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 68	1,10 %
Tarifgruppe 87	0,60 %
Tarifgruppe 94	0,10 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 68	1,10 %
Tarifgruppe 87	0,60 %
Tarifgruppe 94	0,10 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 68	1,10 %
Tarifgruppe 87	0,60 %
Tarifgruppe 94	0,10 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	1,85 %

F. Fondsgebundene Versicherungen

I. Fondsgebundene Lebensversicherungen und Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Aufschubzeit

1. Laufende Überschussanteile

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2011 für

Männertarife	30 %
Frauentarife	20 %

Kostengewinn

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt. Er beträgt 2011 für die

Tarifgruppen 2000, 2004, 2005	1,0 %
Tarifgruppen 2006, 2007, 2008 und 2009	0,0 %

Zinsgewinn

Fondsgebundene Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie erhalten zusätzlich einen Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals. Er beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppe 2006	1,35 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2009	1,85 %

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie der Tarifgruppe 2009 werden am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung werden in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung für beitragspflichtige Versicherungsjahre festgelegt. Der jeweilige Prozentsatz beträgt im Jahr 2011 für die

Schlussüberschussanteile	0,75 %
Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	0,25 %

II. Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit

Am Schluss des in 2011 endenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2011 für

Tarifgruppen 2000 und 2002	0,85 %
Tarifgruppe 2004	1,35 %
Tarifgruppen 2005 und 2006	1,55 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2009	2,05 %

Der laufende Überschussanteil wird zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfallleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2011 für

Versicherungen nach „Frauentarif“	10 %
sonst	20 %

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden (ausgenommen Rentenversicherungen Tarifgruppe 2011) ab dem 1.1.2011 mit einem Rechnungszins und einem Ansammlungsüberschussanteil von zusammen 4,1 % verzinst. Bei Rentenversicherungen der Tarifgruppe 2011 wird der Ansammlungsüberschussanteil analog dem Zinsgewinn gemäß C.II.1 gestaffelt.

I. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für kapitalbildende Versicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit erfolgt für den einzelnen Vertrag mit Hilfe einer Maßzahl, die die Entwicklung des Deckungskapitals und eines eventuell vorhandenen Ansammlungsguthabens des jeweiligen Vertrags berücksichtigt. Der individuelle Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven ergibt sich aus dem Verhältnis der Maßzahl des einzelnen Vertrags zur Summe der Maßzahlen aller anspruchsberechtigten Verträge.

Die individuelle Maßzahl und die Summe aller Maßzahlen werden jeweils mit den Vertragswerten zum 31. 12. eines Geschäftsjahres fortgeschrieben und haben eine Gültigkeit von 12 Monaten.

Die verteilungsfähigen Bewertungsreserven werden monatlich mit den Werten des ersten Börsentags im Monat ermittelt. Dabei sind für die Zuteilung bei vorzeitiger Vertragsbeendigung und im Leistungsfall die verteilungsfähigen Bewertungsreserven des Vormonats maßgeblich. Bei planmäßiger Vertragsbeendigung (Ablauf der Versicherungsdauer bzw. Ablauf der Aufschubzeit) sind die verteilungsfähigen Bewertungsreserven maßgeblich, die zwei Monate vor dem Beendigungstermin festgestellt wurden.

Sofern für den jeweiligen Vertrag eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven festgelegt wurde, wird die Leistung aus der Sockelbeteiligung auf den individuellen Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven angerechnet.

Kapitalbildende Rentenversicherungen im Rentenbezug werden in Form einer widerruflichen, nicht garantierten Schlussüberschussrente an den Bewertungsreserven beteiligt. Die nicht garantierte Schlussüberschussrente kann am Ende eines Rentenbezugsjahres gebildet bzw. erhöht werden. Die Erhöhung wird mit Hilfe eines fiktiven Zinsüberschusses, der in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals festgelegt wird, und den für die Bilanzierung maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ermittelt. Der fiktive Zinsüberschuss beträgt im Jahr 2011 für

alle Tarifgruppen	0,00 %
-------------------	--------

J. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt.

	Tarifwerk	Rechnungszins	für das Neugeschäft geöffnet
zu A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen	42 ¹⁾	3,00 % ²⁾	bis 1968
	68	3,00 %	1968 – 1987
	87	3,50 %	1987 – 1994
	94	4,00 % ³⁾	1995 – Juni 2000
	2000	3,25 %	Juli 2000 – September 2001
	2002	3,25 %	Oktober 2001 – Dezember 2003
	2004	2,75 %	Januar 2004 – Dezember 2006
	2007	2,25 %	2007
	2008	2,25 %	ab Januar 2008
zu C. Renten- und Pensionsversicherungen	42	3,00 %	bis 1992
	87	3,50 %	1992 – 1994
	94	3,50 %	Januar 1995 – August 1995
	95	4,00 %	September 1995 – Juni 2000
	2000	3,25 %	Juli 2000 – September 2001
	2002	3,25 %	Oktober 2001 – Dezember 2003
	2004	2,75 %	Januar 2004 – November 2004
	2005	2,75 %	November 2004 – Dezember 2006
	2006 ⁴⁾	2,75 %	2006
	2007	2,25 %	2007
	2008	2,25 %	ab Januar 2008
zu D. Selbstständige Berufsunfähig- keitsversicherungen, Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits- versicherungen	68	3,00 %	bis 1993
	87	3,50 %	1993 – 1994
	94	4,00 %	1995 – Juni 2000
	2000	3,25 %	Juli 2000 – September 2001
	2002	3,25 %	Oktober 2001 – Dezember 2003
	2004	2,75 %	Januar 2004 – Dezember 2006
	2007	2,25 %	2007
	2008	2,25 %	ab Januar 2008
zu F. Fondsgebundene Versicherungen	2006	2,75 %	2006
	2007	2,25 %	2007
	2008	2,25 %	Januar 2008 – August 2008
	2009	2,25 %	ab August 2008

¹⁾ Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen.

²⁾ Bis auf wenige Ausnahmen.

³⁾ Bis auf wenige Ausnahmen u.a. Tarif AHV, Bausparrisikoversicherungen: 3,5 %.

⁴⁾ Für Verträge nach dem AVmG.

zu A. I.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 setzt sich zusammen aus dem positiven gezillerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettjahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigende Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C. II.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007, 2008 und 2011 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven gezillerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer

vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2005, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet.

Die gewinnberechtigende Summe der bisher gezahlten Beiträge für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet. Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres für Versicherungen nach dem AVmG bzw. am Ende des Versicherungsjahres für Flexible FirmenRenten.

zu D. I.

Der gewinnberechtigende Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.

zu D. II. und D. IV.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu E.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu F. I.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie nach den Tarifgruppen 2006, 2007, 2008 und 2009 wird in der Aufschubzeit aus den anteiligen Deckungskapitalen für die Beitragserhaltungsgarantie jeweils zum Monatsende abgeleitet.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherung während der Rentenbezugszeit setzt sich aus dem Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils am Ende des Versicherungsjahres zusammen.

Hannover, den 21. Februar 2011

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Kasten

Herdecke

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Provinzial Lebensversicherung Hannover. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 25. Februar 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ellenbürger
Wirtschaftsprüfer

Busch
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2011, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2011 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. In diesem Zusammenhang lag ein Schwerpunkt der Berichterstattung auf der Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse und der Optimierung der EDV-Unterstützung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit den erweiterten gesetzlichen Anforderungen an das Vergütungssystem für den Vorstand befasst.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Er wurde laufend über das Kapitalanlagemanagement unterrichtet. Des Weiteren waren die Kapitalanlagestrategie sowie verschiedene Maßnahmen ausgewählter Asset-Klassen Gegenstand der Diskussion.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2010. Darüber hinaus bildete die Vertriebsintensivierung im Versicherungsgeschäft mit den Sparkassen einen Schwerpunkt der Erörterung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr dreimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses. Darüber hinaus erörterten die Mitglieder zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement sowie die Aufgaben und Prüfungsergebnisse der internen Revision.

Über die aktuelle Risikosituation des Gesamtunternehmens wurde regelmäßig informiert. Der Risikobericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover war Gegenstand seiner Arbeit.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde ferner der Diskussionsstand zur Einführung von Solvency II sowie die bisherigen Umsetzungsschritte dargestellt und erörtert.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Die Verantwortliche Aktuarin hat in der Bilanzsitzung die wesentlichen Ergebnisse ihres Erläuterungsberichts zu den Geschäftsplänen, Rechnungsgrundlagen und der mittelfristigen Solvabilitätsentwicklung vorgetragen sowie Fragen aus dem Gremium beantwortet. Der Aufsichtsrat schließt sich den Aussagen und der Bestätigung der Aktuarin an.

Der Aufsichtsrat bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinien seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die Grundsätze des Corporate Governance Kodex.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 21. März 2011

v. Lenthe
Vorsitzender

Geschäftsentwicklung

**Provinzial Lebens-
versicherung Hannover,
gegründet im Jahre 1918
durch Beschluss des
Hannoverschen
Provinzial-Landtags**

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Satzungsmäßi- ges Trägerkapi- tal und offene Rücklagen	Lebens- versiche- rungsbestand
	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910
2003	640 656	611 942	5 832 779	171 000	24 289 775
2004	621 806	596 876	5 946 472	171 000	25 256 340
2005	629 589	602 849	6 133 634	173 000	25 288 161
2006	618 834	592 789	6 330 595	176 000	25 462 586
2007	628 715	599 867	6 459 342	178 500	25 481 365
2008	636 007	614 021	6 440 000	178 500	25 421 856
2009	723 370	702 923	6 630 208	181 500	25 555 286
2010	806 484	787 053	6 927 662	186 000	25 730 219

Währungseinheiten:
1924–1948 Reichsmark
1949–2000 Deutsche Mark
ab 2001 Euro

Bis 1983 zeichnete die Provinzial das HUK-Geschäft. Zum 1.1.1984 erfolgte eine Bestandsübertragung auf die Brandkasse.



Kleiner Beitrag, große Wirkung

Klima- und Umweltschutz wird bei der VGH gelebt. In Lüneburg haben Mitarbeiter Energiesparmöglichkeiten für die dortige Regionaldirektion aufgedeckt.

Es sind Kleinigkeiten, die Roman Günther von der Regionaldirektion Lüneburg aufgefallen sind. „In der Summe können aber auch sie etwas bewegen“, sagt der 38-Jährige. Mehr als ein halbes Dutzend Ideen zu Energie- und Wassereinsparung hat der Mitarbeiter der Regionaldirektion Lüneburg gesammelt und wie seine Kollegen auf einen Ideenbaum in der Cafeteria gepinnt.

Die Regionaldirektion ist seit März 2010 als ÖKOPROFIT-Betrieb zertifiziert. Beim Ökologischen Projekt für Integrierte Umwelt-Technik suchen Kommunen und Unternehmen gemeinsam nach Möglichkeiten, mit Energie und Ressourcen sparsamer umzugehen. Mit dem Ideenbaum hat die Regionaldirektion bei diesem Vorhaben auch ihre Mitarbeiter ins Boot geholt.

42 Vorschläge sind mithilfe des Baums zusammengekommen. „Was umsetzbar war, haben wir gleich umgesetzt“, sagt Projektkoordinator Christian Stehr. Allein durch eine strikte Mülltrennung am Platz der Mitarbeiter konnte ein kompletter Restmüllbehälter eingespart werden. Kostenreduktion: 3 000 Euro jährlich.

Drei Kollegen wurden für ihre Ideen mit einer Ballonfahrt geehrt. Ann-Katrin Rodin war die Urheberin der Mülltrennungsidee. Stephan Fedders schlug vor, Kopierpapier beidseitig zu nutzen und nicht nur eine Seite zu bedrucken. Auch regte er die Anschaffung von Urinalen an, die ohne Wasser funktionieren. Roman Günthers Idee: Zeitschaltuhren oder Bewegungsmelder einzusetzen, damit nicht ständig das Licht brennt, obwohl sich niemand in einem Raum aufhält. „Das sind alles Sachen, über die ich nicht lange nachdenken musste“, sagt Roman Günther. Sinnvoll mit Energie umzugehen, ist für die Kollegen der Regionaldirektion Lüneburg eben eine Selbstverständlichkeit.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Erholungstendenzen im weltwirtschaftlichen Umfeld deutlich verstärkt. Die konjunkturelle Erholung wurde durch die eingeleiteten Unterstützungsprogramme und die Niedrigzinspolitik der Notenbanken erheblich gestützt. Deutschland konnte das Bruttoinlandsprodukt um gut 3,5 Prozent steigern (Vorjahr: –5,0 Prozent) und erzielte damit im Vergleich mit anderen europäischen Volkswirtschaften ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Hierzu trugen maßgeblich die Exporte bei. Die Entwicklung des Preisniveaus mit einer Inflationsrate von 1,7 Prozent und die erfreuliche Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt begünstigten auch zunehmend die Binnenkonjunktur.

Die Stabilität des Finanzsystems hat vor dem Hintergrund der Eurokrise und der in vielen Ländern ausufernden Staatsschulden nicht weiter zugenommen, so dass an den Finanzmärkten nicht von einer gesicherten und nachhaltigen Erholung gesprochen werden kann. Die Aktienmärkte tendierten weiterhin uneinheitlich. Zwar erholten sich die entsprechenden Indizes im Laufe des Jahres deutlich, die Eurokrise im Frühjahr 2010 führte aber auch zu Rückschlägen. Im letzten Quartal stieg der DAX hingegen stark an.

Massiv unter Druck zeigte sich das Niveau der Renditen langfristiger Staatsanleihen, die im Jahresverlauf auf bis zu 2,12 Prozent für 10-jährige Bundesanleihen fielen. Das Zinsniveau blieb vor allem aufgrund der Zinspolitik der Notenbanken historisch niedrig.

Die Versicherungsbranche konnte sich im Geschäftsjahr 2010 stabil weiterentwickeln. Die Versicherungsnachfrage blieb weitgehend unbeeinflusst von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Die deutsche Versicherungswirtschaft erreichte insgesamt ein Beitragswachstum von 4,7 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent). Für das Berichtsjahr wird in der privaten Krankenversicherung (PKV) mit einer Steigerung der Beitragseinnahmen von 6,0 Prozent (Vorjahr: 3,75 Prozent) gerechnet. Damit zählt die PKV nach wie vor zu den wachsenden und zukunftsfähigen Sparten der deutschen Assekuranz.*

Die Geschäftsentwicklung in der PKV wird insbesondere durch die politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Die Gesundheitsreformen der letzten Jahre führten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) tendenziell zu fortschreitenden Leistungseinschränkungen bei gleichwohl steigenden Beitragssätzen. In den vergangenen Jahren waren auch auf Seiten der PKV Beitragsanpassungen notwendig. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere Kostensteigerungen bedingt durch den medizinischen Fortschritt sowie die demografische Entwicklung. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft führt zu einer vermehrten Inanspruchnahme medizinischer Leistungen und hat höhere Ausgaben im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung sowie der Arzneimittel zur Folge. Im Gegensatz zu den fortwährenden Leistungskürzungen in der GKV bietet die PKV ihren Kunden allerdings einen unkündbaren Leistungskatalog auf hohem Niveau. Steigende Ausgaben der privaten Krankenversicherung für die fixierten Leistungen bedingen aber sukzessive Beitragsanpassungen. Insgesamt betrach-

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

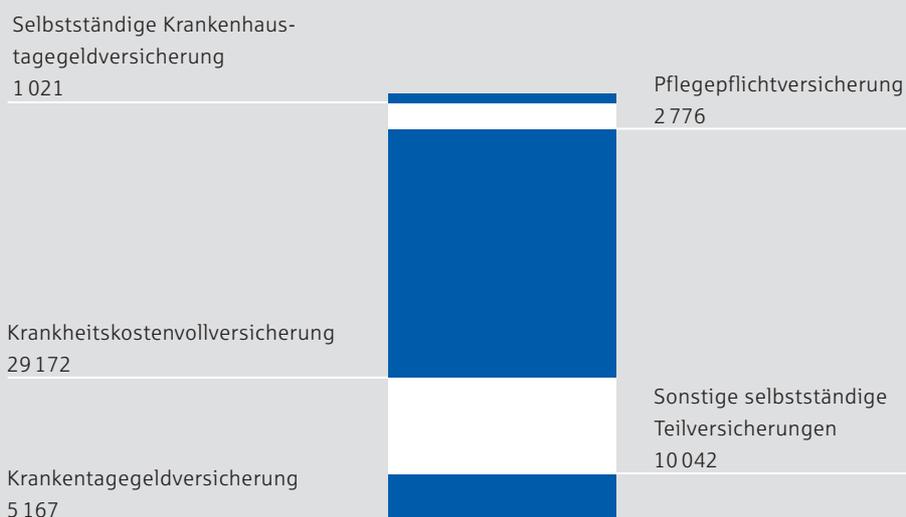
tet konnte die PKV ihr stetiges Wachstum an Vollkostenversicherungen im Betrachtungsjahr weiter ausbauen. Im 1. Halbjahr 2010 verzeichnete sie einen Zugang an privat Vollversicherten von 44 500 Personen auf insgesamt 8,86 Millionen Versicherte. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fiel der Zuwachs hingegen deutlich geringer aus (1. Halbjahr 2009: + 98 800 Vollversicherte). Der starke Nettoneuzugang im 1. Halbjahr 2009 ist jedoch auf Einmaleffekte wie z. B. die Einführung der Versicherungspflicht zum 1. Januar 2009 zurückzuführen.

Die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG (Provinzial Kranken) hat ein gutes Geschäftsergebnis erzielt. Das Neugeschäft in der Vollkostenversicherung wurde auch 2010 durch die Zugangsbeschränkungen zur PKV, die im Rahmen der Gesundheitsreform 2007 beschlossen wurden, belastet. Die Steigerungsraten im Neugeschäft der Zusatzversicherung sind hingegen erfreulich. Die höhere Stückzahl bei den Zusatzversicherungen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Neugeschäftspotenzial durch die Gesundheitspolitik nach wie vor negativ beeinflusst wurde. Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wird die Jahresarbeitsentgeltgrenze auf 49 500 Euro herabgesetzt und das Drei-Jahres-Moratorium durch eine lediglich einjährige Wartezeit ersetzt. Der Zugang zur PKV wird damit erleichtert, so dass zukünftig (wieder) stärker steigende Nettoneuzugänge zu erwarten sind.

Die Provinzial Kranken ist in ihrem Tätigkeitsgebiet begrenzt auf die Bundesländer Niedersachsen und Bremen. Der Provinzial Kranken werden im Wesentlichen Versicherungsverträge über die Außendienstorganisation der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und der Provinzial Lebensversicherung Hannover (VGH Versicherungen) sowie über die niedersächsischen Sparkassen vermittelt. Das Tarifwerk umfasst die gängigen Tarife für die in Frage kommenden Berufsgruppen und deren Angehörige:

Gebuchte Bruttobeiträge nach Tarifgruppen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft

in Tsd. €



- Krankheitskostenversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Selbstständige Krankenhaustagegeldversicherung
- Sonstige selbstständige Teilversicherungen
- Pflegepflichtversicherung

Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die Provinzial Kranken ein positives Gesamtergebnis. Sie erwirtschaftete einen Überschuss vor Zuführung zur Rückstellung zur erfolgsabhängigen Beitragsrückerstattung und vor Einkommen- und Ertragssteuern in Höhe von 6,8 Millionen Euro (Vorjahr: 3,8 Millionen Euro). Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog lag bei 13,9 Prozent. Diese Quote ist aufgrund der Schadenentwicklung im Vergleich zum Vorjahr (8,0 Prozent) deutlich angestiegen.

Hervorragende Ratingergebnisse

Die Bedeutung von Bewertungen und Beurteilungen unabhängiger Rating-Gesellschaften nimmt fortwährend zu. Dem Verbraucher dienen Vergleiche verschiedener Anbieter als Unterstützung bei der Wahl des richtigen Versicherers. Mit überzeugenden Ergebnissen bei seriösen Marktvergleichen konnte die Provinzial Kranken auch im Jahr 2010 überzeugen.

„Map-Report 2010“

Die Provinzial Kranken ist im Geschäftsjahr 2010 zum zweiten Mal im Kreis der etablierten privaten Krankenversicherer des Finanz- und Wirtschaftsdienstes map-report bewertet worden. Auch im Berichtsjahr konnte sie ein „mm-Rating“ erzielen und damit das „sehr gute“ Vorjahresergebnis wiederholen. Im Gesamtranking wird die Provinzial Kranken als vierbester privater Krankenversicherer aufgeführt. Darüber hinaus ist es ihr gelungen, den Abstand zum Dritt- sowie Zweitplatzierten deutlich zu verringern. Zentrale Aspekte der Bewertung stellen die Bilanzkennzahlen, die Servicequalität sowie die Beitragsstabilität bei Krankenvoll- und Zusatzversicherungen dar.

„Morgen & Morgen KV-Bilanztest“

Wie bereits im Vorjahr hat die Provinzial Kranken auch in 2010 im Morgen & Morgen (M&M) KV-Bilanztest die maximale Punktzahl und damit die Kategorie „ausgezeichnet“ erreicht. Bewertet wurden in diesem Rating fünf wesentliche Bilanzkennzahlen – die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote, die Verwaltungskostenquote, die Sicherheitsquote, die Wachstumsrate natürlicher Personen in der Vollversicherung sowie die Nettoverzinsung. Die Provinzial Kranken erfüllte die Anforderungen in allen Bereichen uneingeschränkt und zählt somit zur Spitzengruppe des Ratings. Mit diesem Ergebnis gehört die Provinzial Kranken zu den besten Anbietern bundesweit.

Produktratings

Neben den Unternehmensratings konnte die Provinzial Kranken auch in verschiedenen Produktratings, insbesondere bei der Pflagegeldversicherung, wie

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

auch schon in den vergangenen Jahren, in 2010 überzeugen: Stiftung Warentest zeichnete den Pflorgetagegeldtarif (PTG) zum wiederholten Mal mit dem Qualitätsurteil „gut (1,9)“ für Frauen aus (Ausgabe Finanztest 2/2011). Im Marktvergleich erzielt die Provinzial Kranken damit bei Frauen den zweiten Platz und zählt zu den besten Anbietern im Markt. Bei den Männern liegt der PTG ebenfalls in der oberen Hälfte aller getesteten Tarife.

Neugeschäftsentwicklung

Die Jahre 2008 und 2009 waren geprägt durch Unsicherheiten der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie durch anstehende gesundheitspolitische Neuausrichtungen. In 2010 haben sich die Konjunkturprognosen deutlich erhöht und auch die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen gefestigt.

Die Provinzial Kranken konnte im Geschäftsjahr 2010 eine Neugeschäftsproduktion in Höhe von 390 Tausend Euro erzielen. Zum Jahresende konnten eine Vielzahl neuer Kunden gewonnen werden. Hauptgrund für eine gute Entwicklung zum Jahreswechsel war die Abschaffung der Drei-Jahres-Wechselfrist für Angestellte und die Herabsetzung der Jahresarbeitsentgeltgrenze zum 1. Januar 2011.

Insgesamt haben sich 13 514 neue versicherte Personen bis zum Jahresende für eine Krankenversicherung bei der Provinzial Kranken entschieden und dem Krankenversicherer damit ihr Vertrauen geschenkt – davon 1 309 Personen für eine Vollversicherung. Eine Zusatzversicherung bei der Provinzial Kranken haben 12 205 neue versicherte Personen abgeschlossen.

Beitrags- und Bestandsentwicklung

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im Geschäftsjahr 2010 auf 48,2 Millionen Euro (Vorjahr: 43,9 Millionen Euro). Davon erreichten die Beiträge für die Vollversicherung 29,2 Millionen Euro, dies entspricht einem Anteil von 60,6 Prozent an den Gesamtbeiträgen. Im Bereich der Zusatzversicherungen beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 16,2 Millionen Euro. Die Monatsbeiträge (Januar – Dezember 2010) konnten um 11,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 4,2 Millionen Euro gesteigert werden.

Insgesamt konnte der Versichertenbestand weiter ausgebaut werden. Zum Bilanzstichtag haben 142 315 versicherte Personen der Provinzial Kranken ihr Vertrauen geschenkt. Damit erreicht der Krankenversicherer eine Steigerung des Versicherungsbestandes von 4,3 Prozent, wobei die Anzahl der vollversicherten Personen um 5,0 Prozent auf 13 752 zugenommen hat. Die Anzahl der zusätzlich versicherten Personen wuchs auf 128 563. Dies entspricht einem Plus von 4,2 Prozent. Das Unternehmen versichert zusammen mit den bei der Provinzial Kranken pflegepflichtversicherten Personen über die Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der Pflegeversicherung (GPV) als Mitversicherer zum Ende des Geschäftsjahres 14 910 Personen in der privaten Pflegeversicherung.

Der fortwährende Zugang neuer versicherter Personen, eine im Marktvergleich hohe Beitragsstabilität sowie eine niedrige Stornoquote sind maßgebliche Faktoren dieser positiven Entwicklung.

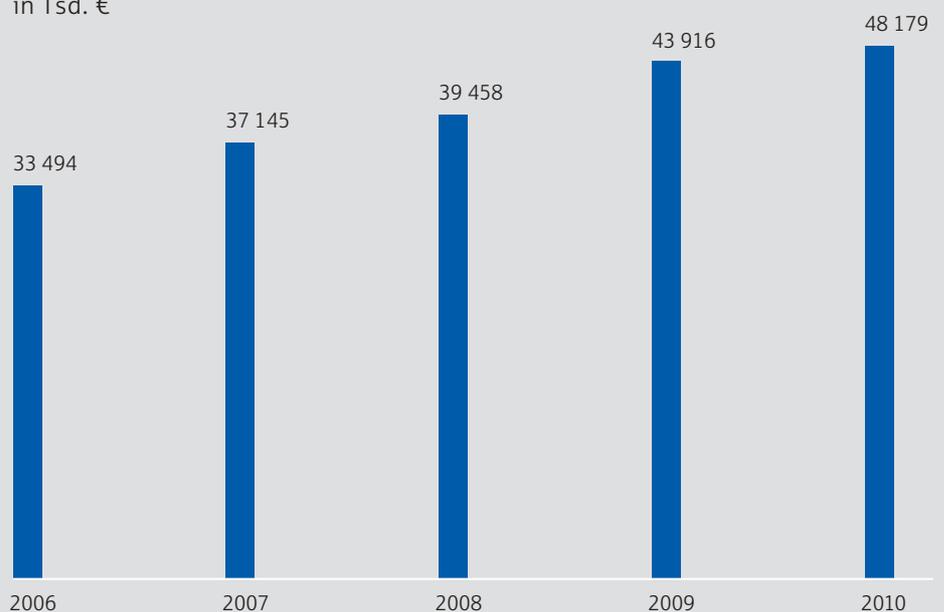
Beitragsanpassung und -rückerstattung

Im Rahmen der Beitragsanpassungen zum 1. Januar 2010 ergaben sich Änderungen sowohl bei den Neugeschäftsbeiträgen als auch bei den Bestandsbeiträgen in den Vollkostentarifen, den Beihilfetarifen sowie bei den Tarifen PTG, SKG und KHT. Die Gründe für die Anpassungen betrafen größtenteils den gesamten Markt. Neben den allgemeinen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen wurde als Rechnungsgrundlage die Sterbetafel PKV 2010 mit einer höheren Lebenserwartung zu Grunde gelegt. Zusätzlich wirken sich die eingeführten Gesetzesänderungen der Gesundheitsreform 2007 maßgeblich aus. Die Einführung des Basistarifs, die Portabilität der Alterungsrückstellungen sowie die Einschränkung der Kündigungsrechte des Versicherers bei Beitragsverzug führten zu erhöhten Kosten, die vom gesamten Versichertenbestand zu tragen sind. Ferner wurde zum 1. Januar 2010 aufgrund einer Erhöhung des Leistungskatalogs der privaten Pflegepflichtversicherung und damit einhergehenden Kostensteigerungen auch eine Anpassung im Bereich der Pflegepflichtversicherung notwendig.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden zur Abmilderung notwendig gewordener Beitragsanpassungen insgesamt Einmalbeiträge in Höhe von 3,1 Millionen Euro für unsere Kunden entnommen. 0,8 Millionen Euro wurden an Versicherte ausgezahlt, die leistungsfrei geblieben sind. Dabei handelt es sich um eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung, mit der das Unternehmen seine Kunden an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Mit der Rückerstattung von Beiträgen werden Eigenverantwortlichkeit und gesundheitsbewusstes Verhalten der Kunden belohnt.

Gebuchte Bruttobeiträge

in Tsd. €



Aufgrund der langfristig zu beobachtenden allgemeinen Marktentwicklung, Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und einer höheren Inanspruchnahme von Krankenversicherungsleistungen werden für die private Krankenversicherungsbranche weitere Beitragsanpassungen notwendig. Die Abweichung der kalkulierten von den erforderlichen Leistungen machen auch bei der Provinzial Kranken zum 1. Januar 2011 für Neugeschäft und Bestand eine Beitragsanpassung erforderlich. Die Erhöhung trifft in erster Linie die Vollkostenversicherten. Etwa 20 000 Zusatzversicherte erhalten eine Beitragssenkung.

Leistungen

Die Krankheitskosten steigen seit längerem kontinuierlich und deutlich schneller als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Das Frühwarnsystem des PKV-Verbandes sieht die Ausgabensteigerungen nicht mehr in speziellen Behandlungsbereichen, sondern branchenweit in allen Segmenten der privaten Krankenversicherung. Die Leistungsausgaben liegen (einschließlich GPV-Anteil) bei 20,2 Millionen Euro (+ 8,9 Prozent gegenüber Vorjahr). Im Jahr 2009 wurde ein Zuwachs von 18,4 Prozent verzeichnet. Um den branchenweit steigenden Leistungsausgaben entgegenzuwirken, wurde Anfang 2011 das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes eingeführt. Demnach gelten ab 2011 die gesetzlich eingeführten Arzneimittelrabatte auch für Privatversicherte.

Der ambulante Bereich hat einen Anteil von 43,1 Prozent an den gesamten Leistungsausgaben der Provinzial Kranken, 24,8 Prozent entfielen auf den stationären Bereich, Zahnbehandlung und Zahnersatz haben einen Anteil von 16,5 Prozent, gefolgt vom Krankentagegeld mit 13,5 Prozent, dem Krankenhaustagegeld mit 1,8 Prozent und der Pflegeversicherung mit 0,3 Prozent.

Die nach PKV-Kennzahlenkatalog ermittelte Schadenquote beträgt 73,7 Prozent (Vorjahr: 77,8 Prozent). Bestandteile sind die Erstattungsleistungen und die Zuführung zur Alterungs- und Schadenrückstellung. Damit bleibt die Quote der Provinzial Kranken weiterhin unter der Schadenquote des Marktes (2009: 80,7 Prozent).

Versicherungstechnische Rückstellungen

Am Ende des Berichtsjahres beträgt die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 11,6 Millionen Euro. Ihr wurden im Laufe des Geschäftsjahres 5,3 Millionen Euro zugeführt, damit blieb die RfB-Quote zum Bilanzstichtag mit 26,7 Prozent (Vorjahr: 26,8 Prozent) auf Vorjahresniveau. Die Quote gibt bezogen auf die Beitragseinnahmen an, in welchem Umfang zusätzliche Mittel für Beitragsentlastungsmaßnahmen oder für Barausschüttungen zur Verfügung stehen. Laut § 12 Abs. 3 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) ist die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung aus überrechnungsmäßigen Zinsen unabhängig vom Unternehmenserfolg zu bilden und innerhalb von drei Jahren beitragsmildernd für Versicherte zu verwenden. Des Weiteren stehen finanzielle

Mittel für die Pflegepflichtversicherung zur Verfügung. Der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr für die Pflegepflichtversicherung 0,7 Millionen Euro zugeführt.

Kosten

Die Abschluss- und Verwaltungskosten bilden zusammen die Kosten für den Versicherungsbetrieb. Im Berichtsjahr wurden für den Versicherungsbetrieb 6,0 Millionen Euro (Vorjahr: 6,2 Millionen Euro) aufgewendet.

Die Abschlusskosten sind im Jahr 2010 auf 4,6 Millionen Euro (Vorjahr: 4,9 Millionen Euro) gesunken. Daraus ergibt sich eine Abschlusskostenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog von 9,6 Prozent (Vorjahr: 11,1 Prozent). Die Verwaltungskostenquote konnte im aktuellen Berichtsjahr auf 2,8 Prozent (Vorjahr: 3,0 Prozent) reduziert werden. Die Kostenquoten der Provinzial Kranken als relativ junges Krankenversicherungsunternehmen sind damit im Marktvergleich leicht über dem Durchschnitt – eine beachtenswerte Leistung. In den letzten Jahren ist die Verwaltungskostenquote der Provinzial Kranken stets rückläufig und konnte damit dem Marktdurchschnitt angenähert werden (2009: 2,6 Prozent).

Kapitalanlagen

Die Situation der Finanzmärkte war einerseits durch die deutliche und überraschend gute wirtschaftliche Erholung geprägt; andererseits war die Schuldenkrise und das Zinsniveau risikofreier Anlagen auf den Rentenmärkten beherrschendes Thema.

Nach einem deutlichen Renditerückgang bis zur Jahresmitte 2010 mit einem Tiefststand am 31. August von 2,12 Prozent für 10-jährige Bundesanleihen erfolgte im vierten Quartal eine Umkehr im langfristigen Zinstrend. Dieser notierte zum Jahresende bei 2,96 Prozent und damit nur noch 42 Basispunkte unter ihrem Vorjahresschluss. Ein Abgleiten in die Deflation mit allen konjunkturellen Auswirkungen wird zurzeit als unwahrscheinlich angesehen.

Marktverwerfungen waren aus der Staatsschuldenkrise spürbar. Durch die großen Konjunkturpakete und Rettungsmaßnahmen für Banken in den vergangenen Jahren sind die Schulden der entwickelten Staaten deutlich angestiegen. Der Aufbau des Rettungsschirms für Griechenland und Irland hat die Auswirkungen deutlich aufgezeigt. Der Anstieg der Risikoaufschläge für Staatspapiere Portugal, Spanien und Italien macht – möglicherweise – weitere Unterstützungsmaßnahmen innerhalb der Euro-Zone notwendig.

Der Aktienmarkt nahm die positiven konjunkturellen Signale auf und schloss zum Jahresende mit nahe 7000 Punkten (Vorjahr: 5957 Punkte). Der Eurostoxx50 hingegen schloss – durch die höhere Gewichtung der Bankaktien – negativ.

Der Kapitalanlagebestand erhöhte sich im Geschäftsjahr von 122,7 Millionen Euro auf 145,2 Millionen Euro auf Buchwertbasis. Eine Übersicht über die Entwicklung und Zusammensetzung des Kapitalanlagebestandes geben die Seiten 176 und

177 des Geschäftsberichtes. Die Nettokapitalerträge erreichen mit 6,1 Millionen Euro das Niveau des Vorjahres.

Als Folge großer Haushaltsdefizite weiteten sich die Credit Spreads von Anleihen Portugals, Italiens, Irlands, Spaniens und insbesondere Griechenlands seit Jahresbeginn stark aus. Investments in solche Titel erfolgten im Rahmen einer vorsichtigen Beimischung innerhalb von Spezialsondervermögen und lagen deutlich unterhalb der Gewichtung gängiger Marktindizes. Insgesamt war die Provinzial Kranken am Bilanzstichtag mit 0,79 Prozent ihrer Kapitalanlagen in Staatsanleihen der genannten EU-Länder investiert.

Das Wahlrecht zur Bildung stiller Lasten für zu Anschaffungskosten bilanzierte Wertpapiere wurde auch 2010 nicht ausgeübt. Über alle Kapitalanlagen weist die Provinzial Kranken eine stille Reserve von 5,6 Millionen Euro aus.

Die Nettoverzinsung lag im Berichtszeitraum bei 4,6 Prozent (Vorjahr: 5,5 Prozent). Sie bildet die Grundlage für die Ermittlung des Überzinsbetrages gemäß § 12 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Im Rahmen der Überzinsverwendungsvorschriften wurden 2010 gemäß § 12 a Abs. 2 und 3 Mittel in Höhe von 0,5 Millionen Euro aufgewendet.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2010 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial Kranken alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten in Tsd. €

Beteiligungen 408		Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere 99
Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere 23 000		Namenschuldverschreibungen 72 755
Einlagen bei Kreditinstituten 2 000		Schuldscheinforderungen und Darlehen 46 934

Mitarbeiter

Im Innendienst der Provinzial Kranken waren im Berichtsjahr zum 31.12. in den Bereichen Antrags- und Bestandsbearbeitung, medizinische Risikoprüfung, Leistungsbearbeitung, Grundsatzfragen, Mathematik und Controlling/Vorstandsreferat 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (31 Kapazitäten) tätig.

Im angestellten Außendienst unterstützen die Krankenversicherungsspezialisten auf den Regionaldirektionen der VGH die Vertriebswege hauptberufliche Außendienstorganisation und Sparkassenorganisation in allen Fragen rund um das Thema Krankenversicherung. Die Spezialisten sorgen für eine verbesserte Kundenberatung und verhelfen zu positiven Vertriebsergebnissen und einer zufriedenstellenden Stornosituation.

Die erste konzernweite Mitarbeiterbefragung wurde im zweiten Quartal durchgeführt. Das Engagement und Interesse aller Mitarbeiter an unserem Unternehmen drückt sich in der hohen Beteiligung von 80,5 Prozent aus. Insgesamt ist ein gutes Ergebnis erreicht worden. Abteilungsinterne Themen wurden ab August im Rahmen von Ergebnisworkshops bearbeitet. Zur nachhaltigen Bearbeitung der übergeordneten und strategischen Fragestellungen wurde ein Expertenteam aus allen Vorstandsressorts gebildet.

Unter dem Programmnamen „Schiffbauer“ hat die VGH in den vergangenen Jahren ein Projekt initiiert, welches die übergreifende Vernetzung und das Zusammenspiel der Funktionsgruppen fördern soll. Nachdem die Leitungsebene in das Projekt eingebunden wurde, erfolgte im Geschäftsjahr die Erweiterung auf die Mitarbeiter. 150 Mitarbeiter aus allen Bereichen der Unternehmensgruppe haben dazu an drei 2-tägigen Veranstaltungen teilgenommen. In diesen Veranstaltungen ging es vorrangig um die übergreifende Vernetzung und das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Funktionsgruppen. Das Projekt „Schiffbauer“ hat 2010 beim Innovationspreis InnoWard der Versicherungswirtschaft in der Kategorie Personalentwicklung den zweiten Preis gewonnen. Die Jury hob insbesondere die partizipative Breite der Projektanlage hervor.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden der Provinzial Kranken für das entgegengebrachte Vertrauen. Wesentliche Erfolgsfaktoren der Provinzial Kranken sind die Kenntnisse, die Einsatzbereitschaft und die Zuverlässigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes sowie der selbstständigen Vertretungen. Ihr Engagement, ihre täglichen Entscheidungen sowie die Zuwendung zum Kunden tragen am Ende eines Geschäftsjahres maßgeblich zum Ergebnis bei. Für Ihre herausragenden Leistungen danken wir Ihnen herzlich. Der Dank gilt außerdem der niedersächsischen Sparkassenorganisation für ihren Beitrag zum Unternehmensergebnis 2010.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risikoorganisation

Das Risikomanagementsystem der Provinzial Kranken ist seit mehreren Jahren etabliert und orientiert sich am Risikomanagement der Landschaftlichen Brandkasse Hannover. Der Aufbau ist in gleicher Weise auch für die Schwester-

gesellschaft ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG erfolgt. Im Rahmen des Risikomanagements nimmt das Risikokomitee eine zentrale Rolle ein. Alle Risiken der Gesellschaften werden in dem Gremium besprochen und beraten. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion wird von der Konzernobergesellschaft wahrgenommen. Sie überwacht laufend die Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und begleitet die operativen Bereiche der Gesellschaft bei der Steuerung ihrer Risiken. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Das Gesamtrisiko untergliedert sich gemäß den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Strategisches Risiko
- Reputationsrisiko

Versicherungstechnisches Risiko

In der privaten Krankenversicherung beschreibt das Prämien-/Versicherungsrisiko die Gefahr, dass eine im Voraus festgelegte Versicherungsprämie nicht ausreichend ist, um über die gesamte Versicherungsdauer die zugesagte Leistung zu finanzieren. Die für die rechnungsmäßigen Versicherungsleistungen zugrunde gelegten tariflichen Kopfschäden werden jährlich überprüft, bei Änderungsbedarf können die Prämien angepasst werden. Zudem werden die in den technischen Berechnungsgrundlagen dokumentierten Kalkulationsverfahren einem unabhängigen Treuhänder und der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Zur weiteren Risikominimierung hat die Provinzial Kranken eine Rückversicherung abgeschlossen.

Das beinhaltetete Reserverisiko meint die Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei der Provinzial Kranken erfolgt die Berechnung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der marktüblichen Sicherheitszuschläge.

Das Zinsgarantierisiko umfasst das Risiko, dass der in der Prämie einkalkulierte Rechnungszins nicht erwirtschaftet wird. Der gegenwärtig branchenweit ange-setzte Rechnungszins liegt bei 3,5 Prozent. Das Ergebnis zur Überprüfung des Rechnungszinses wird dem PKV-Verband, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und dem mathematischen Treuhänder vorgelegt.

Zu den versicherungstechnischen Risiken gehören auch die Risiken aus der Zeichnungspolitik. Die Grundlage für eine vorsichtige Zeichnungspolitik liefert eine fundierte medizinische Gesundheitsprüfung. Hierdurch wird der Versichertenbestand vor hohen Leistungsausgaben geschützt und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens bleibt langfristig gewährleistet.

Marktrisiko

Die Anlagestrategie der Provinzial Kranken orientiert sich strikt an den Verpflichtungen der Passivseite. Neben der dauerhaften Erfüllung der Garantien kommt der Erwirtschaftung einer marktgerechten Überschussbeteiligung im langfristig orientierten Geschäftsmodell der Krankenversicherung eine besondere Bedeutung zu. Für die Aktivseite der Provinzial Kranken werden daher im Sinne einer Portfolio-Separation zwei Aktiv-Portfolien abgeleitet:

- Replikationsportfolio (Zinsanlagen mit hoher Sicherheit),
- Risikoportfolio (weltweit diversifizierte Risikoprämieneinnahme).

Während das Replikationsportfolio sich bezüglich der Duration an der Zinsensitivität der Passivseite orientiert, erfolgt im Risikoportfolio die aktive Risikoprämieneinnahme im Verhältnis zu dieser Zinssensitivität. Es ist davon auszugehen, dass es durch diese Aufstellung der Provinzial Kranken gelingt, das derzeitige Gewinnversprechen auch in einem länger andauernden Niedrigzinsszenario zu halten. Dies zeigen auch Ergebnisse aus Analysen der Verantwortlichen Aktuarin.

Die Provinzial Kranken sichert daher, neben den oben beschriebenen Risikosystemen, zusätzlich über langfristige Simulationen im Rahmen des Asset-Liability-Managements ab, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Auf Basis dieser Untersuchungen erfolgt auch die langfristige Liquiditätssteuerung.

Zur Begrenzung des Marktrisikos aus Kapitalanlagen wird laufend ein vom Vorstand verabschiedetes Risikokapital in jeder Risikoklasse bereitgestellt. Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis dieser Auslastungsanalyse über Risikoprämieneinnahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Steuerung berücksichtigt neben der ökonomischen Risikodimension auch eine bilanzielle und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen: Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk orientierten Vorgehensweise. Die Diversifikation von Risiken findet ebenfalls Berücksichtigung.

Kreditrisiko

Abgesehen vom geringen Forderungsausfall der Provinzial Kranken gegenüber Versicherungsvermittlern ist das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls gegenüber Versicherungsnehmern wie für alle PKV-Unternehmen, durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) gestiegen. Risiken bestehen bei Versicherungen, die von zuvor nicht krankenversicherten Personen abgeschlos-

sen wurden bzw. werden und die dem PKV-Bereich zuzuordnen sind. Für diesen Personenkreis besteht eine Versicherungspflicht ab dem 1. Januar 2009. Um der Pflicht zur Versicherung zu genügen, muss der Versicherungsschutz Kosten-erstattung für ambulante und stationäre Heilbehandlung vorsehen. Der Versicherer darf diese Versicherung nicht kündigen. Ist der Versicherungsnehmer mit einem Beitrag für zwei Monate im Rückstand ruhen die Leistungen des Versicherers. Während der Ruhenszeit haftet der Versicherer ausschließlich für Aufwendungen, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sowie bei Schwangerschaft und Mutterschaft erforderlich sind.

Dem Risiko begegnet die Provinzial Kranken gegenüber den Versicherungsnehmern mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens sowie individuellen Kundenansprachen, um Lösungsmöglichkeiten anzubieten.

Sonstige Risiken

Das Unternehmen muss jederzeit den finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachkommen können. Für langfristige Verpflichtungen wird dies durch eine rollierende Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung der notwendigen Fristigkeiten sichergestellt. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Marktgängigkeit der entsprechenden Kapitalanlagen qualitativ abgeschätzt und ist für die Provinzial Kranken aufgrund der beschriebenen Maßnahmen gering.

Den Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Interne Revision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Das Management operationeller Risiken dient dem Ziel, die Risikoexponierung unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Überlegungen auf ein akzeptables Maß zu reduzieren und die operativen Prozesse zu optimieren. Diesen Risiken wird mit einer Ausrichtung der Organisation an einer prozessorientierten Bearbeitung, mit der Festlegung interner Richtlinien und deren regelmäßige Überwachung (Compliance) sowie mit einem qualifizierten Personalmanagement (Auswahl, Qualifikation und Fortbildung) begegnet.

Eine umfassende Sicherheitsstrategie bei den Dienstleistern für die EDV-Anwendungen gewährleistet die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme bei.

Rechtlichen Risiken wird durch das frühzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen, wie der Überprüfung und Anpassung von Verträgen, begegnet. Darüber hinaus werden Änderungen im rechtlichen Umfeld beobachtet, die das Unternehmen beeinflussen könnten. Es werden alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken getroffen.

Unter rechtlichen Risiken sind ebenso sozialpolitische Änderungsrisiken zu subsumieren. Ein wesentliches Risiko für die Provinzial Kranken wie für alle privaten Krankenversicherer besteht im Eingriff des Gesetzgebers in die Finanzierungsformen des Gesundheitswesens. Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) beeinflusst die derzeitige und zukünftige Bestands- und Beitragsentwicklung. Es besteht eine Versicherungspflicht für alle Personen in der gesetzlichen Krankenkasse oder in der privaten Krankenversicherung. Eine Kündigung des Krankenversicherungsvertrages, der die Pflicht zur Versicherung erfüllt, ist durch den Versicherer ausgeschlossen. Nach Durchführung eines entsprechenden Mahnverfahrens folgt bei Verträgen, die der Pflicht zur Versicherung dienen und bei denen die Beiträge nicht gezahlt wurden, das Ruhen der Leistungen. Bei der Provinzial Kranken befanden sich zum Jahresende 340 Verträge im Zustand ruhender Leistungen.

Um Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen, stehen auch weiterhin die Bemühungen der Bundesregierung zur Umsetzung der gesundheitspolitischen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages unter Beobachtung. Im Gespräch sind insbesondere:

- der Einstieg in eine ergänzende kapitalgedeckte Pflegeversicherung,
- die Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und Zahnärzte (GOZ)

Strategische Risiken sind untrennbar mit jeder Geschäftstätigkeit verbunden. Es wird sichergestellt, dass bei strategischen Geschäftsentscheidungen neben den Chancen auch die Risiken angemessen berücksichtigt werden. Diesen Risiken wird durch intensive Beratung im Vorstand und im Risikokomitee, durch die frühzeitige Einbindung der Gremien sowie der bedarfsgerechten Beauftragung externer Gutachter begegnet.

Reputationsrisiken können das Unternehmen nachhaltig schädigen. Diesen Risiken wird durch strukturierte Prozesse zur Informationsaufbereitung sowie situationsgerechte Kommunikation gegenüber Dritten (z. B. Versicherten, Presse) begegnet. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird das Reputationsrisiko für die Provinzial Kranken als derzeit beherrschbar eingeschätzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Provinzial Kranken sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risiko-

früherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass mit Ausnahme der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen kein Einzelrisiko aus den Risikokategorien als wesentlich einzustufen ist. Des Weiteren sind gegenwärtig keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Kranken nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Als Basis der Strategie dienen die Grundsätze Regionalität, Kundennähe und der Verbund mit den Sparkassen. Dabei zu beachten sind wesentliche externe Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel, verändertes Kundenverhalten und politisch rechtliche Vorgaben. Vor allem die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen sind für die private Krankenversicherung von besonderer Bedeutung.

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, setzt die Provinzial Kranken weiterhin auf die Entwicklung und das Angebot bedarfsgerechter Produkte, ein dichtes Service-netz über die hauptberuflichen Vertretungen und die Sparkassen im Geschäftsgebiet in Niedersachsen und Bremen sowie die Unterstützung vor Ort durch Krankenversicherungsspezialisten. Zudem soll das Kooperationsgeschäft mit gesetzlichen Kassen weiter vorangetrieben werden. Die Zusammenarbeit mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG wurde im betrachteten Geschäftsjahr weiter intensiviert. Die beiden in unterschiedlichen, sich ergänzenden Marktsegmenten tätigen Unternehmen haben ihre Marktpositionen ausgebaut und haben durch die Nutzung von gemeinsamen Ressourcen im Unternehmensverbund Synergien realisiert. Im Geschäftsjahr 2010 wurde die Verwaltungskostenoptimierung durch die Nutzung organisatorischer Ressourcen im Verbund weiter forciert. Der Zusammenschluss von ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und Provinzial Kranken ist insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Abhängigkeit von externen Rahmenbedingungen, vor allem politischer Art, eine wichtige strategische Entscheidung gewesen, die beide Unternehmen dauerhaft festigt und weiteres Potenzial bietet.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) geht in seiner „Analyse zu den Geschäftsaussichten der Versicherungswirtschaft in 2011“ im Bereich der privaten Krankenversicherung erneut von einem Beitragswachstum um ca. 6 Prozent aus. Steigende Gesundheitsausgaben werden auch in 2011 zu deutlichen Beitragsanpassungen im Bestand führen.

Das Geschäftsklima in der PKV-Branche wird in 2011 von den verbesserten gesamtwirtschaftlichen sowie gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Etwaige Reformen, wie die Aufhebung der Drei-Jahres-Wechselfrist für den Übertritt aus der GKV in die PKV lassen einen positiven Impuls auf den Nettoneuzugang in 2011 erwarten. Demgegenüber steht die anhaltende Berichterstattung über steigende Beiträge in der PKV, die vermuten lässt, dass einige freiwillig in der GKV Versicherte bei einem Wechsel in die PKV abwarten werden und somit die Entwicklung der Nettoneuzugänge gedämpft werden könnte.

Im Bereich der Kapitalanlage gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der risiko-/ertragsorientierten Anlagestruktur bei der Provinzial Kranken von einer marktkonformen Nettoverzinsung aus. Die für die Kunden verwalteten Rückstellungen werden im Prognosezeitraum kontinuierlich ansteigen.

Insgesamt erwarten wir bei der Provinzial eine stabile Entwicklung der Ertrags- und Vermögenssituation in den Folgejahren.

Mittelfristige Geschäftserwartung

Für die nächsten beiden Geschäftsjahre rechnet die Provinzial Kranken unter den derzeit herrschenden politischen Rahmenbedingungen mit einem stabilen Wachstum. In 2011 wird mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen von rund 12,7 Prozent gegenüber dem Berichtsjahr gerechnet. Zu dieser positiven Einschätzung der Geschäftsentwicklung führen die Erweiterung der Vollversicherungstarife um zwei Selbstbehaltstufen und die Einführung eines neuen Zahnzusatztarifs. Darüber hinaus eröffnen die Anhebung des Beitragssatzes in der GKV sowie deren Möglichkeit, ungedeckelte Zusatzbeiträge zu erheben, neue Vertriebschancen.

Die Provinzial Kranken könnte ebenfalls von der geplanten Einführung einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung profitieren. Allerdings herrscht derzeit über die im Koalitionsvertrag vereinbarte, ergänzende und kapitalgedeckte Versicherung Uneinigkeit zwischen den Regierungsparteien. Zunächst soll über die inhaltlichen Reformen in der Pflegeversicherung gesprochen werden, bevor über die Ausgestaltung der Kapitaldeckung beraten wird. Eine endgültige Entscheidung wird für Herbst 2011 erwartet.

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinien seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsgemäßen Rahmenbedingungen als Unternehmen einer öffentlich-rechtlichen Versicherungsgruppe sowie die Grundsätze des Corporate Governance Kodex.

Schlusserklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Hannover, den 18. März 2011

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 1 001 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Hauptversammlung am 5. April 2011 wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Hannover, den 18. März 2011

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	2010			2009
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			71 600	107 693
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		407 880		407 880
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23 000 237			19 738 608
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500			98 500
3. Sonstige Ausleihungen	119 688 854			101 416 033
4. Einlagen bei Kreditinstituten	2 000 000	144 787 591	145 195 471	1 000 000
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	342 495			542 640
2. Versicherungsvermittler	110 740	453 235		100 647
davon: an verbundene Unternehmen 110 740 (100 536) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
II. Sonstige Forderungen		167 586	620 821	19 822
davon: an verbundenen Unternehmen 147 353 (1 140) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		44 720		54 534
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		386 182		341 666
III. Andere Vermögensgegenstände		219 396	650 298	192 744
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		2 097 237		1 881 855
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		203 493	2 300 730	222 223
Summe der Aktivseite			148 838 920	126 124 845

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 21. März 2011

Dr. Plathe
Treuhandler

Passivseite	2010			2009
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		6 000 000		6 000 000
II. Kapitalrücklage		4 000 000		4 000 000
davon: Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 1 609 216 (1 609 216) €				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	315 250			262 550
2. andere Gewinnrücklagen	4 713 973	5 029 223		4 033 000
IV. Bilanzgewinn		1 001 027	16 030 250	670 000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	109 108 313			87 737 343
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	109 108 313		0
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	4 731 052			5 090 865
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	82 931	4 648 121		0
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	11 631 218			10 195 825
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	11 631 218			10 195 825
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	1 623 038			1 900 304
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	1 623 038	13 254 256		1 900 304
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	203 540			155 532
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	203 540	127 214 230	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2 274 807		2 312 832
II. Steuerrückstellungen		231 377		206 035
III. Sonstige Rückstellungen		277 689	2 783 873	333 047
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			82 931	0
Übertrag:			146 111 284	122 897 333

	2010			2009
	€	€	€	€
Übertrag:			146 111 284	122 897 333
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	2 122 275			1 961 927
2. Versicherungsvermittlern	0	2 122 275		0
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		60 551		163 132
III. Sonstige Verbindlichkeiten		388 996	2 571 822	980 576
davon:				
aus Steuern 21 177 (25 195) €				
im Rahmen der sozialen Sicherheit 5 169 (6 892) €				
gegenüber verbundenen Unternehmen 259 258 (796 253) €				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
F. Rechnungsabgrenzungsposten			155 814	121 877
G. Passive latente Steuern			0	0
Summe der Passivseite			148 838 920	126 124 845

Bestätigung gemäß VAG:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Passiva B I. einzustellende Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2010 im Gesamtbetrag von 109 108 313 Euro unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG sowie § 16 KalV berechnet wurde.

Hannover, den 18. März 2011

Leonhardt

Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	2010		2009
	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge		48 178 525	43 916 397
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		- 734 175	- 163 132
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			4 005 417
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen			
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €		25 766	21 472
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		6 029 190	4 906 866
c) Erträge aus Zuschreibungen		0	1 116 646
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		748 608	127 850
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			633 239
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	- 22 393 135		- 20 787 860
bb) Anteil der Rückversicherer	484 789	- 21 908 346	264 902
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	359 813		- 1 005 437
bb) Anteil der Rückversicherer	82 931	442 744	- 35 000
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	- 21 370 971		- 19 023 414
bb) Anteil der Rückversicherer	0	- 21 370 971	0
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 48 008	- 21 418 979
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			
aa) erfolgsabhängige		- 5 330 000	- 2 876 000
bb) erfolgsunabhängige		- 657 555	- 625 566
Übertrag:			10 014 434
			9 107 971

			2010	2009
	€	€	€	€
Übertrag:			10 014 434	9 107 971
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	- 4 637 973			- 4 893 148
b) Verwaltungsaufwendungen	- 1 344 770	- 5 982 743		- 1 323 997
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		109 645	- 5 873 098	0
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 44 466		- 54 360
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		0		0
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		- 660 000	- 704 466	0
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 156 620	0
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			3 280 250	2 836 466
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		102 718		23 589
2. Sonstige Aufwendungen		- 1 865 595	- 1 762 877	- 1 930 032
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1 517 373	930 023
4. Außerordentliche Aufwendungen		- 9 094		0
5. Außerordentliches Ergebnis			- 9 094	0
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 454 552	- 224 723
7. Jahresüberschuss			1 053 727	705 300
8. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen gesetzliche Rücklage			- 52 700	- 35 300
9. Bilanzgewinn			1 001 027	670 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

B. Kapitalanlagen

Anteile an Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten, bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet. Der Ausweis von Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt teilweise zu Anschaffungskosten. Agio- und Disagiobeträge wurden abgegrenzt und entsprechend der Laufzeit der Ausleihung erfolgswirksam aufgelöst. Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung wird nach den technischen Berechnungsgrundlagen unter Beachtung der Vorschriften des § 12 Abs. 1 Nr. 2 VAG i. V. m. § 341 f HGB berechnet. Da die maßgeblichen Rechnungsgrundlagen Kopfschäden, Sterbetafel und Stornowahrscheinlichkeiten für Männer und Frauen signifikante Unterschiede aufweisen, erfolgt die Beitragskalkulation und die Berechnung der Deckungsrückstellung geschlechtsabhängig. Ausgenommen hiervon sind die Tarife der privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) und das S-Krankengeld (SKG), für die geschlechtsunabhängige Beiträge erhoben werden.

Der Nachweis der Geschlechtsabhängigkeit der maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ergibt sich aus den Statistiken des PKV-Verbands und der BaFin, die regelmäßig im Internet veröffentlicht werden (www.pkv.de/statistiken).

Ab dem 1. Januar 2008 werden gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Kosten für Schwangerschaft und Mutterschaft gleichmäßig auf Männer und Frauen verteilt.

Die Berechnung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt im Näherungsverfahren nach § 34 g Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 26 RechVersV. Dem Näherungsverfahren liegen Zahlungen für Versicherungsfälle in den ersten 30 Geschäftstagen nach dem Abschlussstichtag zugrunde.

Die Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wird gemäß der Satzung gebildet. Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird aufgrund der Bestimmungen des § 12 a Abs. 3 VAG und des Poolvertrags zur Pflegepflichtversicherung (PPV) gebildet.

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird eine Stornoreserve in Höhe von 10 Prozent der negativen Anteile der Deckungsrückstellung gebildet. Darüber hinaus werden 10 Prozent des bei Unternehmenswechsel zusätzlich zu übertragenden Betrages zurückgestellt.

C. Andere Rückstellungen

Die mitarbeiterbezogenen Rückstellungen für Pensionszusagen, Altersteilzeitverpflichtungen und zukünftige Jubiläumzahlungen wurden zum 1.1.2010 nach versicherungsmathematischen Grundlagen neu bewertet. Die Neubewertung erfolgte in Anwendung der geänderten Vorschriften im HGB (BilMoG). Die Berechnung erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren; zukünftige Gehalts- und Rentenanpassungen wurden mit 3,0 Prozent bzw. 2,5 und 1,0 Prozent pro Jahr berücksichtigt. Die „Richttafeln 2005 G“ nach Dr. Klaus Heubeck wurden – für die Pensionsrückstellung mit einem Abschlag von 20 Prozent während des Rentenbezugs – angewendet. Den Berechnungen liegt der von der Bundesbank veröffentlichte Zinssatz von 5,15 Prozent für Verpflichtungen mit 15-jähriger Laufzeit zu Grunde.

Die aus dem Vorjahr übernommene Pensionsrückstellung liegt über dem Betrag der neubewerteten Verpflichtung. Das Wahlrecht der Beibehaltung wurde in Anspruch genommen. Von den Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden die Zeitwerte für abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen abgesetzt. Im Vorjahr erfolgte keine Saldierung.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist. Eine Diskontierung wurde bei voraussichtlich mehr als einjähriger Laufzeit mit den von der Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen vorgenommen.

D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen des Rückversicherungsvertrags ermittelt.

E. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag.

Sonstige Angaben

Ab dem 1.1.2010 erfolgte die Bilanzierung entsprechend der geänderten Vorschriften des HGB (BilMoG), auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde verzichtet. Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Die Ermittlung von aktiven und passiven latenten Steuern führt zu einem aktivischen Überhang, der unter Anwendung des Wahlrechts nicht berücksichtigt wurde. Wesentliche aktive latente Steuern ergeben sich aus mitarbeiterbezogenen Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern sind auf Wertunterschiede aus Kapitalanlagen zurückzuführen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B I, B II	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2009		
	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	107 693	0	0
B I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
Beteiligungen	407 880	0	0
B II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19 738 609	25 376 398	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500	22 886 640	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	60 482 157	24 272 822	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40 933 875	26 000 000	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	1 000 000	50 200 000	0
Summe B II.	122 253 141	148 735 860	0
Insgesamt	122 768 714	148 735 860	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch bzw. mit externen Dienstleistern.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

B II 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten enthält Anteile an Investmentvermögen mit dem Anlageziel Aktien, Immobilien und Renten mit einem Buchwert in Höhe von 22 000 Tausend Euro. Der Marktwert beträgt 22 147 Tausend Euro. Ausschüttungen erfolgten nicht.

B II 3. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 6 213 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Zeitwert 5 864 Tausend Euro. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2010	2010	2010	2010
€	€	€	€	€	€	€
0	0	36 093	71 600			
0	0	0	407 880	407 880	407 880	0
22 114 770	0	0	23 000 237	23 000 237	23 213 724	213 487
22 886 640	0	0	98 500	98 500	108 825	10 325
12 000 000	0	0	72 754 979	72 715 000	74 989 304	2 274 304
20 000 000	0	0	46 933 875	47 001 421	50 139 355	3 137 934
49 200 000	0	0	2 000 000	2 000 000	2 000 000	0
126 201 410	0	0	144 787 591	144 815 158	150 451 208	5 636 050
126 201 410	0	36 093	145 267 071	145 223 038	150 859 088	5 636 050

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 1 000 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 984 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

A I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital von 6 000 000 Euro ist eingeteilt in 6 000 000 Namensaktien. Alleinige Aktionärin der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta.

A III. Gewinnrücklagen

Im Rahmen der Umstellungsrechnung (BilMoG) erfolgte zum 1.1.2010 eine ergebnisneutrale Zuführung in Höhe von 11 Tausend Euro. Die Zuführung zur gesetzlichen Rücklage erfolgte gemäß § 150 Abs. 2 AktG.

B I. Deckungsrückstellung

Auf zum 1.1.2011 beendete Tarife, für die Übertragungswerte nach § 12 Abs.1 Nr. 5 VAG bzw. § 12 f VAG bereitzustellen sind, entfällt ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 61 Tausend Euro.

B III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrück- erstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
		Betrag gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	Pflegepflicht- versicherung	Sonstiges	Summe
		€	€	€	€
1. Bilanzwerte 2009	10 195 825	314 691	1 585 613	0	1 900 304
2. Entnahme zur Verrechnung	3 070 596	77 506	857 314	0	934 820
3. Entnahme zur Barausschüttung	824 011	0	0	0	0
4. Zuführung	5 330 000	154 900	502 655	0	657 555
5. Bilanzwerte 2010	11 631 218	392 084	1 230 953	0	1 623 037
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG		615 955			

C I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der zum 31.12.2009 passivierte Betrag von 2 297 Tausend Euro überstieg die Bewertung nach BilMoG um 148 Tausend Euro. Dieser Betrag wurde zum 1.1.2010 beibehalten, da bereits im Berichtsjahr eine Zuführung erforderlich geworden ist. Pensionsansprüche in Höhe von 22 Tausend Euro sind mit den Aktivwerten aus entsprechend abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen in gleicher Höhe verrechnet worden.

C III. Sonstige Rückstellungen

	2010	2009
	€	€
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	102 354	96 108
Ausstehende Rechnungen	0	95 000
Altersteilzeit	93 828	71 964
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	43 500	37 850
Mitarbeiterjubiläen	27 247	23 275
Beiträge zur Verwaltungsberufsgenossenschaft	6 600	5 100
Übrige	4 160	3 750
Insgesamt	277 689	333 047

Für die Verpflichtungen aus Altersteilzeit und Mitarbeiterjubiläen erfolgte zum 1.1.2010 eine Neubewertung insbesondere unter Berücksichtigung der geänderten Vorschriften zur Anwendung des Diskontierungszinses und der Anpassung zukünftiger Gehalts- und Kostensteigerungen. Die Anpassung zum 1.1.2010 von 7 bzw. 2 Tausend Euro wird im Posten „außerordentlicher Aufwand“ ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2010	2009
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	29 172 319	25 247 685
Krankentagegeldversicherungen	5 166 780	4 916 290
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	1 020 755	1 590 265
sonstige selbstständige Teilversicherungen	10 042 392	9 264 271
Pflegepflichtversicherung	2 776 279	2 897 886
Insgesamt	48 178 525	43 916 397

Im Geschäftsjahr ist ein Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a VAG in Höhe von 2 097 160 Euro (Vorjahr: 1 809 004 Euro) enthalten.

I 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitrags- rückerstattung

	2010	2009
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	3 130 839	3 240 049
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 77 506 (25 618) €		
Krankentagegeldversicherungen	0	0
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	0	0
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
sonstige selbstständige Teilversicherungen	17 264	13 153
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
Pflegepflichtversicherung	857 314	0
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
Insgesamt	4 005 417	3 253 202

I 4. Sonstige versiche- rungstechnische Erträge feR

In diesem Posten sind Übertragungswerte in Höhe von 198 Tausend Euro enthalten.

I 6 aa) Veränderung der Deckungsrückstellung – Bruttobetrag

	2010	2009
	€	€
gemäß § 12 a Abs. 2 VAG	– 461 055	– 653 687
gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	– 77 506	– 25 618
andere	– 20 832 410	– 18 344 109
Insgesamt	– 21 370 971	– 19 023 414

I 10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR

In diesem Posten sind ausgezahlte Übertragungswerte in Höhe von 90 Tausend Euro enthalten.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 57 (67) Tausend Euro zugunsten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2010	2009
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3 466 080	4 237 660
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	1 785 062	1 687 273
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	282 852	300 474
5. Aufwendungen für Altersversorgung	68 171	165 977
6. Aufwendungen insgesamt	5 602 165	6 391 384

Zahl der Versicherten – natürliche Personen

	2010	2009
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	13 752	13 101
Krankentagegeldversicherungen	38 996	39 651
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	33 105	32 503
sonstige selbstständige Teilversicherungen	74 544	71 344
Pflegepflichtversicherung	14 910	14 187
Insgesamt	142 315	136 499

Weitere Angaben

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, erstellt einen Konzernabschluss, in den die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, einbezogen wird. Die Veröffentlichung erfolgt im elektronischen Bundesanzeiger.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Offene Vorkäufe auf Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag mit einem Nominalwertvolumen in Höhe von 9 000 Tausend Euro.

Nach § 124 VAG sind Unternehmen, die die substitutive Krankenversicherung betreiben, zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Gemäß § 129 Abs. 5 a VAG erhebt der Sicherungsfonds nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zu Höhe von maximal 2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen. Die maximale Zahlungsverpflichtung beträgt 218 Tausend Euro.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 31 Angestellte (Vorjahr: 32 Angestellte) im Innendienst. Weitere Arbeiten werden im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen von den Mitarbeitern der HanseMerkur Krankenversicherung AG, Hamburg, und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, ausgeführt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands betragen 160 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 52 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 1 686 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 29 Tausend Euro gezahlt worden.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 59 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 3 Tausend Euro.

Ein Verzeichnis der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands unserer Gesellschaft befindet sich auf der Seite 38 dieses Geschäftsberichts.

Hannover, den 18. März 2011

Der Vorstand

Dr. Knemeyer

Dienst

Hake

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 28. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2010 die Geschäftsführung entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in regelmäßigen Sitzungen umfassend von der geschäftlichen Entwicklung und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft wurden in den drei Sitzungen des Aufsichtsrats eingehend erörtert. Der Aufsichtsrat befasste sich ausführlich mit der Unternehmensplanung 2011 und der Neustrukturierung des Risikomanagements und war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ferner wurde über die Lage der Gesellschaft und den Gang der Geschäfte quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats über wesentliche Geschäftsvorfälle laufend unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich ausgiebig mit den gesundheitspolitischen Maßnahmen der derzeitigen Bundesregierung und dem daraus resultierenden GKV-Finanzierungsgesetz, welches zum 1.1.2011 in Kraft tritt, befasst und die daraus entstehenden Konsequenzen und Chancen intensiv mit dem Vorstand diskutiert. Darüber hinaus wurde auf Grundlage des Vorstandsvergütungsgesetzes (VorstAG) das Vergütungssystem für Vorstand und leitende Angestellte mit Marktvergleichskennziffern erörtert. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat zudem über die aktuelle Situation auf den Finanzmärkten und die seit Anfang 2010 bestehende Schuldenkrise im Euro-Raum informiert.

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG bekennen sich – unter Berücksichtigung der Besonderheiten für im öffentlich-rechtlichen Unternehmensverbund stehende Versicherungsunternehmen – zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Nach einer eingehenden Erörterung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des vom Vorstand eingerichteten Risikofrüherkennungssystems (§ 91 Abs. 2 AktG) mit dem Abschlussprüfer hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht hinsichtlich der Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 5. April 2011

Dr. Schweer
Vorsitzender



Grüner Job

Heike Schubert ist die Umweltbeauftragte der VGH – aus Überzeugung.

Kaufmännische Lehre bei der Sparkasse, Wirtschaftsstudium – Heike Schubert hat eine klassische ökonomische Ausbildung durchlaufen. Seit zwei Jahren ist jedoch Ökologie ihr Thema, seit Anfang 2011 ist sie die Umweltbeauftragte der VGH. Betriebswirtschaftliche Sicht und Einsatz für die Umwelt, passt das zusammen? „Natürlich! Energie sparen, Ressourcen schonen, das zahlt sich auch ökonomisch für das Unternehmen aus. Zum Beispiel, wenn wir bei der Umstellung auf Ökostrom sparen.“ In erster Linie gehe es ihr aber um die gute Sache – auch privat. „Man muss schon Fan sein, wenn man den Regionalexpress für den Weg zur Arbeit nimmt“, sagt Schubert und lacht. Und zur VGH als einem Unternehmen, das am Gemeinwohl orientiert ist, passe das Thema ohnehin sehr gut, so Schubert.

Und was macht eine Umweltbeauftragte? „Ich koordiniere sämtliche Umweltaktivitäten der VGH.“ Die Grundlage dafür bildet eine Umweltdatenbank für die jährliche Zertifizierung der VGH im Rahmen des Umweltprojekts ÖKOPROFIT, die sie fortlaufend aktualisiert. Zusammen mit dem zehnköpfigen Team der AG Klimaschutz entwickelt sie daraus Ideen für mehr Umwelt- und Klimaschutz.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt: die Berichterstattung über Umweltaktivitäten. Dies reicht von Artikeln in der Mitarbeiterzeitschrift bis hin zu Infoveranstaltungen für Azubis und neue Mitarbeiter, auf denen Schubert für ein ressourcenschonendes Verhalten wirbt. Zum Beispiel: das Auto zu Hause lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Überzeugungsarbeit ist dabei gefragt, „aber die Kollegen ziehen schon sehr gut mit“, so Schubert.

Über die lokalen Initiativen ÖKOPROFIT und Klimaallianz Hannover tauscht sich Schubert mit Vertretern anderer Unternehmen und der Stadt aus, wie dort das Thema Nachhaltigkeit bearbeitet wird. Schubert: „Wir haben bei der VGH schon viel erreicht. Aber wir müssen immer weitermachen, Umweltschutz ist eine Daueraufgabe.“

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover
Telefon 0511 362-0
Telefax 0511 362-2960
E-Mail service@vgh.de
Internet www.vgh.de

Fotos:

Martin Bühler (21), fotolia (12), Helge Krückeberg (15),
Ulrich Reinecke (1, 2, 3, 6, 16, 17, 18, 26, 40, 88, 152, 184, 190),
RIB Berlin GmbH (14), Iris Sobotta (20), VGH (19)

Corporate Design:

Stankowski + Duschek, Stuttgart

Gestaltung:

mann + maus oHG, Hannover

Satz:

types.Fotosatz GmbH, Hannover

Druck:

Druckerei Biewald GmbH, Hannover

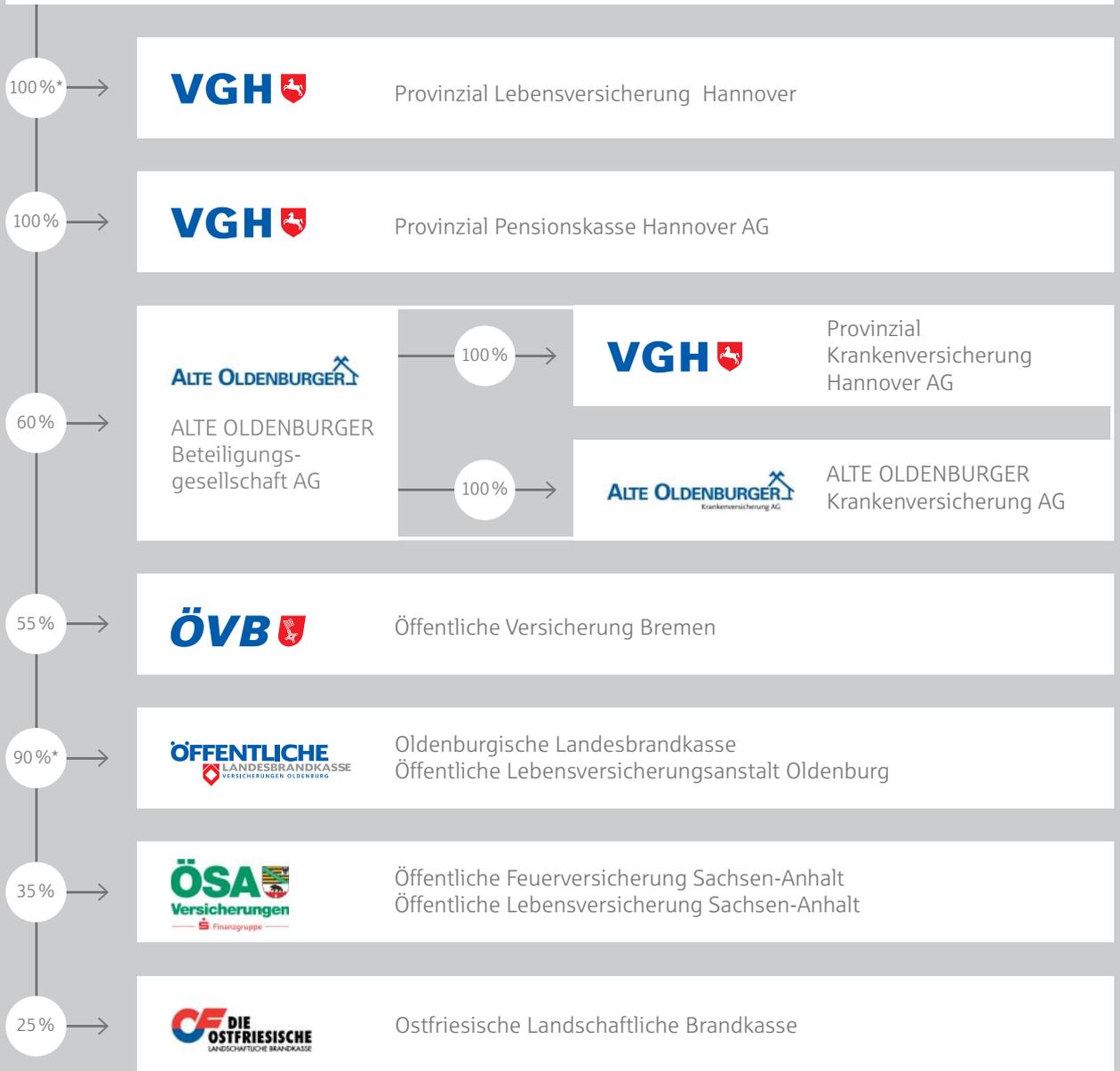
Klimaneutral gedruckt auf FSC-Papier



Unternehmen im VGH-Verbund

Brandkassenausschuss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
 38 Vertreter der Landschaften
 8 Vertreter des Sparkassenverbandes Niedersachsen

VGH  Landschaftliche Brandkasse Hannover



* Trägerschaft beruht zur Hälfte auf schuldrechtlichem Vertrag





... fair versichert